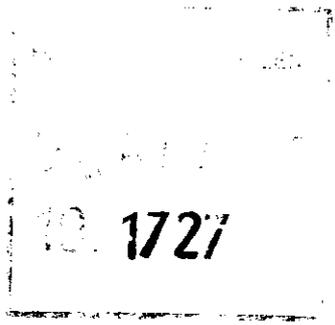


Al/1



G e s a m t ü b e r b l i c k
über
den Personalhaushalt
im Einzelplan 04 (Justizminister)

[Faint, illegible text, possibly a signature or date]

Haushaltsentwurf 1989
=====

Rechtsausschuß
und
Haushalts- und Finanzausschuß

A/2

MMV 10 / 1727

**DER JUSTIZMINISTER
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN**

5121 - I C. 149

- Teil Erläuterungsbände -

4000 DÜSSELDORF, ~~NRW~~ 8. September 1988
MARTIN-LUTHER-PLATZ 40

An den
Herrn Präsidenten
des Landtags Nordrhein-Westfalen

4000 Düsseldorf

Betr.:

Entwurf des Landeshaushalts 1989;

hier:

Personalhaushalt des Einzelplans 04 (Justizminister)

Anlg.:

150 Erläuterungsbände,
1 Vorlage (150-fach)

Sehr geehrter Herr Präsident,

die anliegenden Exemplare einer Landtagsvorlage (Erläuterungsband Personalhaushalt des Einzelplans 04 - Justiz -) übersende ich mit der Bitte, sie den Mitgliedern des Rechtsausschusses sowie den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses zuzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Rolf Krumsiek

(Dr. Krumsiek)

I. MMV10 / 1727

<u>I n h a l t</u>	Seite
A. Vorbemerkungen	1 - 2
1. Gestaltung des Erläuterungsbandes	1
2. Linearer Stellenabbau	1 - 2
B. Erläuterungen zu den Veränderungen in den Stellenplänen	
I. Einzelplan 04 (Justiz) insgesamt	2 - 6
II. Justizministerium	
(Kapitel 04 010)	7 - 12
III. Gerichte und Staatsanwaltschaften	
(Kapitel 04 040)	13 - 36
IV. Justizvollzugseinrichtungen	
(Kapitel 04 050)	37 - 52
V. Aus- und Fortbildungseinrichtungen	
(Kapitel 04 060)	53 - 57
VI. Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit	
(Kapitel 04 070)	58 - 66
VII. Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster	
(Kapitel 04 080)	67 - 71
C. Darstellung des Personalbedarfs	
I. Justizministerium	
(Kapitel 04 010)	72 - 73
II. Gerichte und Staatsanwaltschaften	
(Kapitel 04 040)	73 - 123

III. Justizvollzugseinrichtungen (Kapitel 04 050)	124 - 132
IV. Aus- und Fortbildungseinrichtungen (Kapitel 04 060); hier: Fachhochschule für Rechts- pflege NRW in Bad Münstereifel	133 - 137
V. Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit (Kapitel 04 070)	138 - 144
VI. Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster (Kapitel 04 080)	145 - 148
VII. Reinigungsdienst	149 - 163
D. Schlüsselung der Planstellen	164 - 174

A. Vorbemerkungen

MMV 10 / 1727

1.

Bei der Gestaltung dieses Erläuterungsbandes wurden berücksichtigt

- der Wunsch des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags nach einer detaillierten Darstellung der Personalbedarfsberechnungen,
- der Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses zur Vorlage 8/1241 sowie des Landtags zur Drucksache 8/5495 bezüglich der Darstellung der Planstellenschlüsselung und der Soll-/Ist-Übersichten.

2.

Ein linearer Stellenabbau findet 1989 im Hinblick auf die besondere Belastung in nahezu allen Dienstzweigen der Justiz nicht statt.

Wegen der grundsätzlichen Ausführungen zum Stellenabbau in der Vergangenheit wird auf die Darstellung im Erläuterungsband zum Personalhaushalt 1984 - Vorlage 9/1469 (Seite 4 - 6) - verwiesen.

Die Justiz war im Haushaltsjahr 1982 mit 478 Stellen, im Haushaltsjahr 1983 mit 310 Stellen und im Jahre 1984 mit 465 Stellen vom Stellenabbau betroffen. Im Haushaltsjahr 1985 waren im Justizministerium 4 Stellen abzubauen, davon 2 im Schreibdienst zur Erreichung der Schreibdienstrelation von 1 : 5.

Am Stellenabbau 1986 war die Justiz mit einem halben Prozent beteiligt, was einem Abbau von 156 Stellen (87 kw-Vermerke, 1 sofortiger Wegfall, 68 Stellen im anwärtergespeisten Bereich) entsprach. 1987 ist im Justizministerium 1 Stelle des Schreibdienstes zur Erreichung der Schreibdienstrelation 1 : 5,5 abgebaut worden. 1988 findet kein linearer Stellenabbau statt.

Im Geschäftsbereich der Justiz sind im Berichtszeitraum von 1982 bis 1988 insgesamt 1414 Stellen linear abgebaut worden.

Im übrigen wird wegen der Stellenzugänge und -abgänge auf die Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln verwiesen (nachfolgender Abschnitt B).

B Erläuterungen zu den Veränderungen in den Stellenplänen

I Einzelplan 04 (Justiz) insgesamt

Die Veränderungen stellen sich in der Übersicht für den gesamten Einzelplan 04 (Justiz) wie folgt dar:

MMV10/1727

*Einzelplan 04 *

Stellenübersicht (Personalsoll)

	Höherer * Dienst *	Gehobener * Mittlerer * Einfacher * Dienst *	insgesamt * 1989 *	insgesamt * 1988 *	+/- *		
Planmäßige Beamte	5.573	4.705	11.313	1.407	22.998	22.944	54
Beamtete Hilfskräfte	126	326	434	49	935	904	31
Angestellte	24	159	7.729	300	8.212	8.174	38
Arbeiter				712	712	758	46-
Zwischensumme	5.723	5.190	19.476	2.468	32.857	32.780	77
Titelgruppen							
Angestellte			180		180	180	
Arbeiter				7	7	9	2-
insgesamt	5.723	5.190	19.656	2.475	33.044	32.969	75
Beamte im Vorbereitungsdienst	6.400	540	1.104	10	8.054	8.039	15
Auszubildende und Berufspraktikanten					2.554	2.550	4

Die Stellenbewegungen ergeben zusammengefaßt folgendes Bild:

Stellenbestand Haushalt 1988:	32.969 Stellen
- 12 kw-Vermerke Schreibdienst (Kap. 04 040),	
- 37 Stellen aufgabenkritischer Wegfall,	
- 40 Stellen zeitverzögerte Realisierung des Stellenabbaus (Zielvorgabe) im gehobenen und mittleren Dienst,	
- 1 Stelle Justizamtman, umgesetzt in den Epl. 02 (StKzl.),	
+ 2 Stellen kw LPVG,	
+ 1 Stelle umgesetzt aus Epl. 03 (IM),	
+ 70 Stellen Arbeitszeitverkürzung,	
+ 31 Stellen aufgabenkritischer Zugang,	
+ <u>61</u> Stellen Stellenzugang,	
+ 75 saldiert	+ <u>75 Stellen</u>
Haushaltsentwurf 1989	33.044 Stellen
	=====

Dies wird wie folgt erläutert:

1.

Nach dem Ergebnis aufgabenkritischer Überprüfungen können folgende Stellen in Abgang gestellt werden:

Justizamtsrat	1 Stelle
Amtsanwaltsdienst (dav. 3 Oberamtsanwälte, 1 Amtsanwalt)	4 Stellen
Reinigungsdienst (ordentliche Gerichtsbarkeit)	20 Stellen
Reinigungsdienst (Bewährungshilfe)	2 Stellen
Reinigungsdienst (Aus- und Fortbildungsstätten)	3 Stellen
Krankenpfleger (Justizvollzug)	2 Stellen
Schreibdienst (Verwaltungsgerichtsbarkeit)	5 Stellen

	37 Stellen

Dafür sollen die nachgenannten Stellen neu eingerichtet werden:

Richter	8 Stellen
Staatsanwälte	3 Stellen
Wirtschaftsreferenten	1 Stelle
Bewährungshelfer	7 Stellen
JOberwachtmeister	8 Stellen
Vors. Richter am OVG	1 Stelle
Richter am OVG	2 Stellen
Regierungsrat (Geschäftsleiter eines Landgerichts)	<u>1 Stelle</u>
	31 Stellen

2.

Der Arbeitszeitverkürzung ab 1.4.1989 als Folge des Tarifabschlusses 1988 wird durch die Ausbringung von 70 Angestelltenstellen im allgemeinen Vollzugsdienst (Kap. 04 050) Rechnung getragen.

3.

Der Stellenzugang wegen der besonderen Belastung der ordentlichen Gerichte und der Staatsanwaltschaften wirkt sich wie folgt aus:

Richter	+ 8 Stellen
Staatsanwälte	+ 5 Stellen
Wirtschaftsreferenten	+ 2 Stellen
Bewährungshelfer	+ 5 Stellen
JOberwachtmeister	+ 4 Stellen
Gerichtsvollzieher	+ 13 Stellen
Bürodienst (Angestellte)	+ 12 Stellen
Schreibdienst (Angestellte)	<u>+ 12 Stellen</u>
	+ 61 Stellen

4.

Insgesamt kommen die Stellenbewegungen im wesentlichen den überproportional belasteten Dienstzweigen der Justiz zugute, wie nachstehende Übersicht zeigt:

	Aufgaben- kritik	Arbeits- zeitverk.	Stellen- zugang	insges.
Richter	8		8	16
Staatsanwälte	3		5	8
Wirtschaftsref.	1		2	3
Bewährungshelfer	7		5	12
JOberwachtmeister	8		4	12
Gerichtsvollzieher			13	13
Bürodienst (Angestellte)			12	12
Schreibdienst (")			12	12
allgemeiner Vollzugs- dienst (Angestellte)		70		70
Vors. Richter am OVG	1			1
Richter am OVG	2			2
Regierungsrat (Ge- schäftsleiter eines Landgerichts)	1			1
	31	70	61	162.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Erläuterungen zu den einzelnen Kapiteln verwiesen.

II.

- 7 -

MMV 10 / 1727

Justizministerium

(Kapitel 04 010)

Stellenübersicht

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	insgesamt		+/-
					1989	1988	
<hr/>							
Planmäßige							
Beamte	74	74	20	16	144	144	--
Beamtete							
Hilfskräfte	--	--	--	--	--	--	--
Angestellte	1	5	51	--	57	57	--
Arbeiter	--	--	--	6	6	6	--
<hr/>							
Titelgruppen:							
Angestellte	--	--	--	--	--	--	--
Arbeiter	--	--	--	--	--	--	--
<hr/>							
insgesamt	75	39	71	22	207	207	--
<hr/>							
Beamte im Vorbereitungs- dienst	--	--	--	--	--	--	--
<hr/>							
Auszubildende					--	--	--
<hr/>							

MMV 10/1727

1.

Ausbringung von kw-Vermerken

1.1

VergGr. VII/VIII BAT (Schreibdienst)

Aufgrund der Querschnittsprüfung des LRH im Jahre 1982 ist bis zum Haushaltsjahr 1989 im Schreibdienst der obersten Landesbehörden eine Relation von einer Schreibkraftstelle zu sechs Diktatberechtigten herbeizuführen.

Dieser Vorgabe kommt das Justizministerium durch die Ausbringung eines kw-Vermerks im Schreibdienst nach. Nach Realisierung dieses Vermerks beträgt die Relation 1 : 6,2.

1.2

LGr. II MTL II (Reinigungsdienst)

Im Reinigungsdienst des Justizministeriums ist bei einer Stelle ein kw-Vermerk (31.12.1990) im Rahmen der Aufgabenkritik ausgebracht worden. Die Stelle fällt nach dem Ausscheiden einer Arbeiterin (Rente) weg.

2.

Verlagerung innerhalb der Dienstarten

VerGr. VI b/VII BAT (Vorzimmerdienst)

Nach Einrichtung des bisher fehlenden Vorzimmers für zwei Gruppenleiter des Justizministeriums ist eine Angestellte des Schreibdienstes dem Vorzimmerdienst zugeteilt worden.

3.

Stellenabbau 1982 bis 1987Basiszahlen und bisheriger Stellenabbau

Kapitel	Basiszahl	Ab.'82	Ab.'83	Ab.'84	Ab.'85	Ab.'86	Ab.'87	bish. Abb.
04 010	HH 1981	(2 %)	(1 %)	(1,5%)	(1 %)	(0,5%)	(%)	insgesamt
Justiz-								
ministerium								
höh. Dienst	77,00	1,00	1,00	1,00	1,00			4,00
geh. Dienst	34,00				1,00			1,00
mi. Dienst (Beamte)	19,00							
einf. Dienst (Beamte)	16,00	1,00		2,00				3,00
Ang. insg.	64,00	1,00	1,00	1,00	2,00	1,00	1,00	7,00
davon								
B-Dienst	15,00							
K-u. FSprDi.	48,00	1,00	1,00	1,00	2,00	1,00	1,00	7,00
so. Angest.	1,00							
Arbeiter	7,00					1,00		1,00
S u m m e	217,00	3,00	2,00	4,00	4,00	2,00	1,00	16,00

Im Rahmen des linearen Stellenabbaus und in Folge der Absenkung der Schreibdienstrelation hat das Justizministerium damit insgesamt 16 Stellen seit 1982 abgebaut. Auf der Basis des Haushalts 1982 sind dies 7,4 % des Stellenbestands.

Im Jahre 1988 sind keine Stellen abzubauen.

HHV 1989, Kap. 040 010 Anl.1-4

Personalhaushalt 04 010 BesGr./Amtsbezeichnung	HH *1989*	HH *1988*	Ist 1.7.88	*unterw. *bes.mit beamt. *Planbea.Hilfskr.	davon Angest.	Arbeit.*
B 10 Staatssekretär	1	1	1			
B 7 Präsident des LJPA Ministerialdirigent	1 4	1 4	1 4			
B 4 Ltd. Ministerialrat	11	11	11			
B 2 Ministerialrat	17	17	16		1	1
A 16 Ministerialrat	18	18	18		14	
A 15 Reg.medizinaldirekt. Regierungsdirektor	13	13	12		6	
A 14 Oberregierungsrat	5	5	5		3	
A 13 Regierungsrat	4	4	4		3	
Zwischensumme höh.Dienst	74	74	72		27	1
A 13 Oberamtsrat	17	17	17			
A 12 Amtsrat Bibl.-amtsrat	10	10	10		1	
A 11 Regierungsamtmann	7	7	7	2		
A 10 Regierungsoberinsp.			1			
Zwischensumme geh.Dienst	34	34	34	2	1	
A 9 Zulage Reg.amtsinsp.	6	6	6			
A 9 Reg.amtsinsp.	14	14	14	6	1	
A 8 Regierungshauptsekr.						
A 7 Regierungsobersekr.			2			
Zwischensumme mi. Dienst	20	20	20	6	1	
A 5 Zulage 1.JHWMeister	1	1	1			
A 5 1.JHWMeister	15	15	15			2
Zwischensumme einf.Dienst	16	16	16			2
Planstellen insgesamt	144	144	142	8	29	1 2

MMV 10 / 1727 - 11 -

HHV 1989, Kap. 040 010 Anl.1-4

Hilfsstellen für abgeordnete Beamte/Richter	HH *1989*	HH *1988*	Ist 1.7.88 *
R 2 (aus Kap. 04 040)	12	12	12
R 2 (aus Kap. 04 070)	1	1	1
R 1 (aus Kap. 04 040)	2	2	2
R 1 (aus Kap. 04 070)	1	1	1
A 16 (aus Kap. 04 050)	1	1	1
A 15 (aus Kap. 04)			
A 14 (aus Kap. 04 0 0)			
A 13 (aus Kap. 04 050)	2	2	2
A 09 (aus Kap. 04 040)			
A 5 (aus Kap. 04 040)			
Summe Hilfsstellen	19	19	19

HHV 1989, Kap. 040 010 Anl.1-4

Hilfsstellen für Angestellte (VergGr. BAT)	HH *1989*	HH *1988*	Ist 1.7.88	*davon unterwert.* *bes. m. Angest.*	*dav. bes. *m. Arb.*
Referent BAT I	1	1	1		
Bürodienst pp. IV b	3	3	3		
IV b/V b	1	1	1		
V b/V c	1	1	1		
V c/VI b	2	2	2		
VI b	6	6	6		
VI b/VII					
VII/VIII	3	3	3		
Zwischensumme Büro-, Reg.- und Büchereidienst	16	16	16		
Vorzimmerdienst IV b/V b	1	1	1		
V b/V c	1	1	1		
V c/VI b	5	5	5		
VI b/VII	11	10	10		
Zwischensu. Vorzi.-dienst	18	17	17		
Schreibdienst VII/VIII	20	21	21		
Fernsprech- u. -schreib- dienst	2	2	2		
Angest. stellen insgesamt	57	57	57		

HHV 1989, Kap. 040 010 Anl.1-4

Hilfsstellen für Arbeiter	HH	HH	Ist
-----	*1989*	*1988*	*1.7.88*
Reinigungsdienst	6	6	6

Anlage 5 zum HHV 1989, K.04010

8 Aug 1988 (09:21:20) Seite

Übersicht über Be	Planstellen-	am 1.7.88	Ruhestand	voraussichtlich im Jahr						
Kap. 04 010	zahl 1988	ang.Beante	MMJ 88	MMJ 89	MMJ 90	MMJ 91	MMJ 92	MMJ 93	MMJ 94	
Anlage 5	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	
Höherer Dienst										
BesGr. A 13 - B 10	74,00	44,00	0	0	3,00	4,00	0	1,00	3,00	
Gehobener Dienst										
BesGr. A 9 - A 13	34,00	33,00	0	0	0	0	0	1,00	0	
Mittlerer Dienst										
BesGr. A 5 - A 9	20,00	19,00	0	0	0	0	0	0	0	
Einfacher Dienst										
BesGr. A 3 - A 5	18,00	14,00	0	1,00	0	0	0	0	0	

III. Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kapitel 04 040)

MMV 10 / 1727

Stellenübersicht

Stellenübersicht (Personalsoll)		insgesamt		*
-----		-----		-----
	Höherer*Gehobener*Mittlerer*Einfacher*	1989 *	1988 *	+/- *
	Dienst * Dienst * Dienst *	-----		
	-----	-----		
Planmäßige Beamte	4.577 4.005 5.351 1.361	15.294	15.255	39
Beamtete Hilfskräfte	98 284 188 49	619	604	15
Angestellte	2 75 6.315 237	6.629	6.623	6
Arbeiter	-----	583	613	30-
Zwischensumme	4.677 4.364 11.854 2.230	23.125	23.095	30
Titelgruppen	-----	-----	-----	-----
Angestellte	180	180	180	-----
Arbeiter	7	7	9	2-
-----	-----	-----	-----	-----
insgesamt	4.677 4.364 12.034 2.237	23.312	23.284	28
Beamte im Vor-	-----	-----	-----	-----
bereitungsdienst	6.400 517 495 10	7.422	7.381	41
Auszubildende	-----	-----	-----	-----
und Berufsprak-	-----	2.438	2.434	4
tikanten	-----	-----	-----	-----

A. Planstellen

1.

Umsetzungen

MMV 10 / 1727

BesGr. A 11 (Justizamtman)

1 Stelle BesGr. A 11 (Justizamtman - ohne Besoldungsaufwand -),
umgesetzt in den Epl. 02 (Ministerpräsident/Staatskanzlei).

Im Justizhaushalt war bisher eine Planstelle Justizamtman - ohne Besoldungsaufwand - für die Abordnung eines Beamten an die Staatskanzlei ausgebracht. Nachdem sich dort ein Bedarf zur ständigen Besetzung der Stelle (Daueraufgabe) ergeben hat, war die Planstelle umzusetzen.

2.

Neue Stellen/Stellenwegfall

2.1

BesGr. A 13 (Regierungsrat)

4 Stellen Regierungsrat (BesGr. A 13) - (davon 1 aufgabenkritischer Zugang)

a)

Mit der aufgabenkritischen Umwandlung einer Stelle Justizamtsrat (BesGr. A 12) in eine Regierungsratsstelle (BesGr. A 13) für einen Aufstiegsbeamten des gehobenen Justizdienstes wird dem letzten Geschäftsleiter eines Landgerichts, der dem gehobenen Dienst angehört, die Aufstiegsmöglichkeit in den höheren Dienst eröffnet. Die "Aktion" findet damit ihren Abschluß.

b)

Drei Planstellen waren aus Hilfsstellen umzuwandeln, da die Beamten (Wirtschaftsreferenten) im Jahre 1989 planmäßig angestellt werden können.

MMV 10 / 1727

2.2

BesGr. A 9 (Sozialinspektor)

8 Planstellen des gehobenen Sozialdienstes waren zur Übernahme erprobter Hilfsbeamter aus beamteten Hilfsstellen umzuwandeln.

2.3

BesGr. A 9 (Justizamtsinspektor)

2 Stellen (kw - § 42 LPVG -) - davon 1 mit Amtszulage -
Nach dem Tod des Bezirkspersonalratsvorsitzenden beim Oberlandesgericht Düsseldorf ist ein Justizamtsinspektor zum Nachfolger gewählt worden. Bei der Staatsanwaltschaft in Dortmund ist der Personalratsvorsitzende neu gewählt worden. Für die voll freigestellten Beamten waren neue Stellen der BesGr. A 9 (m.D.) einzurichten.

2.4

BesGr. A 8 (Gerichtsvollzieher)

13 Stellen

Wie in Abschnitt C. (Personalbedarfsberechnung) im einzelnen nachgewiesen wird, sind die Gerichtsvollzieher erheblich überlastet. Um Abhilfe zu schaffen, wurden 13 Stellen des Gerichtsvollzieherdienstes eingerichtet.

2.5

BesGr. A 3 (Justizoberwachtmeister)

18 Stellen

Der einfache Justizdienst, der hoheitliche Aufgaben wahrnimmt, soll angemessen verstärkt werden. Dazu sind 18 neue Stellen gegen Wegfall von 10 Arbeiterstellen (Boten) und durch 8 aufgabenkritische Umwandlungen geschaffen worden.

Es stehen genügend erprobte Beamte zur Übernahme in die Planstellen zur Verfügung.

MMV 10/1727

2.6

BesGr. A 13/A 12 (Oberamtsanwalt/Amtsanwalt)

--4 Stellen, und zwar

--3 Stellen Oberamtsanwalt (BesGr. A 13),

- 1 Stelle Amtsanwalt (" A 12),

- aufgabenkritischer Wegfall -.

Der aufgabenkritische Stellenwegfall im Amtsanwaltsdienst ist angesichts der im Vergleich zu anderen Dienstzweigen deutlich geringeren Belastung vertretbar.

3.

Umwandlungen

BesGr. A 11 (Bibliotheksamtmann)

Ein Bibliotheksoberinspektor erfüllt seit längerem die Voraussetzung einer Beförderung zum Amtmann. Eine Justizamtmannstelle wurde daher umgewandelt. Zum Ausgleich wurde die bisherige Bibliotheks-oberinspektorstelle in eine Justizoberinspektorstelle umgewandelt.

B. beamtete Hilfsstellen

1. Zugang

1.1

BesGr. R 1 (Richter auf Probe)

24 Stellen

Die in Abschnitt C. dargelegte übermäßige Belastung im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst macht die Einrichtung weiterer Stellen unerlässlich.

Es sollen

16 neue Stellen für Richter auf Probe bei den ordentlichen Gerichten und

8 neue Stellen für Richter auf Probe bei den Staatsanwaltschaften geschaffen werden.

Wegen des nach wie vor bestehenden außerordentlichen Fehlbedarfs (im richterlichen Dienst z.B. über 25 %!) wird auf die Darstellung der Personalbedarfsberechnung (Abschnitt C.) verwiesen. Die Auswirkungen und Folgen dieses Fehlbedarfs sind zuletzt im Erläuterungsband zum Haushaltsentwurf 1988 - Vorlage 10/1173 - (S. 43 ff) eingehend dargestellt worden. Darauf wird Bezug genommen.

1.2

BesGr. A 13 (Regierungsrat z.A.)

3 Stellen (davon 1 aufgabenkritisch)

Die Wirtschaftsreferenten bei den Schwerpunktstaatsanwaltschaften sind ohne personelle Verstärkung zur Bearbeitung der ständig zunehmenden umfangreichen Wirtschafts- und Steuerstrafsachen nicht mehr in der Lage.

Für die Schwerpunktstaatsanwaltschaften waren daher weitere Stellen einzurichten.

1.3

BesGr. A 9 (Sozialinspektor z.A.)

18 Stellen

Die derzeit 616 Bewährungshelfer hatten am 1. Juli 1988 insgesamt 41.121 Probanden zu betreuen. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Belastung mit 66,8 Probanden pro Bewährungshelfer. Demgegenüber ist nach der Personalbedarfsberechnung (vgl. Abschn. C) eine Betreuungszahl von 45 Probanden für einen Bewährungshelfer vorgesehen.

Um eine weiter steigende Belastung zu verhindern, sie zumindest abzuschwächen, sind weitere 12 Stellen für Sozialarbeiter geschaffen worden. Weitere 6 beamtete Hilfsstellen wurden aus Angestelltenstellen der VergGr. IVa/IVb BAT umgewandelt, da die Sozialarbeiter die Voraussetzungen zur Übernahme in das Beamtenverhältnis 1989 erfüllen werden.

MMV10/1727

1.4

BesGr. A 3 (Justizoberwachtmeister z.A.)

4 Stellen zum Abbau der Belastung im einfachen Justizdienst. In den letzten Jahren sind durch vermehrte Sicherungsaufgaben und durch eine stärkere Belastung im Sitzungsdienst die Aufgaben des einfachen Justizdienstes beachtlich gestiegen. Hier ist - wie auch 1988 - eine Stellenvermehrung dringend geboten.

2.

Stellenabgang

2.1

BesGr. A 9 (Justizinspektor)

- 15 Stellen (Stellenwegfall).

Der Wegfall von 15 Stellen des gehobenen Justizdienstes steht im Zusammenhang mit der (zeitverzögerten) Realisierung des linearen Stellenabbaus 1982 - 1986. Nach der Personalkalkulation können diese Stellen wegfallen.

2.2

BesGr. A 5 (Justizassistent z.A.)

- 7 Stellen.

Die Ausführungen zu Nr. 2.1 gelten entsprechend.

2.3

BesGr. A 13 (Regierungsrat z.A.)

- 3 Stellen

und

BesGr. A 9 (Sozialinspektor z.A.)

- 8 Stellen

zur Übernahme erprobter Hilfsbeamter. Die beamteten Hilfsstellen sind in Planstellen umzuwandeln.

MMV 10 / 1727

2.4

BesGr. A 9 (Sozialinspektor z.A.)

- 1 Stelle

Im Haushaltsvollzug 1988 ist eine Hilfsstelle für einen Sozialarbeiter zum Justizvollzugskrankenhaus des Landes NRW in Fröndenberg umgesetzt worden.

C. Hilfsstellen für Angestellten

1. Zugang

1.1

VerGr. VI b/VII BAT (Bürodienst)

12 Stellen,

1.2

VerGr. VII/VIII BAT (Schreibdienst)

12 Stellen

Mit Blick auf die Belastung im mittleren Dienst (Geschäftsstellen) und im Schreibdienst (Protokollführung) sind insgesamt 24 Hilfsstellen für Angestellte eingerichtet worden. Damit soll der seit Jahren in diesen Aufgabenbereichen bestehenden Überlastung Rechnung getragen werden. Die Stellen des Schreibdienstes sollen der Protokollführung zugute kommen, die der ADV nicht zugänglich ist.

2. Stellenabgang

2.1

Abbau von 12 Stellen VerGr. VII/VIII BAT (Schreibdienst)

Im Schreibdienst wurden aufgrund der kw-Vermerke 1988 12 Hilfsstellen abgebaut.

2.2

VerGr. IV a/IV b BAT (Sozialarbeiter)

- 6 Angestelltenstellen umgewandelt in beamtete Hilfsstellen.

Die Sozialarbeiter erfüllen 1989 die Voraussetzung zur Übernahme in das Beamtenverhältnis.

MMV 10/1727

D. Hilfsstellen für Arbeiter

1. Zugang

LGr. VI/V (Justizaushelfer)

4 Stellen umgewandelt aus Stellen der LGr. V, V/IV und IV des Hausmeister- und Handwerkerdienstes zur Verstärkung der Wachtmeistereien der Gerichte.

2. Abgang

2.1

LGr. V/IV (Boten)

- 10 Stellen umgewandelt in Planstellen des einfachen Dienstes (vgl. Teil III Abschn. A Nr. 2.5 S. 15).

2.2

LGr. II MTL II (Reinigungsdienst)

Weitere 20 Stellen des Reinigungsdienstes bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und 2 Stellen bei der Bewährungshilfe sollen aufgabenkritisch wegfallen. Die Stellen sind als Folge der Einführung der 2-Tage-Intervallreinigung entbehrlich und werden im Laufe der Haushaltsführung 1988 frei.

Rd. 40 % dieser "Arbeiterstellen Reinigungsdienst" werden in neue Stellen des einfachen Dienstes umgewandelt.

E. Hebungen/Höhergruppierungen

1.

Stellenhebungen aufgrund der Planstellenzugänge 1986

Die Planstellenzahl 1989 wurde um die Stellen mit den Vermerken "ohne Besoldungsaufwand" und "kw LPVG" gekürzt. Ferner sind die Planstellenzugänge 1987 bis 1989 unberücksichtigt geblieben, soweit sie nicht auf den einfachen Dienst und das erste Beförderungssamt im mittleren Dienst entfallen.

Danach ergeben sich insgesamt 203 Hebungen im gehobenen, mittleren und einfachen Dienst. Im einzelnen wird auf Abschnitt D dieses Erläuterungsbandes verwiesen.

2.

Höhergruppierungen

2.1 (VergGr. V b/V c BAT)

3 Stellen höhergruppiert aus VerGr. V c BAT gem. Fallgruppe 1 c der Anlage 1 a zum BAT (tarifrechtlicher Anspruch, Ausbilder der Auszubildenden).

2.2 (VergGr. VIb BAT)

60 Stellen höhergruppiert aus VergGr. VIb/VII BAT (Fallgruppe 42 Anl. 1 a zum BAT - Protokollführer -) - tarifrechtl. Anspruch; originäre Einstufung -

2.3 (LGr. VIII a MTL II)

2 Stellen aus LGr VIII bzw. VII (Fallgruppe 1 des LGr.-Verzeichnisses zum MTL) tarifrechtliche Ansprüche.

F. Linearer Stellenabbau 1982 bis 1986:

Basiszahlen und bisheriger Stellenabbau

Kapitel	Basiszahl	Ab.'82	Ab.'83	Ab.'84	Ab.'85	Ab.'86	bish. Abb.
04 040	HH 1981	(2 %)	(1 %)	(1,5%)	(1%)	(0,5%)	insgesamt
Richter	3.316	67	34	51		16	168
Staatsanw.	936	18	10	15		5	48
WirtschRef.	20	1					1
so.höh.							
Dienst	39						
Amtsanwälte	325	7	3	5		2	17
geh.JDienst	2.872	57	31	43		15	146
geh.Soz.							
Dienst	532	9	6	9		3	27
GerVollz.	849	17	8	12		4	41
JVollstr.							
Dienst	72	1	1	2		1	5
mi.JDi.(B)	4.037	81	42	61		21	205
einf.JD(B)	1.267	25	12			6	43
Ang.B-Di.	2.720	58				14	72
" K-Di.	4.111	87	64	96		20	267
" "(BewH)	179	4	2	3		1	10
Aushelfer,							
Boten(Ang)	274		3	16			19
so.Ange-							
stellte	18						
Aushelfer,							
Boten(Arb)	177			6		3	9
Rein.-Di.	624	17	8	12		3	40
" BewH	36	1		1			2
so.Arbeiter	46						
S u m m e	22.450	450	224	332		114	1.120

In den Haushaltsjahren 1987 und 1988 war der Geschäftsbereich des Justizministers von einem linearen Stellenabbau nicht betroffen.

RICHTER (KAP. 04 040)	HH 1989	HH 1988	Ist	davon
Amtsbez./BesGr.	unterwert.bes.	*1.7.88*	unterwert.bes.	beamtete Hilfs- Angestellte
PräsOLG R 8	3,00	3,00	3,00	Arbeiter
PräSLG R 6	10,00	10,00	10,00	
PräSLG R 5	4,00	4,00	4,00	
PräsAG	3,00	3,00	2,00	
VizepräsOLG R 4	3,00	3,00	3,00	
PräsLG R 4	5,00	5,00	5,00	
PräsAG R 4	1,00	1,00	1,00	
VorsRi am OLG R 3	107,00	107,00	107,00	1,00
VizepräsLG R 3	14,00	14,00	14,00	
VizepräsAG R 3	3,00	3,00	3,00	
VizepräsLG R 2 Z	5,00	5,00	5,00	
VorsRi am LG R 2	431,00	431,00	431,00	20,00
o.Bes.	2,00	2,00	1,00	1,00
Richter a.OLG R 2	321,00	321,00	321,00	3,00
o.Bes.	17,00	17,00	4,00	
Professor	12,00	12,00	12,00	1,00
VizepräsAG R 2	1,00	1,00	1,00	1,00
Richter am AG R 2	125,00	125,00	125,00	29,50
Direktor des AG (mit Amtszulage)	55,00	55,00	55,00	2,00
Direktor des AG	54,00	54,00	54,00	3,00
Direktor des AG R 1 (mit Amtszulage)	17,00	17,00	17,00	1,00
Richter am AG/LG R 1	2.300,00	2.300,00	2.257,17	139,00
o.Bes.	16,00	16,00	16,00	
Professor	2,00	2,00	2,00	
Summe Planstellen	3.511,00	3.511,00	3.453,17	15,00
				198,50

MMV 10/1727

KONTINGENT STAATSANWÄLTE	HH 1989	HH 1988	1.7.88	unterw. bes.	bes. Hi.	- Ange-	Arbeiter
Amtsbezeichnung BesGr.							
Generalstaatsanw R 6	3,00	3,00	2,00				
Ltd. Oberstaatsanw R 4	12,00	12,00	10,00		1,00		
Ltd. Oberstaatsanw R 3	19,00	19,00	18,00				
Oberstaatsanwalt R 2 AZ	23,00	23,00	21,00				
Oberstaatsanwalt R 2	222,00	222,00	210,00				5,00
o. Bes.	7,00	7,00	4,00				
LPVG	2,00	2,00					
Erster Staatsanw R 1 AZ	15,00	17,00	13,00				1,00
o. Bes.							
Staatsanwalt R 1	678,00	676,00	658,00				42,00
o. Bes.	3,00	3,00					
LPVG	1,00	1,00	2,00				
Summe Planstell.	985,00	985,00	938,00		1,00		48,00
dav. o. Bes.		10,00	4,00				
dav. LPVG		3,00	2,00				

9 Aug 1988

HHV 1989, höh. Verw. Dienst. 04040

Kontingent sonstiger höherer Dienst	HH 1989 HH 1988		Ist 1.7.'88	d a v o n	
	Bes.-Gr.	1.7.'88		unterw. bes. beamtete m. planmäß. Hilfskräfte	Ange- stellte
Amtsbezeichnung					
Regierungsdirektor A 15	3	3	3		
Reg.-Dir. (Wirtsch.-ref.)	8	8	8		
Oberregierungsrat A 14	27	27	25		
Oberreg.-rat (Wirtsch.-ref.)	16	16	16		2
Regierungsrat A 13	18	17	11	4	
Reg.-rat (Wirtsch.-ref.)	9	6	5		
Summe	81	77	68	4	2
davon Verwaltung	48	47	39	4	
Wirtsch.-Referenten	33	30	29		2

MMV 10 / 1727

HHV 1989, geh. Dienst 04040, Anll

gehobener Dienst Amtsbezeichnung	BeşGr.	HH 1989	HH 1988	Ist +1.7.88+	unterw. bes.	d a v o n beamtete m. Planbeamt. Hilfskraft	Angest.	Arbeits-
Justizoberamtsrat A 13		143	143,00	133,00				
LPVG		4	4,00	3,00		7,00		
Sozialoberamtsrat		22	22,00	22,00				
Oberamtsanwalt		199	202,00	196,00				
LPVG		1	1,00					
Justizamtsrat A 12		510	511,00	488,75	9,50	5,00		
o. Bes.		3	3,00					
LPVG		2	2,00	1,00				
Sozialamtsrat		66	66,00	64,00				
Amtsanwalt		133	134,00	133,00				
dav. Sonderplanstellen								
Regierungsamtsrat		2	2,00	2,00				
Justizantmann A 11		1.137	1.137,00	1.119,75	10,00	6,00		
o. Bes.			1,00					
LPVG		7	7,00	3,00	1,00			
Sozialantmann		166	166,00	164,00	3,00			
Regierungsantmann		1	1,00	1,00				
Bibl.-antmann		2	1,00	1,00				0,50
Justizoberinsp. A 10		819	818,00	807,50	6,00	3,50		
o. Bes.		4	4,00	1,00				
LPVG		5	5,00	1,00				
Sozialoberinsp. A 10 EA		17	17,00	17,00				
Sozialoberinsp. A 10		180	180,00	180,00	4,50	0,50		
Bibl.-oberinsp.			1,00	1,00				
Justizinspektor A 9		453	454,00	417,25		90,50		
o. Bes.		3	3,00					
LPVG		1	1,00					
Sozialinspektor		125	117,00	110,00		1,00		
Summe Planstell.		4.005	4.003,00	3.866,25	41,00	106,50	0,50	
dav. geh. JustizDi.		3.091	3.093,00	2.975,25	33,50	105,00		
o. Bes.		10	11,00	1,00				
LPVG		19	19,00	8,00	1,00			
dav. Amtsanwälte		333	337,00	329,00				
LPVG		1	1,00					
dav. Sozialdienst		576	568,00	557,00	7,50	1,50		
dav. Regier. Di.		3	3,00	3,00				
dav. Bibl. Dienst		2	2,00	2,00				0,50

MITTLERER DIENST	BesGr.	HH 1989	Haushalt	Ist	d a v o n
Amtsbezeichnung		* 1988*	1* 1.7.88	unterw. bes. beamteten	Angest. lArbeit.
				m. Planbeamt. Hilfskräft.	
Obergerichtsvollz. A 9 AZ		187,00	187,00	187,00	17,00
Justizamtsinsp. A 9 AZ		336,00	315,00	314,75	6,00
LPVG		3,00	2,00	2,00	
Obergerichtsvollz A 9		437,00	437,00	437,00	1,00
Justizamtsinsp. A 9		791,00	737,00	737,00	5,00
LPVG		5,00	4,00	2,00	
Gerichtsvollzieh. A 8		308,00	295,00	295,00	23,00
Justizhauptsekr.		1.183,00	1.195,00	1.196,00	13,00
o. Bes.		1,00	1,00		
LPVG					
Justizobersekret. A 7		1.292,00	1.332,00	1.331,75	29,75
o. Bes.		1,00	1,00	1,00	15,00
LPVG					
JustVollstrOSekr		57,00	55,00	53,00	
Justizsekretär A 6		479,00	494,00	494,00	14,50
o. Bes.		1,00	1,00		
LPVG					
JustVollstrSekr.		12,00	14,00	14,00	
Justizassistent A 5		250,00	258,00	259,00	30,50
o. Bes.		1,00	1,00		
LPVG		1,00	1,00		
JustVollstrAss.		6,00	6,00	5,00	2,00
Summe Planstellen		5.351,00	5.336,00	5.328,50	125,00
dav. mittl. Justizdienst		4.344,00	4.342,00	4.337,50	84,00
o. Bes.		4,00	4,00	1,00	
LPVG		9,00	7,00	4,00	1,00
dav. Gerichtsvollzieher		932,00	919,00	919,00	41,00
dav. Justizvollstreckungs		75,00	75,00	72,00	2,00

Planstellen einf.Dienst Amtsbezeichnung	BesGr.	1989	1988	Haushalt Haushalt	Ist	*1.7.'88	unterw.bes.beamtete	Angest.	Arbeiter
							m.Planbeam.Hilfskraft.		
Erster JustizhauptwMstr.	A 5 AZ	136	135,00	130,00	2,00				
Erster JustizhauptwMstr.	A 5	679	668,00	-656,00	1,00				3,00
-kw LPVG-		1	1,00	1,00					
Justizhauptwachtmeister	A 4	477	471,00	468,00	25,00			5,00	10,00
Justizoberwachtmeister	A 3	68	68,00	66,00				1,00	12,00
Summe Planstellen		1.361	1.343,00	1.321,00	28,00			1,00	25,00
davon LPVG			1,00						

MMV 10 / 1727

HHV 1989 Anl. 2, beamt. HiKräfte

Übersicht beamtete Hilfskräfte (Anlage 2)				* d a v o n	
Amtsbezeichnung	* 1989 *	* 1988 *	Ist	* Angest. *	* Arbeit. *
			1.7.88		
Richter a.Pr.(Ger)	71,00	55,00	55,00		
davon ohne Besold.	2,00	2,00	2,00		
Richter a.Pr.(StA)	18,00	10,00	10,00		
Regierungsräte z.A.	9,00	9,00	8,00		
Justizinspektor z.A.	166,00	181,00	181,00		
davon ohne Besold.			1,00		
Sozialinspektor z.A.	118,00	109,00	106,00	42,00	
Justizassistent z.A.	188,00	195,00	195,00		
Justizoberwachtm.zA.	49,00	45,00	45,00	1,00	28,00
insgesamt	619,00	604,00	601,00	43,00	28,00
Stellen für abgeordnete Beamte					
A 13 JustizOARat	2,00	2,00			
A 12 Justizamtsrat	1,00	1,00			

Anl.3.HHV 1989,Angestellte 040

Hilfsstellen für Angestellte Kap. 04 040	HHJahr * 1989 *	HHJahr * 1988 *	Ist *1.7.88*	d a v o n unterw.bes. Arbeiter mit Angest.
Büro-,Registratur- und Kassendienst				
VergGr. IV b/ V b	49,00	49,00	49,00	4,25
" V b/ V c	85,00	85,00	85,00	5,50
" V b/ V c LPVG	4,00	4,00	3,00	1,00
" V c	376,00	376,00	375,00	12,40
" VI b	425,00	365,00	365,00	12,50
" VI b LPVG	1,00	1,00	1,00	1,00
" VI b/ VII	1.365,00	1.413,00	1.408,50	18,00
" VI b/ VII LPVG	5,00	5,00	3,00	
insgesamt B-Dienst	2.310,00	2.298,00	2.289,50	54,65
Vorzimmer- u. Schreibdienst				
VergGr. V b/Vc	3,00			
" V c		3,00	3,00	
" VI b	122,00	122,00	122,00	6,00
" VI b/ VII	6,00	6,00	6,00	
" VII/ VIII	3.864,00	3.864,00	3.746,90	5,00
insgesamt K-Dienst	3.995,00	3.995,00	3.877,90	11,00
Fernsprech- u. Fernschreibdienst				
VergGr. VI b	1,00	1,00	1,00	1,00
" VII/ VIII	44,00	44,00	38,00	
insgesamt FSpr.-Dienst	45,00	45,00	39,00	1,00

Anl.3,HHV 1989,Angestellte 040

Hilfsstellen für Angestellte Kap. 04 040	HHJahr * 1989 *	HHJahr * 1988 *	Ist *1.7.88*	d a v o n	
				unterw.bes. Arbeiter	
				mit Angest.	
Wirtschaftsreferenten					
VergGr. I a	1,00	1,00	1,00		
" I b/II a	1,00	1,00	1,00		
Buchhalter					
VergGr. IV b/V b	24,00	24,00	22,00		
" V b/V c					

insgesamt Buchhalter	24,00	24,00	22,00		
Sozialarbeiter					
VergGr. IV a/IV b		6,00	5,00		
Sonstiger Dienst					
VergGr.					
" IV a/IV b	1,00	1,00			
" IV b/V b					
" VI b/VII					
" VII/VIII	1,00	1,00	1,00		
" IX a/IX b					

insgesamt sonst. Dienst	2,00	2,00	1,00		
Maschinenmeister					
VergGr. IV a	1,00	1,00	1,00		
" V c/VI b	10,00	10,00	9,00		
" VI b					
" VI b/VII					

insgesamt Masch.-mstr.	11,00	11,00	10,00		
Justizaushelfer, Boten					
VergGr. IX a/IX b	226,00	226,00	211,50	1,50	91,5
" IX b/X	11,00	11,00	11,00		

insgesamt Aush.,Boten	237,00	237,00	222,50	1,50	91,5
Hausmeister					
VergGr. VII/VIII	3,00	3,00	3,00		

zusammen Angestellte	6.629,00	6.623,00	6.471,90	68,15	91,5
davon kw LPVG	10,00	10,00	7,00	2,00	

HHV 1989, Arbeiter, Anlage 4

Übersicht Arbeiter Stellen nach MTL II Bezeichnung	Lohngruppe	HHJahr * 1989 *	HHJahr * 1988 *	Ist *1.7.88*	davon unterwertig besetzt

Heizer, Haus-	IX	3	3,00	3,00	1,00
meister, Facharb.	VIII a	4	2,00	2,00	
usw.	VIII		1,00	1,00	
	VII		1,00	1,00	
	VI	3	3,00	3,00	
	VI/V	5	5,00	5,00	
	V		1,00	1,00	
	V/IV		1,00	1,00	
	IV		2,00	2,00	
	III				
Drucker	VI	1	1,00	1,00	
Justizaushelfer	IX VI/V	93	89,00	88,00	1,00
Boten	V V/IV	14	24,00	24,00	
Fahrdienst	Pauschal	24	24,00	24,00	
~ LPVG	~	1	1,00	1,00	
Reinigungsdienst	VI				
	V	1	1,00	1,00	
	V/IV	11	11,00	5,00	
	IV			1,00	
	III	1	1,00		
	II	422	442,00	438,83	

Summe Arbeiterstellen		583	613,00	602,83	2,00
Kontingent Heizer, Hausmstr.		15	19,00	19,00	1,00
~ Drucker		1	1,00	1,00	
~ Justizaushelfer		93	89,00	88,00	1,00
~ Botendienst		14	24,00	24,00	
~ Fahrdienst		25	25,00	25,00	
~ Reinigungsdienst		435	455,00	445,83	

HHE 1989, BewH, noch Anl. 3,4

9 Aug 1988

Stellen für Angestellte (noch Anl. 3)
 - Bewährungshilfe

	HHE 1989	HH 1988	Ist 1.7.88	dav. unterw. besetzt	dav. besetzt
				besetzt m. mit Arbeit.	mit Arbeit.
				Angestellt.	Angestellt.

Bürodienst					
VergGr. VIb/VII	23,00	23,00	20,50		3,50
Schreibdienst					
VergGr. VII/VIII	157,00	157,00	158,50		***
insgesamt	180,00	180,00	179,00		3,50 ***

Arbeiter (ReinDi)					
LGr. II MTL II	7,00	9,00	5,80	dav. unterwertig bes.	***

Übersicht über Beamte im Vorbereitungsdienst und Beamte z.A.
 Stellen-Neueinstellungen am 1.7.88 vorhandene Anwärter, die eingestellt worden sind
 Anlage 5 Zahl 1988 - HHJ 1989 + HHJ 1988 + HHJ 1987 + HHJ 1986 + HHJ 1985 + 1984 u. fröh. + insg.

Höh. Dienst ("Aufst.-beamte")								
Höh. Dienst (Wirtsch.-ref.)								
Richter								
Staatsanwälte								
geh. Just.-dienst dazu Aufst.-beamt	565,00	108,00	134,00	124,00	123,00	166,00	12,00	425,00
				3,00	3,00	5,00	1,00	12,00
geh. Sozialdienst				21,00	1,00		10,00	34,00
Amtsanwälte								3,00
mittl. Dienst dazu Aufst.-beam.	506,00	150,00	164,00	169,00	87,00	2,00		318,00
				6,00	1,00	1,00		11,00
Gerichtsvollz.								71,00
JustVollstrDi.								4,00
einf. Dienst	10,00	4,00	4,00	2,00				2,00

Anlage 5 zum HHV 1989

Übersicht

z. A. Stellen am 1.7.1988 vorhandene z. A. -Beamte, deren Probezeit begann
 Anlage 5 HHJ 1988 *HHJ 1988 * HHJ 1987 * HHJ 1986 *1985 u. früh.* insges. *

Höh. Dienst
 ("Aufst.-beamte")

Höh. Dienst (Wirtsch.-ref.)	9,00	1,00	5,00	1,00	1,00	1,00	8,00
Richter	55,00		102,00	73,00	78,50		253,50
Staatsanwälte	10,00	9,00	23,00	22,00	4,00		58,00
geh. Just.-dienst dazu Aufst.-beamt	181,00		107,00 6,00	133,00	46,00		286,00 6,00
geh. Sozialdienst	109,00		44,00	17,00	3,00		64,00
Amtsanwälte			1,00				1,00
mittl. Dienst dazu Aufst.-beam.	195,00	68,00	233,00 1,00	72,00	14,00		387,00 1,00
Gerichtsvollz.			40,00	6,00	5,00		51,00
JustVollstrDi.			2,00				2,00
einf. Dienst	45,00	13,00	4,00				17,00

Anm. z. mittl. Jyztizd.:

 67 Hilfsbeamte werden
 gem. § 7 Abs. 4 S. 1
 HG 1988 geführt.

Anlage 5 zum HHV 1989

Übersicht

Planstellen- am 1.7.88 Ruhestand voraussichtlich im Jahre
 Anlage 5 zahl 1988 *ang.Beamte * HHJ 88 HHJ 89 HHJ 90 HHJ 91 HHJ 92 HHJ 93 HHJ 94

Höh. Dienst ("Aufst.-beamte")	47,00	39,00	1,00	2,00	2,00	4,00	7,00	2,00	2,00
Höh. Dienst (Wirtsch.-ref.)	30,00	27,00					1,00		2,00
Richter	3.511,00	3.312,50	13,00	25,00	36,00	40,00	35,00	44,00	60,00
Staatsanwälte	985,00	890,00	2,00	7,00	10,00	10,00	12,00	17,00	10,00
geh. Just.-dienst dazu Aufst.-beamt	3.093,00	2.870,25	7,00	23,00	30,00	45,00	60,00	48,00	33,00
geh. Sozialdienst	568,00	555,50		1,00	5,00	3,00	7,00	15,00	8,00
Amtsanwälte	337,00	329,00	5,00	5,00	5,00	9,00	12,00	9,00	3,00
mittl. Dienst dazu Aufst.-beam.	4.342,00	4.253,50	3,00	6,00	7,00	17,00	34,00	31,00	33,00
Gerichtsvollz.	919,00	878,00	5,00	9,00	10,00	20,00	20,00	27,00	11,00
JustVollstrDi.	75,00	70,00						1,00	1,00
einf. Dienst	1.343,00	1.290,00	2,00	1,00	6,00	5,00	11,00	14,00	21,00

IV.

Justizvollzugseinrichtungen

(Kapitel 04 050)

Stellenübersicht

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	insgesamt		+/-
					1989	1988	
<hr/>							
Planmäßige							
Beamte	287	573	5.820	12	6.692	6.688	+ 4
Beamtete							
Hilfskräfte	25	33	244	--	302	280	+ 22
Angestellte	21	65	859	12	957	920	+ 37
Arbeiter	--	--	--	45	45	58	- 13
<hr/>							
Titelgruppen:	--	--	--	--	--	--	--
Angestellte	--	--	--	--	--	--	--
Arbeiter	--	--	--	--	--	--	--
<hr/>							
insgesamt	333	671	6.923	69	7.996	7.946	+ 50
<hr/>							
Beamte im							
Vorbereitungs-							
dienst	--	23	609	--	632	658	- 26
Auszubildende	15	50	--		65	65	

MMV10/1727

1.

Umsetzungen

1.1

BesGr. A 5

1 Planstelle Regierungsassistent umgesetzt nach Kapitel 04 060 (Justizvollzugsschule NW Wuppertal).

Die Überprüfung des Personalbedarfs und die Verstetigung der Zahl der Anwärter haben zur Folge, daß die vorgenannte Stelle bei der Justizvollzugsschule in Wuppertal benötigt wird. Sie wurde daher aus Kapitel 04 050 umgesetzt.

1.2

BesGr. A 9

1 beamtete Hilfsstelle Sozialinspektor z.A. wurde bereits im Haushaltsvollzug 1988 aus Kapitel 04 040 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) umgesetzt.

Die vorgenannte Stelle war unabweisbar zur Verbesserung der personellen Ausstattung im Sozialdienst des Justizvollzugskrankenhauses des Landes NRW in Fröndenberg erforderlich.

2.

Neue Stellen

2.1

Planstellen

BesGr. A 3 - Justizoberwachtmeister - (einfacher Justizdienst)

5 Stellen gegen Wegfall von 5 Stellen für Angestellte der VerGr. IXa/IXb BAT (Boten).

Zur Übernahme von Boten in das Beamtenverhältnis nach Erfüllung der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen.

MMV 10/1727

2.2

Hilfsstellen

2.2.1

BesGr. A 13 - Reg.Rat z.A. - (psychologischer Dienst)

1 Stelle umgewandelt aus 1 Stelle für einen Angestellten der VerGr. I b/II a BAT - Psychologe -,

BesGr. A 9 - Sozialinspektor z.A. - (geh. Sozialdienst)

2 Stellen umgewandelt aus 2 Stellen für Angestellte der VerGr. IV a/IV b BAT - Sozialdienst -,

zur Übernahme von Angestellten in das Beamtenverhältnis nach Erfüllung der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen.

2.2.2

BesGr. A 5 - Justizvollzugsassistent z.A. - (allgemeiner Vollzugsdienst)

22 Stellen durch Umwandlung aus 22 Angestelltenstellen der VerGr. VII/VIII BAT des allgemeinen Vollzugsdienstes zur Unterbringung von geprüften Anwärtern.

Die Umwandlung von Angestellten- in Beamtenstellen steht im Einklang mit der Forderung des Strafvollzugsgesetzes, wonach die hoheitlichen Aufgaben des Aufsichtsdienstes in den Vollzugsanstalten von Vollzugsbeamten wahrgenommen werden sollen. Die Vorschrift des § 155 Abs. 1 Satz 1 StVollzG entspricht dem Grundsatz des § 2 Abs. 3 des Beamtenrechtsrahmengesetzes, wonach die Ausübung hoheitlicher Befugnisse als ständige Aufgabe in der Regel Beamten zu übertragen ist.

2.3

Stellen für Angestellte

VerGr. VII/VIII BAT (allgemeiner Vollzugsdienst)

70 Stellen zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst durch den Tarifabschluß 1988, der ab dem 1.4.1989 zu einer Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde führt.

3.

Stellenwegfall

VerGr. Kr. V BAT (Krankenpflegedienst)

2 Stellen - aufgabenkritischer Stellenwegfall -

Nach Inbetriebnahme des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg, der Schließung des bisherigen Bezirkskrankenhauses in Düsseldorf (Chirurgie) und des Krankenhauses für Innere Krankheiten in Bochum sind 2 Stellen des Krankenpflegedienstes entbehrlich geworden.

4.

Hebungen/Höhergruppierungen

4.1

BesGr. A 16 - Leitender Regierungsmedizinaldirektor (ärztlicher Dienst)

1 Stelle durch Hebung aus BesGr. A 15 (Regierungsmedizinaldirektor) für den Anstaltsarzt der Justizvollzugsanstalt Rheinbach. Die Größe und Bedeutung der Anstalt fordern die Stellenhebung.

4.2

BesGr. A 14

4.2.1 - Oberregierungsrat - (höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst)

1 Stelle durch Hebung aus BesGr. A 13 - Regierungsrat -.

4.2.2 - Oberregierungsrat - (Psychologischer Dienst)

2 Stellen durch Hebung aus BesGr. A 13 - Regierungsrat -.

4.3

Gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst

BesGr. A 13 - Regierungsoberamtsrat -

1 Stelle durch Hebung aus BesGr. A 12 (Regierungsamtsrat)

BesGr. A 12 - Regierungsamtsrat -

3 Stellen durch Hebung aus BesGr. A 11 (Regierungsamtman)

BesGr. A 11 - Regierungsamtman -

6 Stellen durch Hebung aus BesGr. A 10 (Regierungsoberinspektor)

BesGr. A 10 - Regierungsoberinspektor -

10 Stellen durch Hebung aus BesGr. A 9 (Regierungsinspektor)

4.4

Gehobener Sozialdienst

BesGr. A 11 - Sozialamtman -

1 Stelle durch Hebung aus BesGr. A 10 (Sozialoberinspektor)

BesGr. A 10 - Sozialoberinspektor -

4 Stellen durch Hebung aus BesGr. A 9 (Sozialinspektor)

Zu 4.1 bis 4.4:

Die Hebungen erfolgen - zum Teil laufbahnübergreifend - unter Anwendung der bindenden Stellenschlüssel und der dreijährigen Phasenverschiebung. Wegen der Einzelheiten wird auf Abschnitt D hingewiesen.

4.5

Mittlerer Dienst (mittlerer Verwaltungsdienst, Werkdienst, allgemeiner Vollzugsdienst)

BesGr. A 9

13 Stellen Justizvollzugsamtsinspektor durch Hebung aus BesGr. A 8
(Justizvollzugshauptsekretär)

1 Stelle Betriebsinspektor durch Hebung aus BesGr. A 8 (Hauptwerkmeister)

BesGr. A 8

67 Stellen Justizvollzugshauptsekretär durch Hebung aus BesGr. A 7
(Justizvollzugsobensekretär)

4 Stellen Hauptwerkmeister durch Hebung aus BesGr. A 7 (Oberwerkmeister)

BesGr. A 7

133 Stellen Justizvollzugsobensekretär durch Hebung aus BesGr. A 6
(Justizvollzugssekretär)

6 Stellen Oberwerkmeister durch Hebung aus BesGr. A 6 (Werkführer)

BesGr. A 6

2 Stellen Justizvollzugssekretär durch Hebung aus BesGr. A 5
(Justizvollzugsassistent)

Die Hebungen erfolgen unter Anwendung der bindenden Stellenschlüssel und der dreijährigen Phasenverschiebung, hinsichtlich der BesGr. A 6 unter Ausschöpfung der zugelassenen sofortigen Nachschlüsselung (vgl. Abschnitt D).

4.6

Einfacher Dienst (einfacher Justizdienst)BesGr. A 5

2 Stellen Erster Justizhauptwachtmeister durch Hebung aus BesGr. A 4 (Justizhauptwachtmeister)

BesGr. A 4

4 Stellen Justizhauptwachtmeister durch Hebung aus BesGr. A 3 (Justizoberwachtmeister).

Insgesamt erfolgen 6 Hebungen unter Einschlüsselung der unter Nr. 2.1 für den einfachen Justizdienst aufgeführten Planstellenzugänge.

4.7

Höhergruppierungen im Bereich der Angestellten aufgrund tarifrechtlicher Ansprüche:VerGr. V b BAT (Sonstiger Dienst)

2 Stellen höhergruppiert aus VerGr. V c BAT
(Fallgr. 4, II. Abschn. G Anl. 1a)

VerGr. V c BAT (Sonstiger Dienst)

1 Stelle des technischen Dienstes höhergruppiert aus VerGr. VI b BAT
(Fallgr. 1; nach 8-jähriger Bewährungszeit nach Fallgr. 3 V c BAT)

VerGr. VI b BAT (Sonstiger Dienst)

1 Stelle des technischen Dienstes höhergruppiert aus VerGr. VI b/ VII BAT
(Fallgr. 26 nach VI b BAT; nach 9-jähriger Bewährungszeit, Fallgr. 2 BAT)

VerGr. VI b/VII BAT (allgemeiner Vollzugsdienst)

11 Stellen höhergruppiert aus VerGr. VII/VIII BAT

(Fallgr. 13; nach 6-jähriger Bewährungszeit in VerGr. VII BAT;
Fallgr. 2 zu VI BAT)

VerGr. IX a/IX b BAT (Sonstiger Dienst)

1 Stelle des Botendienstes höhergruppiert aus VerGr. X BAT.

(Fallgr. 15; nach 2-jähriger Bewährungszeit; Fallgr. 2 zu IX b
BAT)

VerGr. Kr. VI BAT (Krankenpflegedienst)

1 Stelle höhergruppiert aus VerGr. Kr. V BAT.

(Fallgr. 2 - Stationsschwester - nach VerGr. Kr. VI BAT, Fallgr.
4)

4.8

Höhergruppierungen im Bereich der Arbeiter aufgrund tarifrechtlicher Ansprüche:

LohnGr. VIII a MTL (technischer Dienst)

3 Stellen höhergruppiert aus LohnGr. VIII/VII MTL II

(Fallgr. 3.2; nach 5-jähriger Bewährungszeit; Fallgr. 22 zu
LohnGr. VIII a MTL II)

LohnGr. III Fahrer (Fahrdienst)

1 Stelle höhergruppiert aus LohnGr. II (Fahrer)

für einen Fahrer mit einer Monatsarbeitszeit von mehr als 199
bis 224 Stunden.

5.

Umwandlungen/Verlagerungen

5.1

BesGr. A 14 - Oberregierungsrat - (höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst)

4 Stellen umgewandelt aus 4 Stellen Oberregierungsmedizinalrat (BesGr. A 14)

5.2

BesGr. A 13 - Regierungsmedizinalrat - (ärztlicher Dienst)

4 Stellen umgewandelt aus 4 Stellen Regierungsrat (höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst) zum Ausgleich der unter Nr. 5.1 bezeichneten Umwandlung

5.3

VerGr. V b BAT (Sonstiger Dienst)

2 Stellen für Diplom-Bibliothekare umgewandelt aus 2 Stellen der VerGr. V b BAT (Büro-, Registratur- und Kassendienst)

5.4

VerGr. VII BAT (Sonstiger Dienst)

1 Stelle für einen Magazin- und Lagervorsteher durch Umwandlung aus einer Stelle der LohnGr. VII/VI MTL II (Hausmeister; Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg).

5.5

VerGr. IX a/IX b BAT (Sonstiger Dienst)

4 Stellen für Boten umgewandelt aus 4 Stellen der LohnGr. V/IV MTL II (Bote) in Erfüllung tarifrechtlicher Ansprüche.

5.6

LohnGr. V/IV MTL II (Botendienst)

3 Stellen für Boten durch Verlagerung aus Stellen des Küchendienstes (LohnGr. V/IV MTL II) in Bereinigung der Stellenführung.

6. Linearer Stellenabbau 1982 - 1986

Basiszahlen und bisheriger Stellenabbau

Kapitel	Basiszahl	Ab.'82	Ab.'83	Ab.'84	Ab.'85	Ab.'86	Ab.'87	bish.Abb.
04 050	HH 1981	(2 %)	(1 %)	(1,5%)	(1%)	(0,5%)	(%)	insgesamt
<u>Justizvollzug</u>								
höh.Vollz.Di.	94		1	2				3
Mediziner	46		1	2		1		4
Psychologen	84		1	2				3
Pfarrer	53		1	1				2
höh.päd.Di.	8		1	1				2
geh.päd.Di.	120			2		1		3
geh.VollzDi.	223		2	3		1		6
geh.SozDi.	194		2	3		1		6
mi.VerwDi.	258		3	4		1		8
allg.VollzDi	4.284		44	64		22		130
Werkdienst	274		3	4		2		9
einf.Dienst	8							
B-Di.(Ang.)	205					1		1
K-Dienst.	141		3	5		1		9
allg.VollzDi	841		8	17		4		29
sonst.Ang.	81							
ReinigDienst	14		1	1				2
Boten (Arb.)	5							
sonst.Arb.	61							
S u m m e	6.994		71	111		35		217

MMV 10 / 1727

HHE 1989, Kap. 050, Anl. 1

Kapitel 04 050 Amtsbezeichnung Anlage 1	Planstellen BesGr. 1989	Planstellen			davon		
		1989	1988	Ist 1.7.88	unterw. beamt. bes. mit Hilfs- Planbea.kräfte	Angest.	Arbeit
Präsident eines JVAmts	B 3	2,0	2,0	2,0			
Abteilungsdirektor	B 2	2,0	2,0	2,0			
Ltd.RegDirektor	A 16	19,0	19,0	19,0			
dav. ohne Besold.-aufw.		1,0	1,0	1,0			
Ltd.RegDirektor (Psych.)		1,0	1,0	1,0			
Ltd.RegMedDirektor		11,0	10,0	10,0	1,0	3,0	2,0
RegDirektor	A 15	41,0	41,0	41,0			
RegDirektor (Psych.)		20,0	20,0	20,0	8,0	1,0	
RegMedDirektor		22,0	23,0	21,5	1,0	4,0	13,5
Studiendirektor		1,0	1,0	1,0			
Dekan		8,0	8,0	8,0			
ORegRat	A 14	29,0	24,0	23,0			
ORegRat (Psych./Soz.)		32,0	30,0	30,0	1,0	4,0	1,5
Rektor		1,0	1,0	1,0			
Schulrat		2,0	2,0	1,0			
Oberstudienrat		2,0	2,0	2,0			
ORegMedRat		1,0	5,0	3,0			1,0
Pfarrer		24,0	24,0	21,0	2,0	1,0	4,0
RegRat	A 13	22,0	27,0	26,0		5,0	1,0
RegRat (Psych./Soziol.)		31,0	33,0	31,5		8,5	5,0
Studienrat							
RegMedRat		5,0	1,0	1,0		1,0	
Pfarrer		11,0	11,0	9,5		1,0	7,5
höh. Dienst insg.		287,0	287,0	274,5	13,0	28,5	35,5
Sozialoberamtsrat	A 13	5	5	5,0	1,0		
Sonderschullehrer		10	10	10,0			
Oberlehrer an einer JVA		105	105	102,0		3,0	2,5
RegOberamtsrat		11	10	9,0	1,0		
Sozialamtsrat	A 12	22	22	21,0	3,0		
dav. kw § 42 LPVG		1	1				
RegAmtsrat		33	31	31,0			
dav. ohne Besold.-aufw.		1	1	1,0			
Sozialamtman	A 11	53	52	52,0			
RegAmtman		78	75	74,0			
dav. ohne Besold.-aufw.		1	1	1,0			
Sozialoberinspektor	A 10	64	61	61,0			
RegOberinspektor		92	88	86,0			0,5
dav. ohne Besold.-aufw.		1	1	1,0			
Sozialinspektor	A 9	46	50	50,0		6,0	3,0
RegInspektor		54	64	57,5		5,0	
geh. Dienst insgesamt		573	573	558,5	5,0	14,0	6,0

HHE 1989, Kap. 050, Anl. 1

Kapitel 04 050 Amtsbezeichnung Anlage I	Planstellen		davon				
	BesGr.	1989	1988	Ist =1.7.88	=unterw. beamt. =bes.mit Hilfs- Planbea.kräfte	Angest.	Arbeits-
RegAmtsinspektor m. AZ	A 9 Z	16	16	16,0			
dav. kw § 42 LPVG		1	1	1,0			
JVollzAmtsinspektor AZ		121	117	121,0			
dav. kw § 42 LPVG		1	1				
Betriebsinspektor m. AZ		27	26	26,0			
RegAmtsinspektor	A 9	38	38	36,0			
dav. kw § 42 LPVG		2	2				
JVollzAmtsinspektor		282	273	252,0	7,0		
dav. kw § 42 LPVG		2	2				
Betriebsinspektor		61	61	60,0	1,0		
RegHauptsekretär	A 8	86	86	84,0	1,0		1,0
JVollzHauptsekretär		1.538	1.484	1.449,0	19,0		1,0
dav. kw § 42 LPVG		7	7	2,0			
Hauptwachtmeister		141	138	136,0	1,0		
RegOSekretär	A 7	106	106	103,0	3,0	1,0	
JVollzObersekretär		2.045	1.979	1.953,0	8,0		
dav. kw § 42 LPVG		6	6	1,0			
Oberwerkmeister		88	86	85,0	4,0		
RegSekretär	A 6	40	40	40,0	2,0	4,0	
JVollzSekretär		769	900	896,0	16,0		8,0
Werkmeister		33	39	39,0	4,0	1,0	
RegAss.	A 5	17	18	17,0		5,0	1,0
JVollzAss.		399	401	378,0		29,0	7,0
Werkführer		13	13	12,0		2,0	1,0

mittlerer Dienst insg.		5.820	5.821	5.703,0	66,0	42,0	19,0
Erster JHWachtmeister	A 5 Z	2					
Erster JHWachtmeister	A 5	5	5	5,0			
JHWachtmeister	A 4	4	2	2,0			
JOWachtmeister	A 3	1					

einfacher Dienst insge.		12	7	7,0			

Planstellen insgesamt		6.692	6.688	6.543,0	84,0	84,5	60,5

HHE 1989, 04 050, Anl. 2

Kapitel 04 050 Übersicht über d.beamtet. Hilfskräfte

Amtsbezeichnung	BesGr.	1989	* 1988	* Ist	* davon
Anlage 2				1.7.88	*Angest.*Arbeiter
RegRat z.A.	A 13	2	2	2	1
RegRat z.A.(Psych)		19	18	11	8
RegMedRat z.A.					
Pfarrer z.A.	4	4	4	3	3
Oberlehrer z.A.	A 13				
RegInsp. z.A.	A 9	13	17	1	
SozInsp. z.A.		20	17	17	3
RegAss. z.A.	A 5	10	10	10	4
JVollzAss. z.A.		233	211	120	55
Werkführer z.A.		1	1		
insgesamt		302	280	164	74
Abgeordn. Beamte					
ORegRat	A 14	1	1		
RegAmtsrat	A 12	1	1		
RegAmtmann	A 11	1	1		
RegHSekretär	A 8	1	1		
insgesamt		4	4		

HHE 1989, 04 050, Anl. 3

Kapitel 04 050 Übersicht über die Angestelltenstellen

VergGr. BAT	1989	*1988	Ist * 1.7.88*	davon unterw. besetzt bes. m. m. Arb. Angest.

Anlage 3				
I	6	6	4	1
I a	5	5	5	3
I b/II a	10	11	13	1
III	2	2	2	
IV a/IV b	12	14	13	
IV b/V b	12	12	12	
V b	39	37	37	2
V b/V c	9	9	9	2
V c	24	25	24	3
V c/VI b	3	3	3	
VI b	74	74	71	
VI/VII	381	377	370	
VII	1		1	
VII/VIII	285	248	239	2
IX a/IX b	11	11	11	
X	1	2	2	
Kr. VIII	1	1	1	
Kr. VII	1	1	1	1
Kr. VI	4	3	3	
Kr. V	64	67	63	2
Kr. IV	10	10	16	1
Kr. III	2	2	2	

Zusammen	957	920	902	18
Praktikanten	65	65	40	

Kapitel 04 050 Übersicht ü.d. Arbeiterstellen

Lohngruppe MTL	1989 *		Ist davon	
	1988	*1.7.88	*1.7.88	*unterw. besetzt
IX	2	2	1	
VIII a	6	3	3	
VIII/VII	20	23	22	
VII/VI	2	11	10	
VI	4	4	4	
V/IV		4	4	
II	5	5	5	
Fahrer				
III	1			
II	5	6	5	
insgesamt	45	58	54	

Anlage 5 zum HHV 1989 04 050

11 Aug 1989

Übersicht

Anlage 5	Planstellen- am 1.7.88 Ruhestand voraussichtlich im Jahre								
	zahl 1988	ang. Beamte	HHJ 88	HHJ 89	HHJ 90	HHJ 91	HHJ 92	HHJ 93	HHJ 94
Höh. Vollzugs- und Verwaltungsd.	114,00	105,00	2,00	1,00	1,00	4,00	3,00	3,00	2,00
Ärzte	39,00	11,00							
Geistliche	43,00	25,00		1,00	1,00				
Psychologen	84,00	83,50		1,00	1,00				1,00
höh. päd. Dienst	6,00	5,00							
geh. päd. Dienst	115,00	106,50			1,00	2,00	2,00		
geh. Sozialdienst	189,00	180,00		1,00	1,00		1,00	2,00	
geh. Vollzugs- u. Verw.-dienst	265,00	252,00				1,00	2,00	1,00	
mittl. VerwDienst	301,00	284,00			3,00	6,00	3,00	4,00	3,00
Werkdienst	363,00	354,00	4,00	6,00	5,00	8,00	8,00	12,00	7,00
allg. VollzDienst	5.138,00	5.012,00	21,00	67,00	99,00	88,00	94,00	116,00	164,00
einf. Dienst	7,00	6,00				1,00	1,00		

MMV10/1727

Anlage 5 zum HHV 1989 04 050

11 Aug 1988

Übersicht

Anlage 5	z.A. Stellen am 1.7.1988 vorhandene z.A.-Beamte, deren Probezeit begann						insges.	
	HHJ 1988	HHJ 1988	HHJ 1987	HHJ 1986	HHJ 1985	1984 u. früh.		
Höh. Vollzugs- und Verwaltungsd.	2,00		2,00	2,00		2	6,00	
Ärzte		2,00	4,00	1,00		1	8,00	
Geistliche	4,00		2,00				2,00	
Psychologen	18,00	2,00	7,00	4,00		3	0,50	16,50
höh. päd. Dienst								
geh. päd. Dienst			2,00	1,00			3,00	
geh. Sozialdienst	17,00	6,00	7,00	4,00		3,00	20,00	
geh. Vollzugs- u. Verw.-dienst	17,00		6,00				6,00	
mittl. VerwDienst	10,00		16,00				16,00	
Werkdienst	1,00		3,00				3,00	
allg.VollzDienst	211,00	2,00	87,00	3,00		2,00	94,00	
einf. Dienst								

Anlage 5 zum HHV 1989 04 050

11 Aug 1988 (12:30:11) Seite

Übersicht

Anlage 5	Über Beamte im Vorbereitungsdienst und Beamte z.A. Stellen - Neueinstellungen am 1.7.88 vorhandene Anwärter, die eingestellt werden sind								
	zahl 1988	HHJ 1988	HHJ 1988	HHJ 1988	HHJ 1987	HHJ 1986	HHJ 1985	1984 u. früh.	insg.
Höh. Vollzugs- und Verwaltungsd.									
Ärzte									
Geistliche									
Psychologen									
höh. päd. Dienst	568,00	108,00	134,00		124,00	123,00	166,00	12,00	425,00
					3,00	3,00	9,00	1,00	12,00
geh. päd. Dienst				2	21,00	1,00		10,00	34,00
geh. Sozialdienst				2					3,00
geh. Vollzugs- u. Verw.-dienst	23,00	5,00	10,00		4,00		14,00		18,00
mittl. VerwDienst	23,00	4,00	4,00		6,00				6,00
Werkdienst	25,00	4,00	6,00		6,00	9,00			15,00
allg.VollzDienst	577,00	132,00	138,00		176,00	169,00	3,00		346,00
einf. Dienst									

V.

Aus- und Fortbildungseinrichtungen

(Kapitel 04 060)

Stellenübersicht

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	insgesamt		+/-
					1989	1988	

Planmäßige							
Beamte	17	21	19	5	62	61	+ 1
Beamtete Hilfskräfte							
Angestellte	--	--	23	1	24	24	--
Arbeiter	--	--	--	50	50	53	- 3

	17	21	42	56	136	138	- 2
Titelgruppen:							
Angestellte							
Arbeiter							

insgesamt	17	21	42	56	136	138	- 2

Beamte im Vorbereitungs- dienst					--	--	

Auszubildende					--	--	

1. Umsetzungen

BesGr. A 5 (Regierungsassistent)

- 1 Stelle umgesetzt aus Kapitel 04 050 (Justizvollzugseinrichtungen).

Die Überprüfung des Personalbedarfs und die Verstetigung der Zahl der Anwärter haben zur Folge, daß die vorgenannte Stelle bei der Justizvollzugsschule in Wuppertal benötigt wird. Sie wurden daher aus Kapitel 04 050 umgesetzt.

2. Hebungen

BesGr. A 9 (Regierungsamtsinspektor)

- 1 Hebung aufgrund Schlüsselung.

3. Stellenwegfall

LGr. II MTL II (Reinigungsdienst)

- 3 Stellen aufgabenkritischer Wegfall.

HHV 1989, Kap. 04 060, Anl. 4

Personalhaushalt 1989 Kapitel 04 060		Aus- und Fortbildungseinrichtungen						
		HH 1989	HH 1988	Ist *1.7.88*	unterw. *besetzt*	*davon *beamt. *Hilfskr*	*davon *Angestellte*	*davon *Arbeiter*
Direktor der FHS	B 3	1,0	1	1,0				
Professor	C 3	3,0	3	3,0		1,0		
Professor	C 2	3,0	3	3,0				
Ltd. RegDirektor	A 16	3,0	3	3,0				
Regierungsdirektor	A 15	2,0	2	2,0	1,0			
Oberregierungsrat	A 14	3,0	3	3,0			1,0	
Regierungsrat	A 13	2,0	2	2,0			1,0	
Zwischensumme höh. Di.		17,0	17	17,0	1,0	1,0	2,0	
Justizoberamtsrat	A 13	13,0	13	13,0	3,0			
RegOberamtsrat		2,0	2	2,0				
Sozialoberamtsrat		1,0	1	1,0				
Oberlehrer		2,0	2	2,0				
Regierungsamtmann A 11		1,0	1	1,0				
Justizoberinspektor A 10		1,0	1	1,0				
Regierungsinspektor A 9		1,0	1	1,0				
Zwischensumme geh. Di.		21,0	21	21,0	3,0			
RegAmtinsp.	A 9 Amtsz.	1,0	1	1,0	1,0			
JustAmtinsp.	A 9 Amtsz.	2,0	2	2,0				
JVollzAmtinsp.	A 9 Amtsz.	1,0	1	1,0				
JustAmtinsp.	A 9	4,0	4	4,0	1,0			
JVollzAmtinsp.		5,0	5	5,0				
RegAmtinsp.		1,0	**	**				
JustHauptsekretär	A 8	3,0	3	3,0	1,0			
RegHauptsekretär		**	1	1,0				
JVollzHauptsekr.		1,0	1	1,0				
RegAssistent	A 5	1,0	**	**				
Zwischensumme m.D.		19,0	18	18,0	3,0			
Erster JHWMeister	A 5	2,0	2	2,0	1,0			
Justizhauptwachtm.	A 4	3,0	3	3,0				1
Zwischensumme e.D.		5,0	5	5,0	1,0			1
insgesamt Planstellen		62,0	61	61,0	8,0	1,0	2,0	1

MMV10/1727

HHV 1989, Kap. 04 060, Anl. 2

	**	**	**
abgeordnete Beante	**	**	**
-----	**	**	**
R 2	6,0	6	5,0
R 1	7,0	7	8,0
A 15 (aus Kap. 04 050)	2,0	2	1,0
A 14 (" " ")	2,0	2	1,0
A 13 (" " ")	3,0	3	1,0
A 13 g.D. (aus 04 040)	1,0	1	1,0
(aus 04 050)	2,0	2	**
A 12 (aus Kap. 04 040)	2,0	2	1,0
A 11 (" " 04 050)	2,0	2	**
A 10 (" " 04 040)	6,0	6	3,0
(" " 04 050)	2,0	2	**
A 9 (" " 04 040)	5,0	5	6,0
A 9 m.D. (aus 04 050)	1,0	1	**
A 8 (aus Kap. 04 050)	1,0	1	**
-----	-----	-----	-----
zusammen abgeordn. Bea.	42,0	42	27,0

HHV 1989, Kap. 04 060, Anl. 3

	**	**	**	
Stellen für Angestellte	**	**	**	dav. unterwert. *davon bes.*
** VergGr. BAT *****	**	**	**	bes.m.Angestellt*m.Arbeit. *
Vc/Vib Küchen- und	2,0	2	2,0	
" Wirtschaftsdienst	**	**	**	
" Bibliotheksdienst	1,0	1	1,0	
VI b Bürodienst	3,0	3	3,0	1,0
" Vorzimmerdienst	1,0	1	1,0	
Vib/VII Maschinen- und	3,0	3	3,0	
" Hausmeisterdienst	**	**	**	
" Bürodienst	**	**	**	
VII/VIII Schreibdienst	10,0	10	9,5	
" Fernsprechdienst	1,0	1	1,0	
" Küchen-u.WirtschDi	1,0	1	1,0	
VIII Maschinenmeister	1,0	1	1,0	
IXa/IXb Küchen- und	**	**	**	
" Wirtschaftsdienst	1,0	1	1,0	
-----	-----	-----	-----	-----
zusammen Angestellte	24,0	24	23,5	1,0
-----	-----	-----	-----	-----

HHV 1989, Kap. 04 060, Anl. 4

Arbeiter (LGr.MTL II)	**	**	**
-----	**	**	**
VIII a Hausmstr., Handw.	1,0	1	1,0
VII/VI Küchendienst	1,0	1	1,0
VI/V Hausmstr., Handw.	1,0	1	1,0
V Hausmstr., Handw.	1,0	1	1,0
V/IV Hausmstr., Handw.	5,0	5	4,0
V/IV Küchendienst	4,0	4	4,0
V/IV Wäschebeschließ.	1,0	1	1,0
IV Küchendienst	2,0	2	2,0
III Küchendienst	1,0	1	1,0
II Reinigungsdienst	28,0	31	23,9
II Küchendienst	4,0	4	4,0
PauschalGr. Fahrer	1,0	1	1,0
-----	-----	-----	-----
zusammen Arbeiter	50,0	53	44,9
-----	-----	-----	-----

Anlage 5 zum HHV 1989, K. 04060

8 Aug 1988 (12:11:28) Seite 1

Übersicht über Be	Planstellen-	am 1.7.88	Ruhestand	verausichtlich	im Jahr	HLJ 91	HLJ 92	HLJ 93	HLJ 94
Kap. 04 060	zahl 1988	ang. Beamte	- HLJ 88	- HLJ 89	- HLJ 90	- HLJ 91	- HLJ 92	- HLJ 93	- HLJ 94
Anlage 5	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----
Nöherer Dienst									
Beatr. A 13 - B 2	17,00	14,00							
Gehobener Dienst									
Beatr. A 9 - A 13	21,00	21,00							
Mittlerer Dienst									
Beatr. a 5 - A 9	18,00	18,00			1,00	1,00		1,00	
Einfacher Dienst									
Beatr. A 7 - A 8	8,00	4,00							

VI.

Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit

(Kapitel 04 070)

Stellenübersicht

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	insgesamt		+/-
					1989	1988	
<hr/>							
Planmäßige							
Beamte	441	40	65	10	556	548	+ 8
Beamtete							
Hilfskräfte	3	--	--	--	3	7	- 4
Angestellte	--	9	399	38	446	451	- 5
Arbeiter	--	--	--	26	26	26	+ 0
<hr/>							
Titelgruppen:							
Angestellte						--	
Arbeiter						--	
<hr/>							
insgesamt	444	49	464	74	1.031	1.032	- 1
<hr/>							
Beamte im Vorbereitungs- dienst					--	--	
<hr/>							
Auszubildende					51	51	
<hr/>							

MMV 10 / 1727

1. Wirksamwerden von ku-Vermerken:

Die im Haushalt 1985 bei einer Stelle der BesGr. R 3 (Vorsitzender Richter am OVG) und drei Stellen der BesGr. R 2 (Richter am OVG) ausgebrachten und im Haushalt 1988 bis zum 31.12.1990 verlängerten ku-Vermerke (ku in BesGr. R 2 - Richter am OVG - bzw. BesGr. R 1 - Richter am VG -) entfallen.

Die Umstände, die Anlaß für die zunächst befristete Ausbringung von zusätzlichen Stellen zur Bildung eines neuen Senats gaben, nämlich der Umfang des Eingangs zweitinstanzlicher Asylsachen bei dem OVG NRW, bestehen unverändert und auf längere Dauer fort.

a)

Im Jahre 1985 waren bei dem OVG NRW in Asylsachen insgesamt 1.027 Klagen und Eilanträge eingegangen. Im Jahr 1986 beliefen sich die Eingänge auf 1.197 (= + 16,5 %).

b)

Nach den Eingangszahlen für das Jahr 1987 hat sich der Anstieg weiter verstärkt. Beim OVG NRW sind 2.453 Verfahren eingegangen. Damit haben sich die Asylsachen gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt.

c)

Die im Verlauf des Jahres 1986 erfolgte personelle Verstärkung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirn-dorf hat sich somit im Jahre 1987 auf die Entwicklung der verwaltungsgerichtlichen Streitverfahren nachhaltig ausgewirkt. Dieser Trend dürfte durch den Abbau weiterer Bearbeitungsrückstände beim Bundesamt anhalten.

Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder hat mit Schreiben vom 13. November 1987 an den Vorsitzenden der Konferenz der Justizminister und -senatoren auf die Konsequenz der aus diesem Grunde zu erwartenden weiteren Steigerung der Eingänge bei den Verwaltungsgerichten (und damit wegen des bekannt hohen Anfechtungsgrads der erstinstanzlichen Entscheidungen - mit zeitlicher Verzögerung - auch der auf das OVG zukommenden Verfahren) ebenso hingewiesen wie auf die Notwendigkeit, rechtzeitig personelle Vorkehrungen für diese gesteigerten Eingangszahlen zu treffen.

Für 1988 ist beim OVG NRW nach den bisherigen Erhebungen im Vergleich zu 1987 mit einer nochmaligen Zunahme der Berufungsverfahren zu rechnen.

Dies macht den längerfristigen Erhalt der in Rede stehenden 4 Stellen für das Oberverwaltungsgericht unverzichtbar.

2. Neue Stellen

Planstellen

2.1 BesGr. R 3

1 Stelle Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht
- aufgabenkritischer Zugang -

2.2 BesGr. R 2

2 Stellen Richter am Oberverwaltungsgericht
- aufgabenkritischer Zugang -

Die Stellen dienen der Einrichtung eines weiteren Senats beim OVG NRW. Wegen der Notwendigkeit wird auf die Ausführungen unter Nr. 1. Bezug genommen.

2.3 BesGr. R 1

2 Stellen Richter am Verwaltungsgericht gegen Wegfall von 2 Stellen für Richter auf Probe

zur Übernahme von 2 Proberichtern, die nach Ablauf der Erprobungszeit die Voraussetzungen für ihre planmäßige Anstellung erfüllen.

2.4 BesGr. A 5 - Regierungsassistent -

2 Stellen gegen Wegfall von 2 beamteten Hilfsstellen

zur Übernahme von beamteten Hilfskräften in Planstellen nach Ablauf der Erprobungszeit.

3. Stellenwegfall

VerGr. VII/VIII BAT (Schreibdienst)

5 Stellen - aufgabenkritischer Stellenwegfall -
durch Automationsgewinn als Folge der Einführung moderner
Bildschirm- und Textverarbeitungsautomaten

4. Hebungen

4.1 BesGr. A 7 - Regierungsobersekretär -

2 Stellen durch Hebung aus BesGr. A 6 (Regierungssekretär)

4.2 BesGr. A 6 - Regierungssekretär -

2 Stellen durch Hebung aus BesGr. A 5 (Regierungsassistent)

5. Umsetzungen

BesGr. A 14 - Oberregierungsrat - ohne Besoldungsaufwand -
1 Stelle umgesetzt aus Einzelplan 03, Kapitel 03 310

6. Umwandlungen

BesGr. R 2 - Richter am Oberverwaltungsgericht - ohne Besoldungsaufwand -

1 Stelle umgewandelt aus 1 Stelle Oberregierungsrat - ohne Besoldungsaufwand - (BesGr. A 14)

Zum stellenmäßigen Ausgleich der Abordnung eines Richters am Verwaltungsgericht an die Staatskanzlei des Landes NRW wurde 1 Stelle Oberregierungsrat (BesGr. A 14) aus dem Einzelplan 03 Kapitel 03 FIO umgesetzt und nachfolgend in 1 Stelle Richter am Oberverwaltungsgericht (BesGr. R 2) umgewandelt. Bei der Planstelle des richterlichen Dienstes ist ein ku-Vermerk ausgebracht. Bei endgültigem Wegfall des Abordnungszwecks erfolgt die Umwandlung in 1 Stelle Richter am Verwaltungsgericht (BesGr. R 1).

7. Linearer Stellenabbau 1982 - 1986

Basiszahlen und bisheriger Stellenabbau

Kapitel	Basiszahl	Ab.'82	Ab.'83	Ab.'84	Ab.'85	Ab.'86	bish.Abbau
04 070	HH 1981	(2 %)	(1 %)	(1,5%)	(1%)	(0,5%)	insgesamt
<u>Verwaltungsgerichte</u>							
Richter	393	8	4	6		2	20
so.höh.Di.	3						
geh.Dienst	43	1					1
mittl.Dienst	44	1		1			2
einf.Dienst	6						
Angest.B-Di.	194					1	1
" K-Di.	228	9	5	7		1	22
so.Angest.	32		1				1
ReinigungsDi	18	1		1			2
so.Arbeiter	13						
S u m m e	994	20	10	15		4	49

MHE 1989, Kap. 070, Anl. 1

Kapitel 04 070 Anlage 1 Amtsbezeichnung	Planstellen BesGr.	* Ist			davon	
		1989	1988	1.7.88	*unterw. beamt. *bes.mit Hilfs- Planbee.kräfte	Angest. Arbeiter
Präsident des VGH und des OVG	B 10	1	1	1,00		
Präsident d. VG	R 5	2	2	2,00		
Vizepräsident d. OVG	R 4	1	1	1,00		
Präsident d. VG		2	2	2,00		
Präsident d. VG	R 3	3	3	3,00		
Vizepräsident d. VG		2	2	2,00		
Vors. Richter am OVG		23	22	22,00		
davon kw § 42 LPVG		1	1	1,00		
Vizepräsident d. VG	R 2 Z	5	5	5,00		
Vors. Richter am VG		74	74	74,00		
davon kw § 42 LPVG		1	1	1,00		
Richter am OVG	R 2	69	66	66,00	1,00	
davon ohne Bes.-aufwand		3	3	3,00		
Richter am VG	R 1	252	250	246,00		12,00
davon ohne Bes.-aufwand		5	5	5,00		
davon kw § 42 LPVG		3	3	3,00		
Regierungsdirektor	A 15	2	2	1,00		
Oberregierungsrat	A 14	2	2	2,00		
Regierungsrat	A 13	3	3	1,00		1,00
höh. Dienst insgesamt		441	435	428,00	1,00	13,00

MMV 10 / 1727

HHE 1989, Kap. 070, Anl. 1

Kapitel 04 070 Amtsbezeichnung Anlage 1	Planstellen			davon			
	BesGr.	1989	1988	Ist 1.7.89	unterw. beamt. bes. mit Hilfs- Planbee.kräfte	Angest.	Arbeits-
Reg.Oberamtsrat	A 13	2	2	2,00	1,00		
Reg.Amtrrat	A 12	5	5	5,00			
Reg.Amtmann	A 11	12	12	10,75	0,50		
Reg.Oberinspektor	A 10	15	15	15,00	0,50		
Reg.Inspektor	A 9	6	6	6,00			
geh. Dienst insgesamt		40	40	38,75	2,00		
Reg.Amts.Inspektor	A 9 Z	3	3	3,00			
Reg.Amts.Inspektor	A 9	8	8	6,50			
Reg.Hauptsekretär Justizhauptsekretär	A 8	13	13	12,50			
Regierungsobersekretär Justizobersekretär	A 7	16	14	13,00			
Regierungssekretär Justizsekretär	A 6	21	21	21,00	7,00	3,00	1,00
Regierungsassistent Justizassistent	A 5	4	4	4,00			
mittl. Dienst insgesamt		65	63	60,00	7,00	3,00	1,00
Erster Justizhaupt- wachtmeister	A 5 Z	1	1	1,00			
Erster Justizhaupt- wachtmeister	A 5	6	6	6,00	2,00		1,00
Justizhauptwachtmeister	A 4	3	3	3,00		2,00	1,00
einf. Dienst insges.		10	10	10,00	2,00	2,00	1,00
Planstellen insges.		556	548	536,75	12,00	18,00	2,00

HHV 1989 Anl. 2, beamt. HiKräfte

Übersicht beamtete Hilfskräfte (Anlage 2)				d a v o n
Amtsbezeichnung	1989	1988	Ist	Angest. Arbeit.
			1.7.88	
Richter a. Probe R1	3,00	5,00	5,00	
RegAss. z.A. A 5		2,00	2,00	
insgesamt	3,00	7,00	7,00	
Stellen für abgeordnete Beamte				
RegOberinsp. A 10	1,00	1,00	1,00	
RegInsp. A 9	1,00	1,00	1,00	
insgesamt	2,00	2,00	2,00	

HHE 1989, 04 070, Anl. 3

Kapitel 04 070 Übersicht über die Angestelltenstellen

VergGr. BAT	1989	1988	Ist 1.7.88	davon	
				unterw. besetzt	bes. m. m. Arb. Angest.
Anlage 3					
IV b/V b	9	9	8	1	
V b/V c	12	12	9	1	
V c	17	17	17	7	
VI b	75	75	73	1	
VI b/VII	98	98	96	2	
VII/VIII	197	202	198	4	5
IX a/IX b	25	25	24		5
IX b/X	13	13	12		5
insgesamt	446	451	437	16	15
Auszubildende	51	51	51		

HHE 1989, 04 070, Anlage 4

Kapitel 04 070 Übersicht u.d. Arbeiterstellen

Lohngruppe MTL	1989	1988	Ist 1.7.88	davon	
				unterw. besetzt	besetzt
VII	3	3	3		
VI	1	1	1		1
VI (Pausch.)	9	9	9		
II	13	13	13		
insgesamt	26	26	26		1

Anlage 5 zum MHV 1989 04 070

12 Aug 1988 (12:12:00) Seite 1

Übersicht Über Beamte im Vorbereitungsdienst und Beamte s.A.
 Kap. 04 070 Stellen - Neueinstellungen - am 1.7.88 vorhandene Anwärter, die eingestellt werden sind
 Anlage 5 zahl 1988 *MHJ 1988 * MHJ 1989 * MHJ 1990 * MHJ 1991 * MHJ 1992 * MHJ 1993 * 1994 u. früh. * insges. *

HöH. Dienst

Richter		
Geh. Dienst		
Mittl. Dienst		
Einf. Dienst		
Kap. 04 040		
Mittl. Dienst	2,00	2,00

Anlage 5 zum HHV 1989 04 070

12 A

Übersicht z.A.Stellen am 1.7.1988 vorhandene z.A.-Beamte, deren Probezeit begann
 Kap. 04 070 HHJ 1988 *HHJ 1988 * HHJ 1987 * HHJ 1986 * HHJ 1985 *1984 u. früh.* insges. *

HöH. Dienst

Richter	5,00	12,00	5,00	17,00
Geh. Dienst				
Mittl. Dienst	2,00	4,00	1,00	5,00
Einf. Dienst				
Kap. 04 040				
Mittl. Dienst				

Anlage 5 zum HHV 1989 04 070

Übersicht Planstellen- am 1.7.88 Ruhestand voraussichtlich im Jahre
 Kap. 04 070 zahl 1988 *ang.Beamte * HHJ 88 HHJ 89 HHJ 90 HHJ 91 HHJ 92 HHJ 93 HHJ 94
 Anlage 5

HöH. Dienst	8,00	5,00							
Richter	428,00	400,50	1,00	1,00	4,00	3,00	2,00	4,00	1,00
Geh. Dienst	40,00	36,75				1,00			
Mittl. Dienst	63,00	56,00							
Einf. Dienst	10,00	8,00					1,00	1,00	
Kap. 04 040	115,00	106,50			1,00	2,00	2,00		
Mittl. Dienst	189,00	180,00		1,00	1,00		1,00	2,00	

VII.

Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster

(Kapitel 04 080)

Stellenübersicht

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	insgesamt		+/-
					1989	1988	
<hr/>							
Planmäßige							
Beamte	177	32	38	3	250	248	+ 2
Beamtete							
Hilfskräfte	--	9	2	--	11	13	- 2
Angestellte	--	3	84	12	99	99	
Arbeiter	--	--	--	2	2	2	
<hr/>							
Titelgruppen:							
Angestellte							
Arbeiter							
<hr/>							
insgesamt	177	44	124	17	362	362	
<hr/>							
Beamte im Vorbereitungs- dienst							
<hr/>							
Auszubildende							
<hr/>							

1. Neue Stellen

BesGr. A 5 (Regierungsassistent)

2 Stellen gegen Wegfall von 2 beamteten Hilfsstellen zur Übernahme von beamteten Hilfskräften in Planstellen nach Ablauf der Erprobungszeit.

2. Hebungen/Höhergruppierungen

2.1 BesGr. A 7 (Regierungsobersekretär)

1 Stelle durch Hebung aus BesGr. A 6 (Regierungssekretär) im Rahmen der geltenden Planstellenschlüsselung unter Berücksichtigung der dreijährigen Phasenverschiebung.

2.2 VerGr. VI b BAT (Bürodienst)

1 Stelle höhergruppiert aus VerGr. VI b/VII BAT in Erfüllung eines tarifrechtlichen Anspruchs (Fallgr. 1 a zu VI BAT).

3. Linearer Stellenabbau 1982 - 1986

Basiszahlen und bisheriger Stellenabbau

Kapitel	Basiszahl	Ab.'82	Ab.'83	Ab.'84	Ab.'85	Ab.'86	bish.Abbau
04 080	HH 1981	(2 %)	(1 %)	(1,5%)	(1%)	(0,5%)	insgesamt
<u>Finanzgerichte</u>							
Richter	146	3	2	2			7
geh.Dienst	27	1					1
mittl.Dienst	25						
einf.Dienst	3						
Angest.B-Di.	38						
" K-Di.	51	1	1	1		1	4
so.Angest.	3						
S u m m e	293	5	3	3		1	12

MMV10/1727

HHE 1989, Kap. 080, Anl. 1

Kapitel 04 080 Amtsbezeichnung Anlage 1	Planstellen BesGr. 1989	Planstellen		davon		
		1988	Ist 1.7.88	unterw. beamt. bes. mit Hilfs- Planbea.kräfte	Angest.	Arbeits-
Präsident d. FG	R 6	3	3	3		
Vizepräsident d. FG	R 3	3	3	3		
Die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage Vors. Richter am FG		40	40	34		
Richter am FG	R 2	128	128	113	13	
Oberregierungsrat	A 14	3	3	2	1	
höherer Dienst insges.		177	177	155	1	13
Regierungsoberamtsrat	A 13	3	3	3		
Regierungsamtsrat	A 12	6	6	5		
Regierungsamtmann	A 11	9	9	9	1	
Regierungsoberinspek.	A 10	9	9	9	5	1
Regierungsinspektor	A 9	5	5	5		2
geh. Dienst insges.		32	32	31	6	3
RegAmtsInsp. m. AZ	A 9 AZ	3	3	3		
RegAmtsInsp.	A 9	5	5	5	2	
Regierungshauptsekr.	A 8	9	9	9	1	1
Regierungsobensekr.	A 7	11	10	10	6	1
Regierungssekretär	A 6	8	9	9	4	3
Regierungsassistent	A 5	2				
mittl. Dienst insges.		38	36	36	13	4
Erster JHauptwachtm.	A 5	3	3	3		1
Planstellen insges.		250	248	225	20	3

HHV 1989 Anl. 2. beamt. HiKräfte

Übersicht beamtete Hilfskräfte (Anlage 2)		davon			
Amtsbezeichnung	1989	1988	Ist	Angest.	Arbeits.
			1.7.88		
RegInsp. z.A.	A 9	9,00	9,00	6,00	2,00
RegAss. z.A.	A 5	2,00	4,00	4,00	

insgesamt		11,00	13,00	10,00	2,00

Stellen für abgeordnete Beamte					

RegDir.	A 15	1,00	1,00	1,00	

HHE 1989, 04 080, Anl. 3

Kapitel 04 080 Übersicht über die Angestelltenstellen

VergGr. BAT	1989	1988	Ist	davon
			1.7.88	unterw. besetzt
				bes. m. m. Arb. Angest.
Anlage 3				
V b	3	3	3	1
V b/V c	1	1	1	
V c	4	4	4	
VI b	21	20	19	2
VI b/VII	10	11	10	1
VII/VIIb	48	48	40	1
IX a/IX b	12	12	7	

insgesamt	99	99	84	5

HHE 1989, 04 080, Anlage 4

Kapitel 04 080 Übersicht ü.d. Arbeiterstellen

Lohngruppe MTL	1989	1988	Ist	davon
			1.7.88	unterw. besetzt
VI	2	2	2	

Anlage 5 zum MHV 1989 04 080

12 Aug 1988 (09:47:26) Seite 1

Übersicht: Über Beamte im Vorbereitungsdienst und Beamte z.A.
 Stellen - Neueinstellungen * am 1.7.88 vorhandene Anwärter, die eingestellt werden sind
 Anlage 5 zahl 1988 -MHJ 1989 - MHJ 1990 - MHJ 1991 - MHJ 1992 - MHJ 1993 - MHJ 1994 u. früh. - insges. *

Meh. Dienst

Richter

Gen. Dienst	im Spl. 12	3,00	3,00	6,00
Mittl. Dienst	im Kap. 040			
Einf. Dienst				

Anlage 5 zum MHV 1989 04 080

12 Aug 1988 (09:47:26)

Übersicht z.A.Stellen am 1.7.1988 vorhandene z.A.-Beamte, deren Probezeit begann
 Anlage 5 MHJ 1988 -MHJ 1989 - MHJ 1990 - MHJ 1991 - MHJ 1992 - MHJ 1993 - 1994 u. früh. - insges. *

Meh. Dienst

Richter

Gen. Dienst	9,00	3,00	3,00	6,00
Mittl. Dienst	2,00	2,00	5,00	1
Einf. Dienst				

Anlage 5 zum MHV 1989 04 080

12 Aug 1988 (09:47:26)

Übersicht Planstellen- am 1.7.88 Ruhestand voraussichtlich im Jahre
 Anlage 5 zahl 1988 -ang.Beamte - MHJ 88 MHJ 89 MHJ 90 MHJ 91 MHJ 92 MHJ 93 MHJ 94

Meh. Dienst	3,00	2,00		1,00	1,00
Richter	174,00	142,00	3,00	2,00	3,00
Gen. Dienst	32,00	28,00		1,00	
Mittl. Dienst	38,00	28,00			
Einf. Dienst	3,00	2,00			

C.

Darstellung des Personalbedarfs

I.

Justizministerium NW

(Kapitel 04 010)

Eine Personalbedarfsrechnung mit festgelegten Bewertungszahlen für die einzelnen Arbeitsaufgaben gibt es für das Justizministerium nicht. Der Personalbedarf wird nach der tatsächlichen Arbeitsbelastung, gemessen an dem regelmäßigen Geschäftsanfall in den Referaten, festgestellt.

Personalbedarfsberechnungen für die Landesministerien können (falls überhaupt) unter allgemeinverbindlichen Bewertungsgrundsätzen nur gemeinsam für alle Ressorts aufgestellt werden. Diese sind bisher nicht vorhanden.

Einen ersten Schritt in diese Richtung hat der Landesrechnungshof NRW durch seine vergleichenden Untersuchungen zum Inneren Dienst und zum Allgemeinen Verwaltungsdienst (OPH-Untersuchung) getan.

Eine ausführliche Darstellung über das Ergebnis der Prüfung des Inneren Dienstes im Justizministerium findet sich im Erläuterungsband zum Haushaltsentwurf 1985 (Vorlage 9/2015, S. 14 - 20), auf den zur Vermeidung von Wiederholungen Bezug genommen wird.

Nach dem Ergebnis dieser Prüfungen bestehen keine weiteren Möglichkeiten zu personellen Einsparungen im Justizministerium.

II.

Gerichte und Staatsanwaltschaften

(Kapitel 04 040)

Zur Ermittlung des Personalbedarfs für den Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Zivil- und Strafgerichte, Staatsanwaltschaften) gibt es bundeseinheitliche Bewertungszahlen. Es handelt sich dabei um Durchschnittswerte, die durch eine Auswertung der statistischen Daten aller Bundesländer in enger Zusammenarbeit mit der Praxis ermittelt worden sind. Der für das einzelne Land oder einen Bezirk errechnete Gesamtbedarf stellt einen Annäherungswert dar.

Anhand dieser Schlüsselwerte wird der Personalbedarf im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung ermittelt. Die Werte dienen ferner der koordinierten Auswertung der Geschäftszahlen des/der einzelnen Gerichts/e - Staatsanwaltschaft/en als Grundlage für eine gleichmäßige Personal- und Stellenverteilung.

Sie sind als Durchschnittswerte nicht geeignet, die zumutbare Arbeitsbelastung des einzelnen Richters oder Staatsanwalts usw. oder eines Spruchkörpers zu bestimmen. Örtlichen Besonderheiten (Struktur des Gerichtsbezirks, Verfahrensstruktur, personellen Verhältnissen) können die Bewertungszahlen nicht Rechnung tragen.

Die Ergebnisse der Personalbedarfsberechnung können nicht die Verpflichtung der Präsidien/Behördenleiter ersetzen, alle Geschäfte nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Einzelnen zu verteilen.

1.

Personalbedarfsberechnungen für Richter und Staatsanwälte

Das seit 1975 für die Ermittlung des Bedarfs an Richtern, Staatsanwälten und Amtsanwälten geltende bundeseinheitliche Berechnungssystem, das im Auftrag der Justizministerkonferenz von einer Kommission der Landesjustizverwaltungen (Kommission für Fragen der

Personalbedarfsberechnung) entwickelt wurde, geht nicht - wie früher - von der erledigten Arbeit (z. B. der Zahl der durch Urteil oder Vergleich erledigten Zivilprozeßsachen) aus, sondern von den zu erledigenden Geschäften (z. B. der Zahl der Neuzugänge an Zivilprozeßsachen). Dabei wird grundsätzlich jeder Tätigkeit eine bestimmte Bewertungszahl zugeordnet. Aus der Multiplikation der Zahl der Geschäfte mit der jeweiligen Bewertungszahl ergibt sich der Personalbedarf. Dieses Bewertungssystem ist zeitnäher, weil die Eingänge den Personalbedarf bestimmen, nicht jedoch die tatsächlich erreichten Erledigungen.

Abweichend hiervon wird z.B. der Personalbedarf in Familiensachen vor den Oberlandesgerichten und den Amtsgerichten nach dem tatsächlichen Einsatz ermittelt. Zwar hat die Kommission für Fragen der Personalbedarfsberechnung eine Bewertungszahl für die bei den Amtsgerichten anhängig werdenden Familiensachen zur Erprobung festgelegt. Diese findet jedoch auf die hier zugrundegelegten Geschäftszahlen 1987 noch keine Anwendung.

Nach dem bundeseinheitlichen Berechnungssystem bzw. auf der Grundlage des tatsächlichen Einsatzes ergibt sich der nachstehend errechnete Personalbedarf

an Richtern bei den

- A.. Oberlandesgerichten,
- B.. Landgerichten,
- C. Amtsgerichten

sowie

an Staatsanwälten bei den

- D. Generalstaatsanwaltschaften,
- E. Staatsanwaltschaften.

A.

Berechnung des Personalbedarfs im richterlichen Dienst bei den
Oberlandesgerichten

I.

Personalbedarf aufgrund der Geschäftszahlen

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
A.	<u>Zivilsachen</u>			
1	Gewöhnliche Berufungen	17.346	54	321,22
2	Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		tats. Einsatz	1,28
3	Beschwerden in Land- wirtschaftssachen, in An- gelegenheiten der freiwill- ligen Gerichtsbarkeit ein- schließlich der Kostensa- chen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 156 KostO sowie Anträge nach § 23 EGGVG	1.128	85	13,27
4	sonstige Beschwerden	7.950	180	44,17
			Summe A.	<u>379,94</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
B. <u>Familiensachen</u>				
1	Berufungen und Beschwerden gegen Entscheidungen und sonstige Beschwerden		tats. Einsatz	<u>109,74</u>
C. <u>Strafsachen und Bußgeldverfahren</u>				
1	Verfahren erster Instanz		tats. Einsatz	8,57
2	Revisionen, Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung von Rechtsbeschwerden	3.067	120	25,56
3	Allgemeine Beschwerden einschließlich der Kostenbeschwerden und Anträge nach § 23 EGGVG	5.158	280	18,42
4	Haftprüfungsverfahren	1.168	210	5,56
5	Auslieferungsverfahren	64	100	0,64
6	Anträge nach § 99 BRAGebO	808	300	2,69
7	Klageerzwingungsverfahren einschließlich der Anträge auf Bewilligung der Prozeßkostenhilfe	464	200	2,32
			Summe C.	<u>63,76</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
D.	<u>Zuschlag für Verwaltungsarbeit</u>		tats. Einsatz	29,51
			Summe	
			A.-D.	<u>582,95</u>
E.	<u>Ausbildung</u>			
1	Referendararbeitsgemeinschaften			
	Zahl der hauptamtlichen Leiter von			
	a) zivilrechtlichen Arbeitsgemeinschaften	3	x 0,50	1,50
	b) strafrechtlichen Arbeitsgemeinschaften	--	x 0,25	--
2	Einführungslehrgänge		tats. Freistellung	--
3	Stationsausbildung	Anzahl Monate 3.127	x 0,1 je 12 Monate	Referenzzeit 26.06
			Summe E.	<u>27,56</u>
F.	<u>Schwerbehinderte</u>	Anzahl: 20	x 0,10	<u>2,00</u>
	richterlicher Dienst bei den Oberlandesgerichten			
	insgesamt =====			612,51 =====

MMV10/1727

B.

Berechnung des Personalbedarfs im richterlichen Dienst bei den
Landgerichten

I.

Personalbedarf aufgrund der Geschäftszahlen

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
A. <u>Zivilsachen</u>				
1	Gewöhnliche Zivilsachen erster Instanz	84.897	125	679,18
2	Verfahren erster Instanz vor der Kammer für Handelssachen	17.709	185	95,72
3	Gewöhnliche Berufungen	29.424	125	235,39
4	Berufungen vor der Kammer für Handelssachen	314	185	1,70
5	Beschwerden	23.480	200	117,40
6	Entschädigungs- und Rück- erstattungssachen		tats. Einsatz	2,30
			Summe A.	<u>1.131,69</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
B. Strafsachen				
1	Anklagen vor dem Schwurgericht	303	12	25,25
2	Anklagen vor der Großen Strafkammer und Jugendkammer	3.227	30	107,57
3	Verfahren erster Instanz mit mehr als 10 Hauptverhandlungstagen (ohne Wirtschaftsstrafsachen gem. § 74 c GVG)	971 HVT	x 0,04	38,84
3a	Anklagen in Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG	1.611 HVT	x 0,05	80,55
4	Berufungen vor der Großen Strafkammer und der Jugendkammer	6.159	65	94,75
5	Berufungen vor der Kleinen Strafkammer	8.916	195	45,72
6	Beschwerden einschließlich Kostenbeschwerden	16.317	400	40,79
7	Verfahren vor der kleinen Strafvollstreckungskammer	17.543	700	25,06
8	Verfahren vor der großen Strafvollstreckungskammer	4.860	350	13,89
9	Gnadensachen	7.871	1.400	5,62
			Summe B.	<u>478,04</u>
			Summe	
			A. + B.	<u>1.609,73</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
C. <u>Verwaltung</u>				
1.	Zahl der Behördenangehörigen	5.679	x 0,007	39,75
2	Zahl der Richter des eigenen Gerichts	1.321	x 0,01	13,21
3	Zahl der Richter der nachgeordneten Amtsgerichte	1.388	x 0,02	27,76
4	Pressestelle		tats. Einsatz bis 0,30	5,40
			Summe C.	<u>86,12</u>
D. <u>Ausbildung</u>				
	Referendararbeitsgemeinschaften			
1:	Zahl der hauptamtlichen Leiter von			
	a) zivilrechtlichen Arbeitsgemeinschaften	3,00	x 0,50	1,50
	b) strafrechtlichen Arbeitsgemeinschaften	--	x 0,25	--
2	Einführungslehrgänge		tats. Freistellung	0,62

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
3	Stationsausbildung	Anzahl Monate 8.065,5	x 0,1 je 12 Monate Referenzzeit	67,21
			Summe D.	<u>69,33</u>
E	<u>Schwerbehinderte</u>	Anzahl: 65	x 0,10	<u>6,50</u>
	richterlicher Dienst bei den Landgerichten <u>insgesamt</u> =====			<u>1.771,68</u>

C.

Berechnung des Personalbedarfs im richterlichen Dienst bei den
Amtsgerichten

I.

Personalbedarf aufgrund der Geschäftszahlen

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
A. <u>Zivilsachen</u>				
1	Zivilprozeßsachen	408.111	660	618,35
2	Rechtshilfeersuchen an den Richter (auch in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit)	22.928	1.800	12,74
3	Binnenschiffahrtssachen und Verklarungssachen	101	160	0,63
4	Anträge auf Konkurseröffnung, von Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses	11.673	660	17,69
5	Haftanordnungen in Verfahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	178.639	11.000	16,24
6	Sonstige nicht erfaßte richterliche Geschäfte in Zivilsachen		5% des aus Nrn.1,3,4 und 5 errechneten Bedarfs	32,65
			Summe A.	<u>698,30</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
B.	<u>Familiensachen</u>		tats. Einsatz	<u>346,63</u>
C.	<u>Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit</u>			
1	Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften	281.675	10.000	28,17
2	Andere familienrechtliche Angelegenheiten einschließlich Adoptionssachen	41.299	4.000	10,32
3	Erziehungsbeistandschaften und Fürsorgeerziehungssachen	364	500	0,73
4	Freiheitsentziehungs- und Unterbringungssachen sowie Verfahren nach §§ 1631 b, 1800 BGB	28.041	500	56,08
5	Nachlaßsachen	73.961	3.200	23,11
6	Bestehende Eintragungen im Handelsregister B	111.111	2.500	44,44
7	Standesamtssachen	2.484	500	4,97
8	Landwirtschafts- und Höfesachen	3.432	350	9,81

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
9	Sonstige nicht erfaßte richterliche Geschäfte der freiwilligen Ge- richtsbarkeit		10 % des aus Nrn. 1,2,5,6 und 8 er- rechneten Bedarfs	11,59
			Summe C.	<u>189,22</u>
D.	<u>Strafsachen und Buß- geldverfahren</u>			
1	Anträge auf Erlaß von Strafbefehlen	114.766	5.500	20,87
2	Verfahren vor dem Strafrichter ohne Buß- geldverfahren und Er- zwingungshaftanträge	101.060	500	202,12
3	Verfahren vor dem Jugendrichter ohne Bußgeldverfahren und Erzwingungshaftanträge	48.699	400	121,75
4	Bußgeldverfahren und Erzwingungshaftanträge	217.124	800	271,40
5	Verfahren vor dem Schöffengericht	21.502	200	107,51
6	Verfahren vor dem Jugendschöffengericht	16.666	160	104,16

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
7	Verfahren vor dem erweiterten Schöffengericht	1.886	60	31,43
8	Vollstreckungsverfahren in Jugendgerichtsverfahren			
	a) bei der Vollstreckung von Jugendstrafen:	2.162	350	6,18
	b) bei der Vollstreckung von Jugendarrest:	11.645	1.500	7,76
9	Anträge auf Erlass sonstiger gerichtlicher Entscheidungen oder Anordnungen	179.485	2.500	71,79
10	Rechtshilfeersuchen	23.498	1.800	13,05
11	Kleine Strafvollstreckungskammer (soweit als Außenstelle des Landgerichts den Amtsgerichten angegliedert)	2.148	700	3,07
			Summe D.	<u>961,09</u>
E.	<u>Verwaltung</u>			
1	Zahl der Behördenangehörigen nach dem Stand vom 31.12.1987	17.338*	x 0,007	121,37

* (mindestens 0,20 bei Amtsgerichten unter 30 Angehörigen)

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewer- tungszahl	Perso- nalbe- darf
----------	---------------------------	--	------------------	--------------------

2	Zusätzlich bei Amtsgerichten mit einem Präsidenten: Zahl der Richter des eigenen Gerichts nach dem Stand vom 31.12.1987	367	x 0,01	<u>3,67</u>
			Summe E	<u>125,04</u>

F. Ausbildung

1	Referendararbeitsgemeinschaften	0,68	x 0,25	0,17
---	---------------------------------	------	--------	------

2	Einführungslehrgänge		tats. Freistellung	--
---	----------------------	--	--------------------	----

3	Stationsausbildung	Anzahl Monate 8.724	x 0,1 je 12 Monate Referen- darzeit	72,70
			Summe F.	<u>72,87</u>

G.	<u>Schwerbehinderte</u>	Anzahl: 69	x 0,10	6,90
----	-------------------------	---------------	--------	------

	richterlicher Dienst bei den Amtsgerichten insgesamt			2.400,05
	=====			=====

D.

Berechnung des Personalbedarfs an Staatsanwälten bei den
Generalstaatsanwaltschaften

I.

Personalbedarf aufgrund der Geschäftszahlen

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
----------	---------------------------	--	----------------	----------------

A. Staatsanwaltliche Tätigkeit

1	Revisionen, Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerden in Bußgeldsachen	3.136	330	9,50
2	Beschwerden gegen Staats- und Amtsanwälte (ZS)	5.958	400	14,90
3	Beschwerden in Strafsachen (WS)	5.367	660	8,13
4	Haftprüfungsverfahren	1.006	500	2,01
5	Aus- und Durchlieferungsverfahren	895	100	8,95
6	Verfahren nach der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Bundesnotarordnung und nach dem Steuerberatergesetz	1.990	100	19,90
7	Gnadensachen	13	600	0,02

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
----------	---------------------------	--	----------------	----------------

8	Andere Angelegenheiten von besonderer Bedeutung (z.B. OJs-Sachen, Zentralstelle zur Bekämpfung unzüchtiger Schriften und Abbildungen, Kartellbußgeldsachen usw.)		tats. Einsatz	5,86
			Summe A.	<u>69,27</u>

B.	<u>Verwaltung</u> Verwaltungstätigkeit		tats. Einsatz	<u>40,99</u>
----	---	--	---------------	--------------

C.	<u>Ausbildung</u>			
1.	Referendararbeitsgemeinschaften	1	x 0,25	0,25
2	Einführungslehrgänge		tats. Freistellung	--
3	Stationsausbildung	Monate: --	x 0,1 je 12 Monate Referendarzeit	--
			Summe C.	<u>0,25</u>

D.	<u>Schwerbehinderte</u>	Anzahl: 8,75	x 0,10	0,88
----	-------------------------	--------------	--------	------

Staatsanwälte bei den Generalstaatsanwälten
 insgesamt 111,39
 =====

E.

Berechnung des Personalbedarfs an Staatsanwälten bei den
Staatsanwaltschaften

I.

Personalbedarf aufgrund der Geschäftszahlen

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
<u>A. Staatsanwaltliche Tätigkeit</u>				
1	Ermittlungsverfahren (ab- zgl. Verfahren gegen unbe- kannte Täter sowie ohne Verfahren nach Nr. 5)	391.892	660	593,78
2	Bußgeldverfahren	5.443	3.000	1,81
3a	Gnadensachen	5.839	1.000	5,84
3b	Tätigkeit des Gnadenbeauf- tragten bei dem Landgericht, soweit von Staatsanwälten wahrgenommen	1.247	1.400	0,89
4	Gesamtstundenzahl der Sit- zungen (ausgenommen die Verfahren nach 5)	269.330	1.760	153,03
5	a) Wirtschaftsstrafsachen (§ 74 c GVG)		zu a)-d):	132,67
	b) NSG-Verfahren		jeweils tats.	3,10
	c) Staatsschutzstraf- sachen (§ 74 a GVG)		Einsatz	3,33
	d) Großverfahren, soweit sie nicht unter a) bis c) aufgeführt sind			21,83
			Summe A.	<u>916,28</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
----------	---------------------------	--	----------------	----------------

B. Verwaltung

1	Zuschlag für Verwaltungsarbeit	4.789	0,40 zuzüglich 0,01 für jeden Behördenangehörigen	55,49
2	Pressestelle		tats. Bedarf bis 0,3	5,65
			Summe B.	<u>61,14</u>

C. Ausbildung

1	Referendararbeitsgemeinschaften	4	x 0,25	1,00
2	Einführungslehrgänge		tats. Freistellung	0,68
3	Stationsausbildung	Anzahl Monate 6.753	0,1 je 12 Monate Referenzzeit	56,28
			Summe C.	<u>57,96</u>

D. Schwerbehinderte

Anzahl: 35	x 0,10	<u>3,50</u>
------------	--------	-------------

Staatsanwälte bei den
Staatsanwaltschaften

insgesamt
=====

1.038,88
=====

Hiernach ergibt sich folgender Personalbedarf an

a)

Richtern bei den

A. Oberlandesgerichten	612,51
B. Landgerichten	1.771,68
C. Amtsgerichten	2.400,05

	4.784,24

Zuschläge

4 v. H. für Ausfallzeiten	191,37
für die Einarbeitung neu	
eingestellter Richter 98 x 0,25	24,50

	<u>5.000,11</u>

b)

Staatsanwälten bei den

D. Generalstaatsanwaltschaften	111,39
E. Staatsanwaltschaften	1.038,88

	1.150,27

Zuschläge

4 v. H. für Ausfallzeiten	46,01
für die Einarbeitung neu	
eingestellter Staatsanwälte 18 x 0,25	4,50

	<u>1.200,78</u>

Personalbedarf insgesamt:	6.200,89

II.

Stellen im Haushalt 1988	4.500,5
Stellen im Haushaltsentwurf 1989	4.524,5

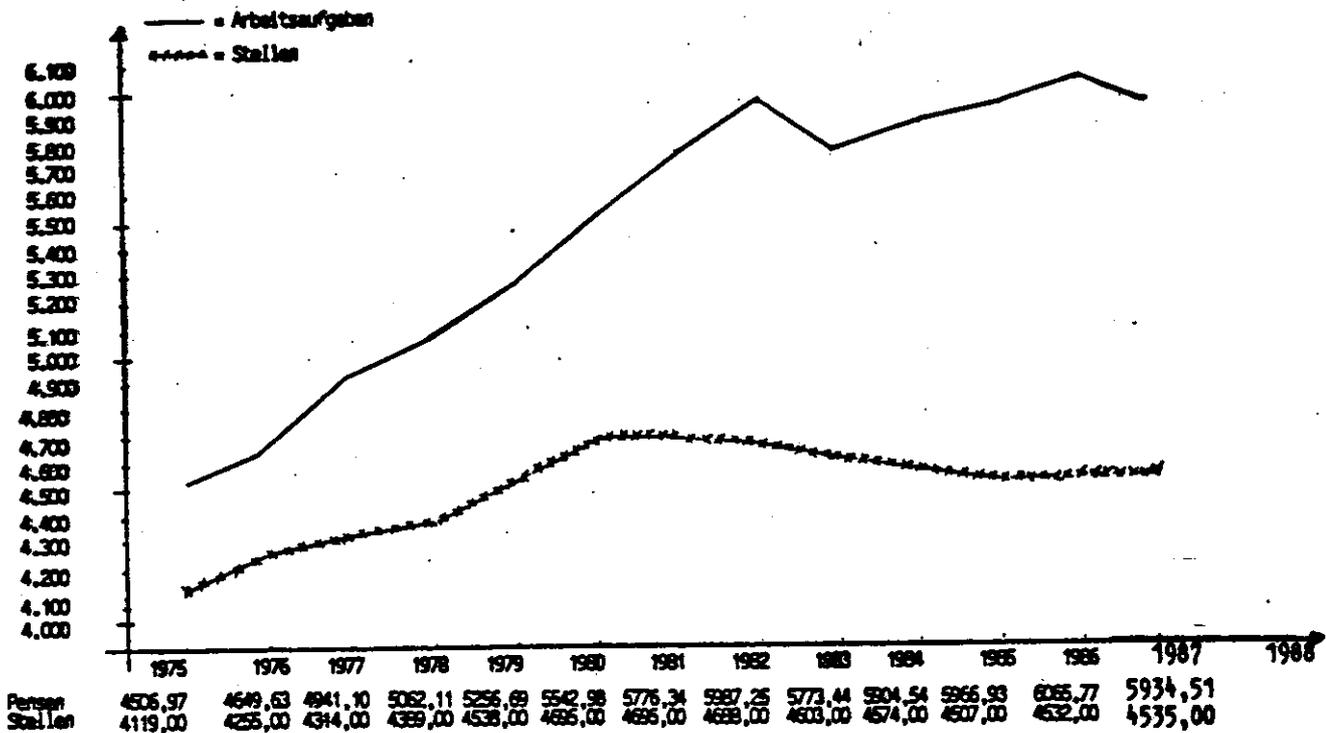
III.

Stellenfehlbestand nach dem Haushalt 1988	1.700,39
---	----------

Stellenfehlbestand nach dem Haushaltsentwurf 1989	1.676,39
---	----------

(Die Stellen für freigestellte Personalvertretungsmitglieder und die Stellen ohne Besoldungsaufwand sind nicht, Planstellen für Universitätsprofessoren zu einem Viertel mitgezählt.)

Das Verhältnis zwischen Stellenbedarf (I.) und Stellenbestand (II.) ergibt vor dem Hintergrund der Geschäftszahlen seit 1975 folgendes Bild:



2.

Personalbedarfsberechnung für Amtsanwälte

I.

Auf der Grundlage des bundeseinheitlichen Berechnungssystems ergibt sich der nachstehend errechnete Personalbedarf an Amtsanwälten:

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
A. <u>Amtsanwaltliche Tätigkeit</u>				
1	Ermittlungsverfahren (abzgl. Verfahren gegen unbekannte Täter)	338.218	1.600	211,39
2	Bußgeldverfahren	95.144	3.000	31,71
3	Gesamtstundenzahl der Sitzungen	126.503	1.760	71,88
			Summe A.	<u>314,98</u>
B. entfällt				
C. <u>Stationsausbildung</u>				
		Anzahl Monate 49	0,1 je 12 Monate Ausbildungszeit	<u>0,41</u>
D. <u>Schwerbehinderte</u>				
		Anzahl: 42	x 0,10	<u>4,20</u>
			Summe A-D	<u>319,59</u>

Personalbedarf an Amtsanwälten - Übertrag - 319,59

Zuschläge

a)

4 v.H. für Ausfallzeiten 12,78

b)

für die Einarbeitung neuer Kräfte 4 x 0,25 1,00

c)

Kräfte des Amtsanwaltdienstes, die gemäß
Nr. 24 Abs. 2 der Anordnung über Organisation
und Dienstbetrieb der Staatsanwaltschaft zur
Unterstützung von Staatsanwälten eingesetzt sind
(tatsächliche Zahl)

38,33

Amtsanwälte insgesamt

371,70

=====

=====

II.

Stellen (Planstellen) im Haushalt 1988
(ohne 1 Stelle kw LPVG)

336

Stellen (Planstellen) im Haushaltsentwurf
1989 (ohne 1 Stelle kw LPVG)

332

III.

Stellenfehlbestand (Planstellen)
nach dem Haushalt 1988

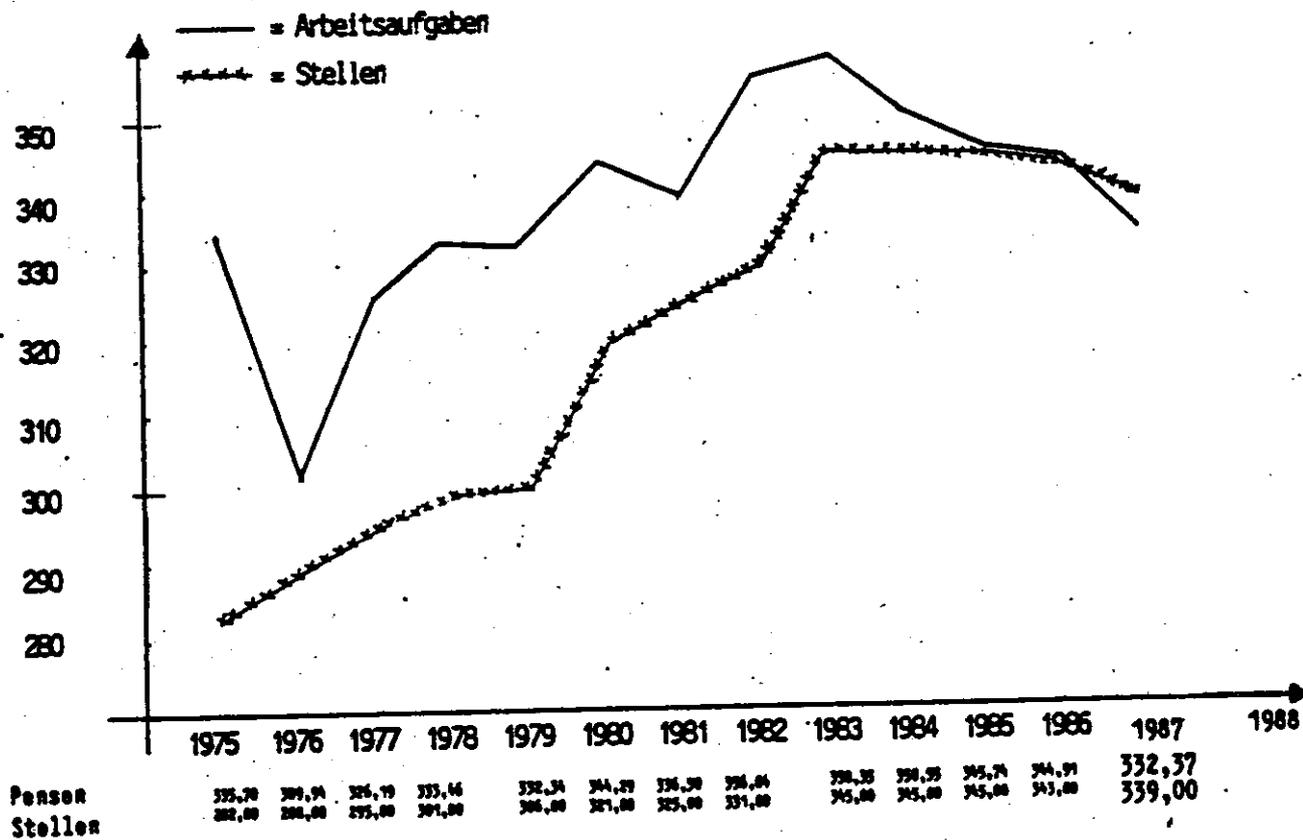
35,70

Stellenfehlbestand (Planstellen)
nach dem Haushaltsentwurf 1989

39,70.

MMV10/1727

Für den Amtsanwaltsdienst stellt sich das Verhältnis zwischen Stellenbedarf (I.) und Stellenbestand (II.) seit 1975 grafisch wie folgt dar:



3.

Personalbedarfsberechnung für den gehobenen Justizdienst

Für den gehobenen Justizdienst im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit hat die von der Justizministerkonferenz eingesetzte Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung ein bundeseinheitliches Berechnungssystem erarbeitet, das zusammen mit einem neuen System zur Erfassung der Grundbuchsachen im Jahre 1978 in der Praxis erprobt worden ist. Bezüglich der Staatsanwaltschaften ist für den gehobenen Justizdienst ein entsprechendes Berechnungssystem erarbeitet und zu Beginn des Jahres 1979 auf der Basis der Geschäftszahlen des Jahres 1978 erprobt worden.

Nach diesen erprobten Systemen wird die Personalbedarfsberechnung seit 1980 durchgeführt, obwohl die Bewertungszahlen für Grundbuchsachen noch nicht endgültig festliegen. Diese Maßnahme war erforderlich, da die früheren Systeme sowohl die Erfassung anderer Geschäfte als auch Doppelberechnungen für den Personalbedarf an Richtern, Staatsanwälten und Amtsanwälten erforderten, mithin eine nicht unerhebliche Mehrarbeit verursachten.

I.

Der Personalbedarf im gehobenen Dienst bei den Oberlandesgerichten wird nach dem tatsächlichen Einsatz bemessen (= 171,38).

II.

Berechnung des Personalbedarfs im gehobenen Dienst bei den Landgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
A. <u>Zivilsachen</u>				
1	Zivilsachen erster Instanz	102.953	1.500	68,64
2	Berufungen und Beschwerden	53.218	4.000	13,30
			Summe A.	<u>81,94</u>
B. <u>Strafsachen</u>				
		35.212	4.000	<u>8,80</u>
C. <u>Verwaltung</u>				
1	Für Angehörige der eigenen Behörde	5.679	x 0,008	45,43
2	Für Angehörige nachgeord- neter Amtsgerichte außer Präsidialgerichten	13.697	x 0,005	68,49
3	Bezirksrevisoren		tats. Einsatz	81,41
D. <u>Ausbildung</u>				
1	Arbeitsgemeinschaften		tats. Frei- stellung	--
2	Einführungslehrgänge		tats. Frei- stellung	0,10
3	Ausbildung am Arbeitsplatz	325,1 Monate	0,15 je 12 Monate	
			Anwärter- dienst	4,06
E. <u>Schwerbehinderte</u>				
		Anzahl: 24	x 0,10	2,40
gehobener Dienst bei den Landgerichten				
<u>insgesamt</u>				<u>292,63</u>
=====				=====

III.

Berechnung des Personalbedarfs im gehobenen Dienst bei den Amtsgerichten

lfd. Bezeichnung, Nr. der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
A. <u>Zivilsachen</u>			
1 Mahnsachen	1.517.039	17.000	89,24
2 Zivilprozeßsachen	408.199	2.000	204,10
3 Regelunterhaltssachen, Vereinfachte Verfahren zur Abänderung von Unter- haltstiteln, Beweissiche- rungsverfahren und sonstige Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens	16.221	2.000	8,11
4 Rechtshilfeersuchen an den Rechtspfleger, auch in Ange- legenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	40.781	1.800	22,66
5 Verteilungsverfahren, Anträge auf Anordnung der Zwangsver- steigerung oder Zwangsver- waltung von unbeweglichen Gegenständen	26.268	90	291,87
6 Eröffnungen von Konkurs- verfahren und von Vergleichs- verfahren zur Abwendung des Konkurses	1.372	35	39,20
7 Sonstige Vollstreckungs- sachen (M)	1.001.633	4.500	222,59
		Summe A.	<u>877,77</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
B.	<u>Familiensachen</u>		tats. Einsatz	<u>96,79</u>
C.	<u>Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit</u> (ohne Grundbuchsachen)			
1	Angelegenheiten, die in das Urkundsregister eingetragen werden			
	a) Urkundsregister I	33.293	2.000	16,65
	b) Urkundsregister II + III (ohne Beratungshilfe)	11.815	1.000	11,82
2	Zur Verwahrung übergebene oder abgegebene, abgelieferte oder zur Aufbewahrung übersandte Verfügungen von Todes wegen	85.087	1.800	47,27
3	Sonstige Handlungen des Nachlaßgerichts	74.015	1.500	49,34
4	Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften	281.675	2.600	108,34
5	andere vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten	38.498	3.000	12,83
6	bestehende Eintragungen			
	a) im Vereinsregister	62.949	2.000	31,47
	b) im Handelsregister A	90.110	2.000	45,06
	c) im Handelsregister B	111.111	3.000	47,04
	d) im Genossenschaftsregister	1.679	300	5,60

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
----------	---------------------------	--	----------------	----------------

	e) im Schiffsregister, Schiffsbauregister, Luftfahrzeugregister	2.648	1.200	2,21
--	---	-------	-------	------

7	Neueintragungen und Löschungen			
	a) im Musterregister	4.187	2.000	2,09
	b) im Güterrechtsregister	2.827	2.000	1,41
			Summe C.	<u>371,13</u>

D. Grundbuchsachen

I. Gewöhnliche Geschäfte

1.	Aufteilung in Raumeigentum nach § 8 WEG	12.028	2.600	4,63
2	Eigentumsänderungen	317.678	2.000	158,84
3	Belastungen	604.009	3.500	172,57
4	Löschungen und Teillö- schungen	570.237	6.000	95,04
5	Veränderungen im Woh- nungsgrundbuch	106.344	15.000	7,09
6	Veränderungen in sonstigen Fällen	420.131	8.000	52,52

II. Reiheneintragungen

7	Aufteilung in Raumeigentum nach § 8 WEG	17.729	5.200	3,41
8	Eigentumsänderungen	22.021	4.000	5,51
9	Belastungen	58.714	7.000	8,39

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
10	Löschungen und Teillösungen	69.186	12.000	5,77
11	Veränderungen im Wohnungsgrundbuch	186.338	35.000	5,32
12	Veränderungen in sonstigen Fällen	39.741	20.000	1,99
			Summe D.	<u>521,08</u>
E.	<u>Strafsachen</u>			
1	Verfahren vor dem Straf- richter, dem Schöffengericht und dem erweiterten Schöffengericht	326.584	6.600	49,48
2	Verfahren vor dem Jugend- richter und dem Jugend- schöffengericht	80.588	1.000	80,59
			Summe E.	<u>130,07</u>
F.	<u>Sonstige Angelegenheiten</u> Angelegenheiten, die nicht unter A. - E. erfaßt sind			
			2 v.H. der Summe des unter A - E errechneten Bedarfs	
			1.996,84	<u>39,94</u>

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
-------------	------------------------------	---	--------------------------	--------------------------

G. <u>Verwaltung</u>				
1	Für alle Angehörigen der Behörde	17.287	x 0,015	259,31
2	Bezirksrevisoren bei Amtsgerichten		tats. Einsatz	16,25
3	Gerichtskassen		tats. Einsatz	63,02
			Summe G.	<u>338,58</u>

H. <u>Ausbildung</u>				
1	Arbeitsgemeinschaften		tats. Frei- stellung	0,10
2	Einführungslehrgänge		tats. Frei- stellung	0,72
3	Ausbildung am Arbeitsplatz Anzahl Monate	1.959,75	x 0,15 je 12 Mo- nate An- wärterzeit	24,50
			Summe H.	<u>25,32</u>

I. <u>Schwerbehinderte</u>				
	gehobener Dienst bei den Amtsgerichten	Anzahl: 213	x 0,10	21,30
	<u>insgesamt</u> =====			<u>2.421,98</u> =====

IV.

Der Personalbedarf im gehobenen Dienst bei den Generalstaatsanwaltschaften wird nach dem tatsächlichen Einsatz bemessen (= 24,00).

V.

Berechnung des Personalbedarfs im gehobenen Dienst bei den Staatsanwaltschaften

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
A.	<u>Strafvollstreckungs- sachen</u>	260.033	650	400,05
B.	<u>Verwaltung</u> Für alle Angehörigen der Behörde	4.789	0,015	71,84
C.	<u>Ausbildung</u>			
1	Arbeitsgemeinschaften		tats. Freistellung	--
2	Einführungslehrgänge		tats. Freistellung	0,09
3	Ausbildung am Arbeitsplatz	174,5	0,15 je 12 Monate Anwärterzeit	2,18
D.	<u>Schwerbehinderte</u>	Anzahl: 37,1	x. 0,10	<u>3,71</u>
gehobener Dienst bei den Staatsanwaltschaften insgesamt =====				477,87 =====

VI.

Hiernach ergibt sich folgender Personalbedarf

a)

bei den Gerichten:

I. Oberlandesgerichten	171,38
II. Landgerichten	292,63
III. Amtsgerichten	2.421,98
	<u>2.885,99</u>

Zuschläge

4 v.H. für Ausfallzeiten	115,44
Fortbildung (2.104 AT : 220)	9,56
Einarbeitung neuer Kräfte (83 x 0,25)	20,75
Freistellung für Personal- vertretungen	<u>21,38</u>
	<u>3.053,12</u>

b)

bei Staatsanwaltschaften

IV. Generalstaatsanwaltschaften	24,00
V. Staatsanwaltschaften	<u>477,87</u>
	<u>501,87</u>

Zuschläge

4 v.H. für Ausfallzeiten	20,07
Fortbildung (305 AT : 220)	1,39
Einarbeitung neuer Kräfte (16 x 0,25)	4,00
Freistellung für Personal- vertretungen	<u>3,59</u>
	<u>530,92</u>

Personalbedarf insgesamt 3.584,04
=====

VII.

Stellen im Haushalt 1988	3.249
Stellen im Haushaltsentwurf 1989	3.233

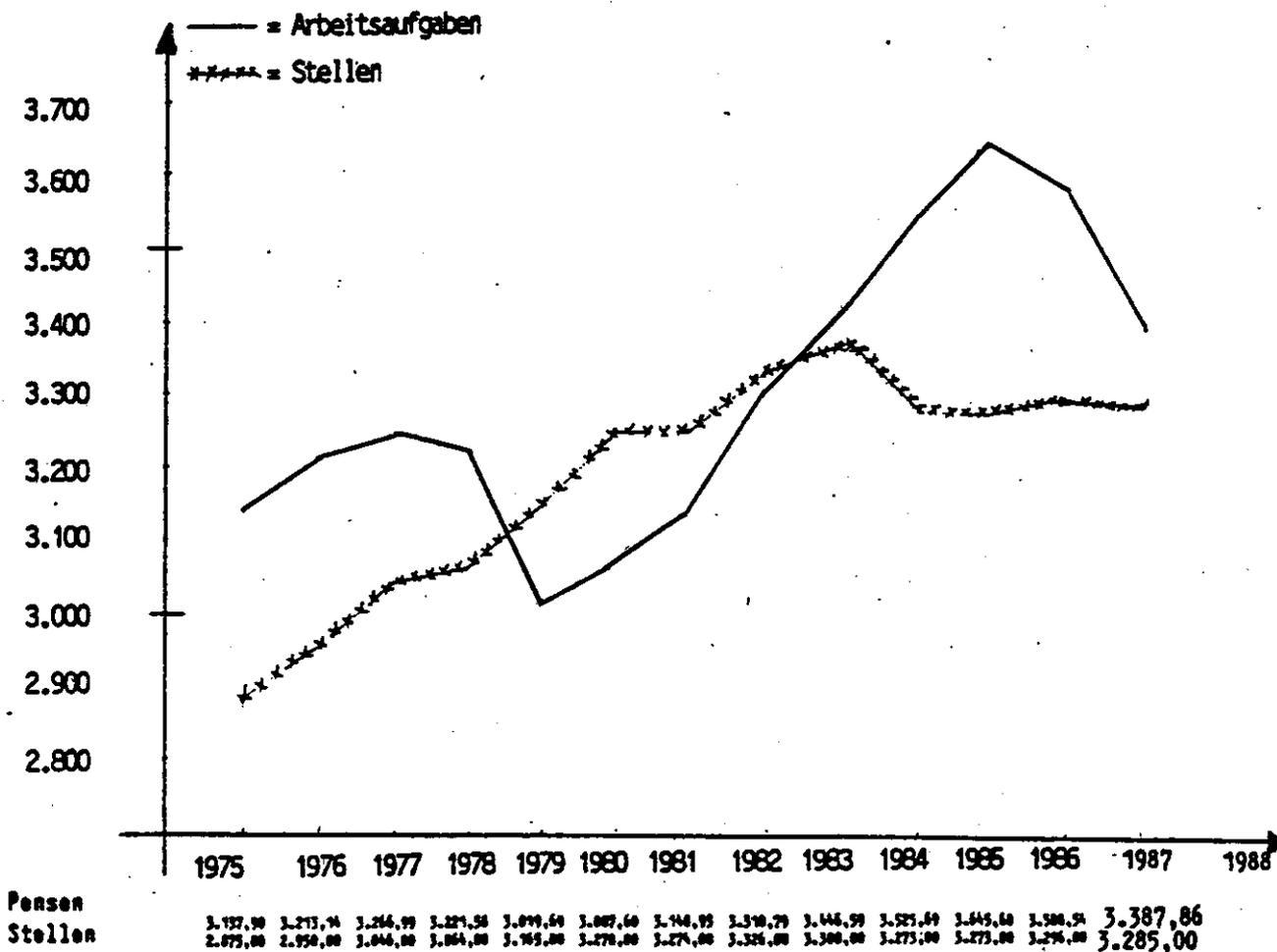
VIII.

Stellenfehlbestand nach dem Haushalt 1988	335,04
---	--------

Stellenfehlbestand nach dem Haushaltsentwurf 1989	351,04
---	--------

(Stellen für freigestellte Personalratsmitglieder sowie Stellen ohne Besoldungsaufwand sind nicht mitgezählt. Enthalten sind jedoch 2 Regierungsamtsrat- und 1 Regierungsamtmannstelle sowie 2 Stellen Bibliotheksamtman).)

Grafisch stellt sich das Verhältnis zwischen Stellenbedarf (VI.) und Stellenbestand (VII.) seit 1975 für den gehobenen Justizdienst wie folgt dar:



4.

Personalbedarfsberechnung für den Gerichtsvollzieherdienst

I.

Auf der Grundlage des bundeseinheitlichen Berechnungssystems ergibt sich der nachstehend errechnete Personalbedarf an Gerichtsvollziehern:

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewertungszahl	Personalbedarf
1	Persönliche Zustellungen	457.106	9.600	47,62
2	Zustellungen durch die Post	549.578	12.000	45,80
3	Protestaufträge	12.828	4.800	2,67
4	Zwangsvollstreckungsaufträge in Parteisachen	2.177.658	2.000	1.088,83
5	Amtliche Vollstreckungsaufträge	184.398	3.600	<u>51,22</u>
	Personalbedarf insgesamt			<u>1.236,14</u> =====

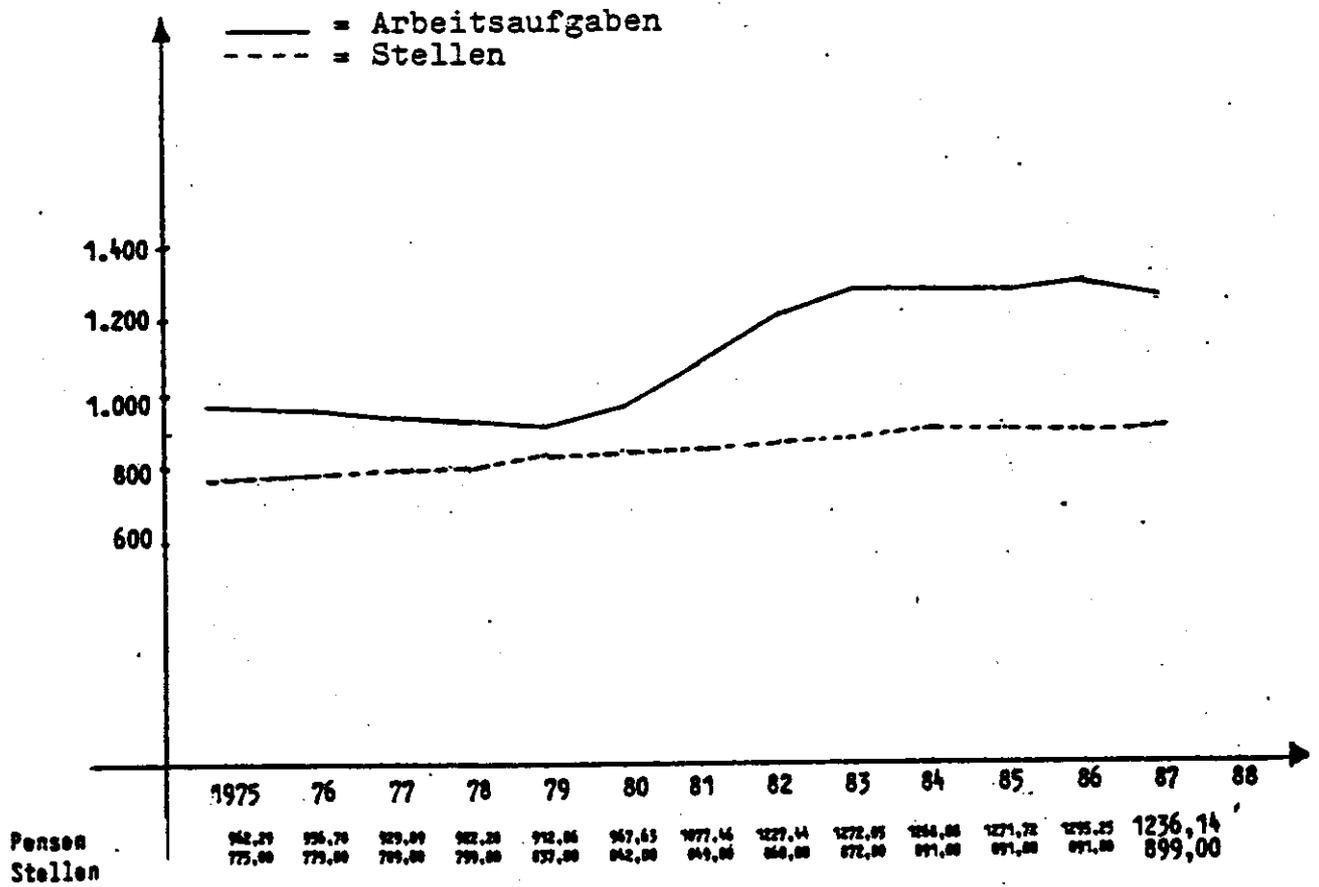
II.

Stellen (Planstellen) im Haushalt 1988	919
Stellen (Planstellen) im Haushaltsentwurf 1989	932

III.

Stellenfehlbestand nach dem Haushalt 1988	317,14
Stellenfehlbestand nach dem Haushaltsentwurf 1989	304,14

Die Kurven von Stellenbedarf (I.) und Stellenbestand (II.) seit 1975 ergeben folgendes Bild:



MMV 10 / 1727

5.

Bewährungshilfe, Führungsaufsicht und Gerichtshilfe

5.1

Mit der außerordentlich starken Zunahme der Probandenzahlen in den letzten Jahren hat die Entwicklung der Stellenzahlen für hauptamtliche Bewährungshelfer in Nordrhein-Westfalen nicht Schritt halten können.

Die Personalbedarfsberechnung in der Bewährungshilfe geht davon aus, daß 45 Probanden pro Bewährungshelfer zumutbar sind und einen angemessenen Betreuungserfolg erwarten lassen. Danach ergibt sich nach dem Stand vom 1.7.1988 folgender Personalbedarf:

a)

Zahl der von den Bewährungshelfern
betreuten Probanden 41.121

Personalbedarf - aufgerundet - 914

b)

Stellen für ausschließlich in der
Bewährungshilfe tätige Sozialarbeiter
im Haushalt 1988 616

Haushaltsentwurf 1989 628

c)

Stellenfehlbestand
nach dem Haushalt 1988 298

nach dem Haushaltsentwurf 1989 286

5.2

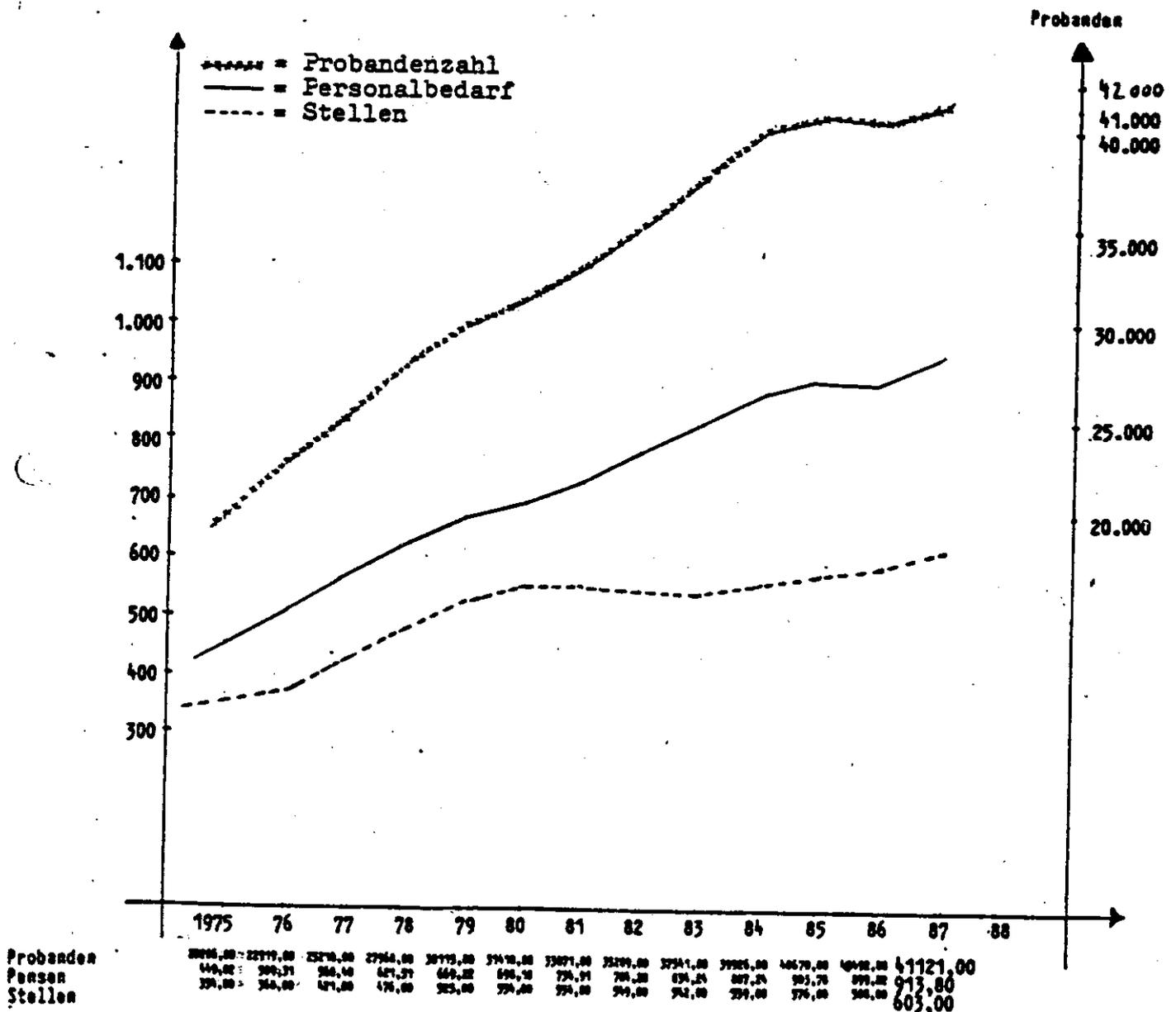
Für die Gerichtshelfer und die Sozialarbeiter in der Führungsaufsicht gibt es bislang noch keine Empfehlungen für eine Personalbedarfsberechnung. 1988 sind bei den Führungsaufsichtsstellen 23, in der Gerichtshilfe 43 Sozialarbeiter tätig.

5.3

Die zur Minderung der hohen Belastung der Sozialarbeiter etatierten 12 neuen Stellen Sozialinspektor z.A. sollen aufgabenkritisch nach dem Belastungsvergleich am 1.1.1989 zugewiesen werden.

Dabei ist in Aussicht genommen, sie insbesondere für Bewährungshelfer zu verwenden.

Die Belastungssituation im gehobenen Sozialdienst verdeutlicht die nachstehende Grafik:



5.4

Für den gehobenen Sozialdienst sind in Kapitel 04 040 Titel 425 60 und 426 60 die Stellen für die Schreibkräfte der Bewährungshelfer und für die Reinigungskräfte veranschlagt.

Am 1.7.1988 standen im Landesdurchschnitt den 616 Bewährungshelfern 13,82 Schreibdienstwochenstunden zur Verfügung. Damit wurde die - unverbindliche - Vorgabe von 15 Wochenstunden pro Bewährungshelfer nahezu erreicht.

6.

Personalbedarfsberechnung für den mittleren Justizdienst und den Schreibdienst

Für den mittleren Justizdienst und den Schreibdienst bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften hat die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung bundeseinheitliche Berechnungssysteme erarbeitet, die seit 1979 versuchsweise zur Anwendung kommen.

I.

Berechnung des Personalbedarfs im mittleren und Schreibdienst bei den Oberlandesgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im richterlichen Dienst	Multiplikator	Personalbedarf	
1	Zivilsachen	A 1-A 4	379,94	0,65	246,96
2	Familiensachen			tats. Einsatz	84,41
3	Strafsachen	C 1-C 7	63,76	0,40	25,50
4	Verwaltung	PÜ 5a - Personalverwendung - - Zeile 34 -		tats. Einsatz	279,96
5	Schwerbehinderte	Anzahl: 36		x 0,10	3,60
	insgesamt =====				640,43 =====

II.

Berechnung des Personalbedarfs im mittleren und Schreibdienst bei den Landgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im richterlichen Dienst	Multiplikator	Personalbedarf
1	Zivilsachen	A 1-A 6 1.131,69	1,0	1.131,69
2	Strafsachen	B 1-B 8 472,42	0,8	377,94
3	Verwaltung	PÜ 4, Sp. 202	tats. Einsatz	281,94
4	Ausbildung am Arbeitsplatz	Anzahl Monate 536,5	0,15 je 12 Monate Anwärterzeit	6,71
5	Ausbildung in Lehrgängen	--	tats. Freistellung	--
6	Schwerbehinderte	Anzahl: 99	x 0,10	9,90
	insgesamt =====			1.808,18 =====

III.

Berechnung des Personalbedarfs im mittleren und Schreibdienst bei den Amtsgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im richterlichen Dienst (Ri.) bzw. gehobenen Dienst (geh. D.)	Multiplikator	Personalbedarf
1	Mahnsachen	geh. D. A 1 89,24	3,30	294,49
2	Zivilprozeßsachen (einschl. H-Sachen und Rechtshilfeersuchen)	Ri. A 1 + A 2 631,09 Ri. A 1 + A 2 631,09 + geh.D. A 2 - A 4 <u>234,87</u> 865,96	0,50	315,55 1.169,05
3	In Abteilung I des Vollstreckungsregisters erfaßte Verfahren	Ri. A 4 17,69 + geh. D. A 5 + A 6 <u>331,07</u> 348,76	1,20	418,51
4	In Abteilung II des Vollstreckungsregisters erfaßte Verfahren	Ri. A 5 16,24 + geh. D. A 7 <u>222,59</u> 238,83	2,30	549,31

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im richterlichen Dienst (Ri.) bzw. gehobenen Dienst (geh. D.)	Multiplikator	Personalbedarf
5	Familiensachen	Pü 2, Sp. 189	238,83	tats. Einsatz 606,24
6	Grundbuchsachen	geh. D. D 1 - D 12	521,08	1,40 729,51
		geh. D. D 1 - D 12	521,08	0,70 364,76
7	Sonstige Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	Ri. C 1 - C 8 + geh. D. C 1 - C 7	177,63 <u>371,13</u>	548,76 1,40 768,26
8	Strafsachen	Ri. D 1 - D 11 Ri. D 1 - D 11	961,09 961,09	0,50 480,55 1,40 1.345,53
9	Verwaltung			
	a) AG ohne Präsident	Ri. E + geh. D. G 1	303,12	1,10 333,43
	b) AG mit Präsident	Ri. E + geh. D. G 1	82,66	0,80 66,13

lfd. Bezeichnung Nr. der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im richterlichen Dienst (Ri.) bzw. gehobenen Dienst (geh. D.)	Multi- plikator	Personal- bedarf
10 Gerichtskassen, Gerichtszahlstellen	PÜ 2, Sp. 196	tats. Einsatz	396,29
Vervielfältigungs- stellen	PÜ 2, Sp. 198	tats. Einsatz	47,51
Fernsprechstellen	PÜ 2, Sp. 199	tats. Einsatz	47,42
11 Sonstige nicht erfaßte Geschäfte	Ri. A 6 + C 9 44,24 + geh. D. F <u>39,94</u> 84,18	1,30	109,43
12 Ausbildung am Arbeitsplatz	Anzahl Monate 15.185,3	0,15 je 12 Monate Anwärter- zeit	189,82
13 Ausbildung auf Lehr- gängen		tats. Frei- stellung	60,57
14 Schwerbehinderte	Anzahl: 441	x 0,10	44,10
<u>insgesamt</u> =====			<u>8.336,46</u> =====

IV.

Der Personalbedarf im mittleren und Schreibdienst bei den Generalstaatsanwaltschaften wird nach dem tatsächlichen Einsatz bemessen (= 67,50).

V..

Berechnung des Personalbedarfs im mittleren und Schreibdienst bei den Staatsanwaltschaften

lfd. Bezeichnung Nr. der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im staatsanwalt- lichen (StA), amts- anwaltlichen (AA) und gehobenen (geh.D.) Dienst	Multi- plikator	Personal- bedarf
1 Ermittlungs- und Buß- geldverfahren, Gnaden- sachen	StA A 1 - A 3a 601,43 + AA A 1 - A 2 <u>243,10</u> 844,53	1,50	1.266,80
2 Wirtschaftsstrafsachen nach § 74 c GVG, NSG- Sachen, Strafsachen nach § 74 a GVG und Großver- fahren	StA A 5 160,93 + Zahl der tat- sächlich ein- gesetzten Wirt- schaftsfachkräfte (Wirtschafts- referenten und Buchhalter) + <u>65</u> 225,93	1,00	225,93
3 Strafvollstreckungs- sachen	geh. D. A. 400,05	1,80	720,09
4 Verwaltung	StA B 1 + B 2 61,14 + geh. D. B <u>71,84</u> 132,98	0,80	106,38

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Fundstelle und Personalbedarf im staatsanwaltlichen (StA), amtsanwaltlichen (AA) und gehobenen (geh.D.) Dienst	Multiplikator	Personalbedarf
----------	---------------------------	--	---------------	----------------

5	Ausbildung am Arbeitsplatz	Anzahl Monate 485,5	0,15 je 12 Monate Anwärterzeit	6,07
6	Ausbildung in Lehrgängen		tats.- Frei- stellung	--
7	Schwerbehinderte	Anzahl: 138,7	x 0,10	13,87
	<u>insgesamt</u> =====			<u>2.339,14</u> =====

VI.

Hiernach ergibt sich folgender Personalbedarf im mittleren und Schreibdienst:

a)

bei den Gerichten

I.	Oberlandesgerichten	640,13
II.	Landgerichten	1.808,18
III.	Amtsgerichten	<u>8.336,77</u>
		10.784,77

Zuschläge

6 v.H. für Ausfallzeiten	647,09
Fortbildung (1.477 AT : 220)	6,71
Freistellung für Personalvertretungen	<u>20,10</u>
	<u>11.458,67</u> =====

b)

bei den Staatsanwaltschaften

IV. Generalstaatsanwaltschaften	67,50
V. Staatsanwaltschaften	<u>2.339,14</u>
	2.406,64

Zuschläge

6 v.H. für Ausfallzeiten	144,40
Fortbildung (342 AT : 220)	1,55
Freistellung für Personal- vertretungen	<u>5,75</u>
	2.558,34

Personalbedarf insgesamt 14.017,01
=====

VII.

Stellen im Haushalt 1988 10.843

Stellen im Haushaltsentwurf 1989 10.860

VIII.

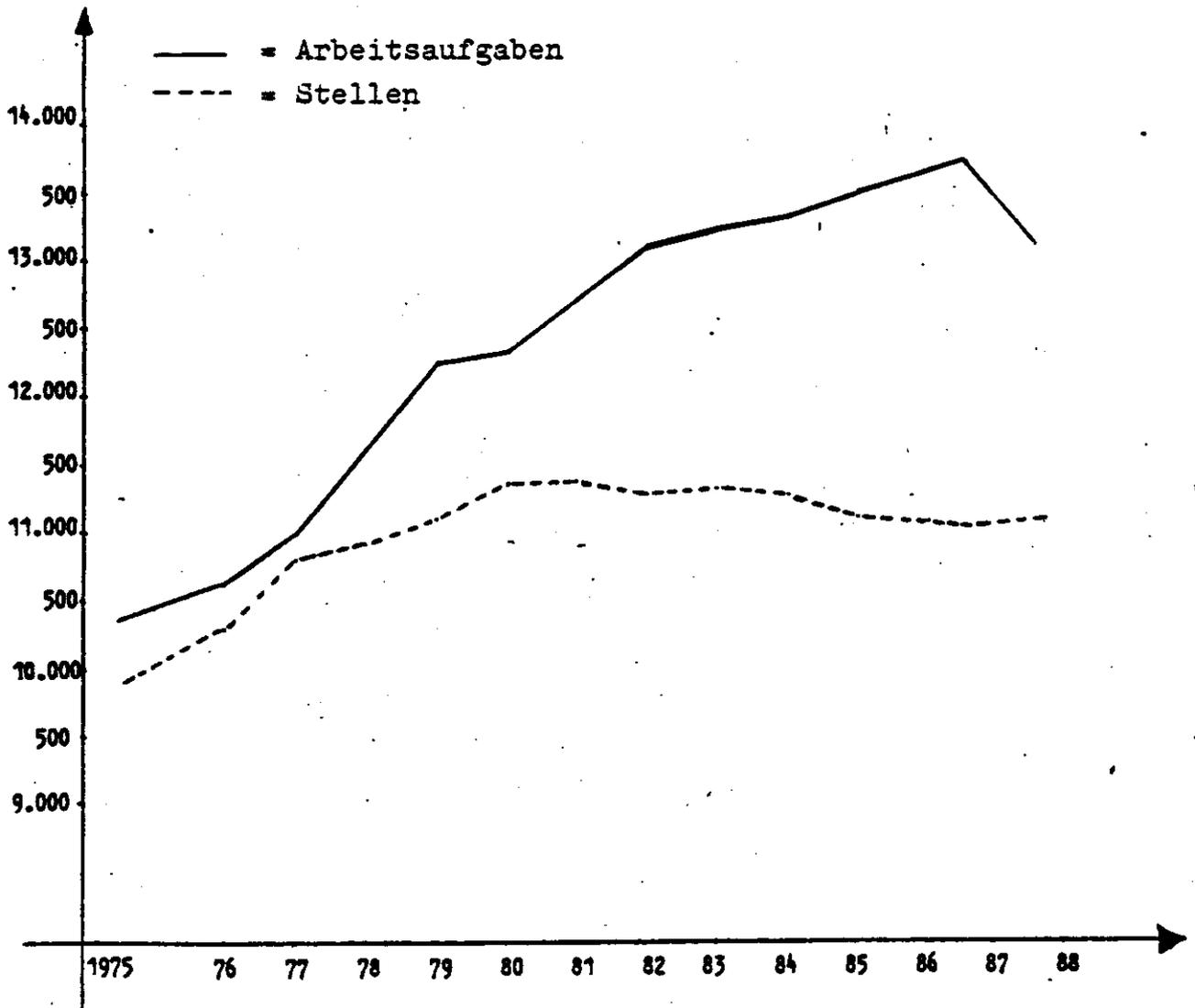
Stellenfehlbestand nach dem
Haushalt 1988 3.174,01

Stellenfehlbestand nach dem
Haushaltsentwurf 1989 3.157,01

Anmerkung:

Die Stellen für freigestellte Personalratsmitglieder sowie die Stellen ohne Besoldungsaufwand sind nicht mitgezählt.

Einen Überblick über die Entwicklung des Stellenbedarfs (VI.) und des Stellenbestandes (VII.) seit 1975 vermittelt die nachfolgende Grafik:



Pensen	10453,31	10630,30	11016,00	10920,54	12219,61	12366,01	12659,27	13132,75	13228,32	13279,00	13499,86	13653,07	13191,41
Stellen	10079,00	10320,00	10804,00	10987,00	11129,00	11376,00	11368,00	11203,00	11324,00	11264,00	11090,00	11079,00	11099,00

7.

Personalbedarfsberechnung für die Vollziehungsbeamten der Justiz

I.

Auf der Grundlage des bundeseinheitlichen Berechnungssystems ergibt sich für die Vollziehungsbeamten der Justiz der nachstehend errechnete Personalbedarf:

Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewer- tungs- zahl (vorläufig)	Perso- nalbe- darf
------------------------------	---	---	--------------------------

Vollstreckungsaufträge der Justizbehörden	186.357	2.300	81,02
--	---------	-------	-------

II.

Stellen (Planstellen) im Haushalt 1988	75
Stellen (Planstellen) im Haushaltsentwurf 1989	75

III.

Stellenfehlbestand nach dem Haushalt 1988	6,02
Stellenfehlbestand nach dem Haushaltsentwurf 1989	6,02

8.

Stellen für den einfachen Justizdienst

Die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung hat ein neues, bundeseinheitliches System für die Ermittlung des Personalbedarfs im einfachen Justizdienst nicht entwickeln können. Das früher benutzte System kann nicht mehr angewendet werden, da die benötigten statistischen Angaben nicht vorliegen und nur unter großem Personalaufwand ermittelt werden könnten.

Übergangsweise wird daher der Personalbedarf im einfachen Justizdienst nach folgendem pauschalen System ermittelt:

Oberlandesgerichte:	tatsächlicher Einsatz
Generalstaatsanwaltschaften:	Personalbedarf an Staatsanwälten (Summe der Abschnitte A und B) geteilt durch 4
Landgerichte:	Personalbedarf für den richterlichen Dienst (Summe der Abschnitte A bis C) geteilt durch 3,5
Staatsanwaltschaften:	Personalbedarf für den staatsanwaltlichen Dienst und den amtsanwaltlichen Dienst (jeweils Summe der Abschnitte A und B) geteilt durch 4
Amtsgerichte:	Personalbedarf für den richterlichen und den gehobenen Justizdienst (ohne Abschnitte: "Ausbildung") geteilt durch 3,9.

I.

Auf der Grundlage dieses Systems ergibt sich folgender Personalbedarf im einfachen Justizdienst bei den

Oberlandesgerichten	97,10
Landgerichten	484,53
Amtsgerichten	1.211,24
Generalstaatsanwaltschaften	27,57
Staatsanwaltschaften	<u>323,10</u>
	2.143,54

Zuschläge

Ausfallzeiten (4 %)	85,74
Schwerbehinderte (165)	<u>16,50</u>
Personalbedarf insgesamt	<u>2.245,78</u> =====

II.

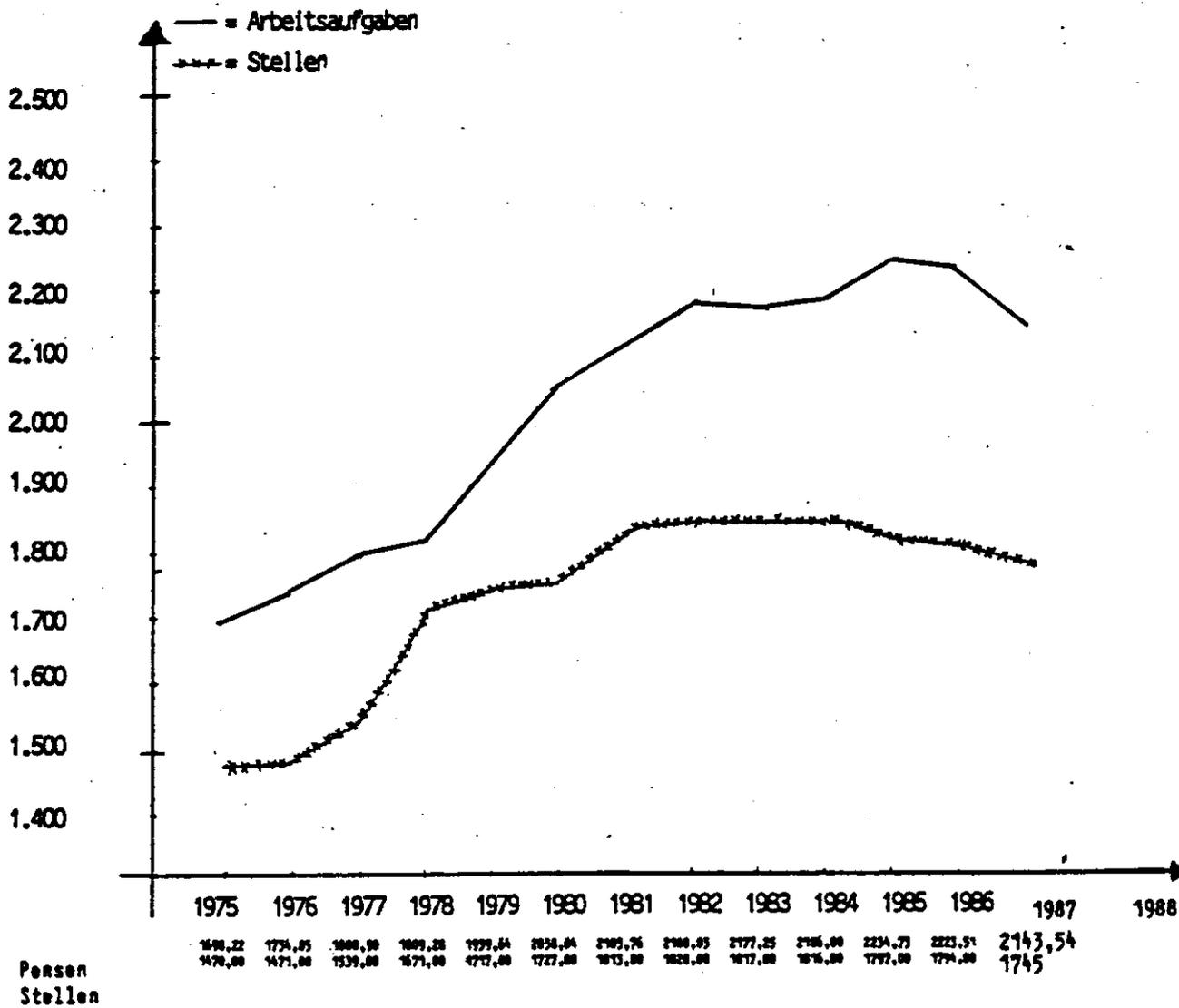
Stellen im Haushalt 1988 *	1.733
Stellen im Haushaltsentwurf 1989 *	
(ohne kw-Stellen gemäß § 42 LPVG)	1.749

III.

Stellenfehlbestand nach dem Haushalt 1988	508,78
Stellenfehlbestand nach dem Haushaltsentwurf 1989	496,78

(* nur Justizwachtmeisterdienst, Aushelfer und Boten)

Ein Bild von der Entwicklung des Personalbedarfs (I.) und des Personalbestandes (II.) seit 1975 vermittelt die nachfolgende Grafik:



MMV 10 / 1727

III.

Justizvollzugseinrichtungen

(Kapitel 04 050)

Die Bemühungen, auch für den Bereich des Strafvollzuges die Arbeitsaufgaben in den verschiedenen Vollzugssparten festzulegen und zu bewerten, werden fortgesetzt.

A.

Die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung hat bislang ein bundeseinheitliches System für die Ermittlung des Personalbedarfs im Strafvollzug nicht entwickelt. Auf die Forderung der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags NRW, dennoch für den Strafvollzug die Arbeitsaufgaben in den verschiedenen Vollzugsbereichen zu quantifizieren, sind auf Landesebene in enger Zusammenarbeit mit den Justizvollzugsämtern und unter Berücksichtigung der Zielvorgaben des Strafvollzugsgesetzes die nachfolgenden Schlüsselzahlen für die einzelnen Sparten - ohne allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst - erarbeitet worden:

1. Justizvollzugsanstalten

a)

höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst

aa)

Anstalten des Erwachsenenvollzuges

Belegungsfähigkeit bis	200 Plätze	1 Beamter
Belegungsfähigkeit über	200 Plätze	2 Beamte
Belegungsfähigkeit über	400 Plätze	3 Beamte
Belegungsfähigkeit über	600 Plätze	4 Beamte
Belegungsfähigkeit über	800 Plätze	5 Beamte
Belegungsfähigkeit über	1000 Plätze	6 Beamte

bb)

Jugendstrafanstalten

Belegungsfähigkeit bis	150 Plätze	1 Beamter
Belegungsfähigkeit über	150 Plätze	2 Beamte
Belegungsfähigkeit über	300 Plätze	3 Beamte
Belegungsfähigkeit über	450 Plätze	4 Beamte
Belegungsfähigkeit über	600 Plätze	5 Beamte
Belegungsfähigkeit über	750 Plätze	6 Beamte

b)

Geistliche

je 250 Gefangene

1 Geistlicher beider großen
Konfessionen (ohne Außen-
stellen der Justizvollzugs-
anstalt Bielefeld-Senne)

c)

Ärzte

je 300 Gefangene

1 Arzt

d)

Psychologen

aa)

Untersuchungshaft an

Erwachsenen je 200 Gefangene

1 Psychologe

Jugendlichen je 50 Gefangene

1 Psychologe

bb)

Verbüßungsanstalten

je 75 Gefangene

1 Psychologe

cc)

Jugendstrafanstalten

je 75 Gefangene

1 Psychologe

MMV 10 / 1727

e)

Pädagogen

aa)

Untersuchungshaft an

Erwachsenen je 200 Gefangene

1 Pädagoge

Jugendlichen je 30 Gefangene

1 Pädagoge

bb)

Verbüßungsanstalten

je 125 Gefangene

1 Pädagoge

cc)

Jugendstrafanstalten

je 30 Gefangene

1 Pädagoge

f)

Sozialarbeiter

aa)

Untersuchungshaft an

Erwachsenen je 75 Gefangene

1 Sozialarbeiter

Jugendlichen je 40 Gefangene

1 Sozialarbeiter

bb)

Verbüßungsanstalten

je 60 Gefangene

1 Sozialarbeiter

cc)

Jugendstrafanstalten

je 40 Gefangene

1 Sozialarbeiter

g)

gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst

je 60 Gefangene

1 Beamter

h)

mittlerer Verwaltungsdienst (ohne

Schreib- und Fernsprehdienst):

je 30 Gefangene

1 Beamter o. Angestellter

2. Jugendarrestanstalten

gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst

je 50 Arrestanten 1 Beamter

gehobener Sozialdienst

je 50 Arrestanten 1 Sozialarbeiter

mittlerer Verwaltungsdienst

je 50 Arrestanten 1 Beamter

Diesen Schlüsselzahlen kommt nur die Bedeutung von groben Richtwerten zu. Dies gilt vornehmlich für die besonderen Fachrichtungen, da der Zeitaufwand bei der Behandlung von Inhaftierten nicht meßbar ist.

3. Justizvollzugsämter

Nach dem Ergebnis der vom Landesrechnungshof NRW veranlaßten Organisationsprüfung durch eine Kommission des Justizministeriums besteht folgender Stellenbedarf:

höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst	25 Beamte
Psychologen	2 Psychologen
Pädagogen	2 Beamte
gehobener Sozialdienst	2 Sozialarbeiter
gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst	25 Beamte
mittlerer Verwaltungsdienst (einschließlich Schreib- und Fernsprechdienst)	43 Beamte oder Angestellte
einfacher Dienst	18 Beamte oder Angestellte

B.

Personalbedarf im allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst

1.

Im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst hängen die Kriterien für den Personalbedarf nicht nur von der Art des Vollzuges und der Aufgabenstellung der einzelnen Anstalt ab (Untersuchungshaft - Strafhafte, geschlossener Vollzug - offener Vollzug, Jugendvollzug - Erwachsenenvollzug, Männervollzug - Frauenvollzug, Sozialtherapie, Justizvollzugskrankenhaus), vielmehr sind als weitere Variablen die Organisation des Anstaltsbetriebes und die baulichen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Diese maßgebenden Kriterien sind von Einrichtung zu Einrichtung derart verschieden, daß nach übereinstimmender Auffassung aller Landesjustizverwaltungen ein einheitliches Berechnungsschema ausscheidet, zumindest aber ohne verbindliche Aussagekraft bleiben müßte.

2.

Um dennoch den Bedarf im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst aufgabengerecht ermitteln zu können, haben die für die Bewirtschaftung der Stellen zuständigen Präsidenten der Justizvollzugsämter unter Anlegung eines strengen Maßstabes geprüft, welche Dienstposten in der jeweiligen Justizvollzugsanstalt ihres Geschäftsbereichs zum Zeitpunkt der Überprüfung notwendig sowie mit wievielen Bediensteten und zu welchen Zeiten diese Dienstposten jeweils zu besetzen sind. Der Personalbedarf wurde sodann ermittelt, indem die Gesamtzahl der Dienststunden aus der Summe aller Dienstposten durch die Netto-Normal-Arbeitszeit dividiert wurde. Dabei wurden die "Feststellungen zur jährlichen Arbeitszeit in der Landesverwaltung" des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen vom 5. Mai 1983 (vgl. Vorlagen 9/1293 und 9/1294) zugrundegelegt, wonach die durchschnittliche Zahl der Jahresarbeitstage 206 (= 1.648 Dienststunden) beträgt. Auf der Grundlage dieses Systems ergibt sich folgender Personalbedarf im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst bei den

	allgemeiner Vollzugsdienst	Werkdienst
Justizvollzugs- anstalten	5.557	418
Jugendarrestan- stalten	108	2
Summe	5.665	420

Die zuvor angegebene Jahresarbeitsstundenleistung des einzelnen Bediensteten in Höhe von 1.648 Stunden wird - auch nach den Erkenntnissen des Landesrechnungshofes - im Strafvollzugsdienst allerdings nicht erreicht. Die Bediensteten haben ihren Dienst regelmäßig zu ungünstigen Zeiten (an Wochenenden ebenso wie an Feiertagen und im Schichtdienst) zu versehen und sind während des Dienstes besonderen Belastungssituationen ausgesetzt. Nach den Feststellungen des Landesrechnungshofs (a.a.O. Seite 17) weisen sie eine über dem Gesamtdurchschnitt von 11,1 Tagen liegende Krankheitsbelastung mit jeweils 13,2 Krankheitstagen aus. Hinzu kommt, daß nach 1981 - dem Erhebungszeitraum - der Erholungsurlaubsanspruch ausgeweitet sowie Zusatzurlaub für Schichtdienstleistende und ab 1987 zwei Tage Arbeitszeitverkürzung für alle Kräfte gewährt wurden.

Nach alledem ergab sich bisher folgende Berechnung der durchschnittlichen Zahl der Jahresarbeitstage für den allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst:

Jahrestage 365

abzüglich:

MMV 10 / 1727

Samstage/Sonntage 104

Feier-/Festtage 11

Ausfalltage 51,5

Jahres-Arbeitstage 198,5 = 1.588 Jahres-Arbeitsstunden

An dieser Berechnung kann aufgrund des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst 1988 nicht mehr festgehalten werden.

Ab dem 1.4.1989 verringert sich die wöchentliche Arbeitszeit um 1 Stunde. Die Jahresarbeitsstundenleistung ist dementsprechend um 39 Wochenstunden (1.4. - 31.12.1989) auf nunmehr 1.549 Stunden zu reduzieren.

Hiernach errechnet sich für die Justizvollzugsanstalten und Jugendarrestanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen folgender

	allgemeiner Vollzugsdienst	Werkdienst
Personalbedarf (=Stellenbedarf)	6.027	447
<u>Stellen-Ist</u> im Haushalt 1988 (ohne kw-Stellen gem. § 42 LPVG)	5.721	364

Stellen-Soll

im Haushaltsentwurf 1989
(ohne kw-Stellen gem. § 42
LPVG)

5.791 364

Stellenfehlbestand

nach dem Haushalt 1988

151 72

Stellenfehlbestand

nach dem Haushaltsentwurf

1989 236 83

C.

Das Verhältnis von Gefangenenzahlen und Bedienstetenzahlen stellt sich derzeit wie folgt dar:

Jahr	Gefangene	Bedienstete
1975	15.062	5.810
1976	14.602	5.644
1977	14.947	6.161
1978	15.045	6.830
1979	15.067	6.891
1980	15.584	7.261
1981	15.985	7.590
1982	16.915	7.897
1983	17.308	7.785
1984	17.106	7.849
1985	16.250	7.856
1986	15.015	8.006
1987	14.174	7.942*

* weniger durch Umsetzung der Plan- und Hilfsstellen (52) der Justizvollzugsschule NRW in das Kapitel 04 060 (Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justizverwaltung)

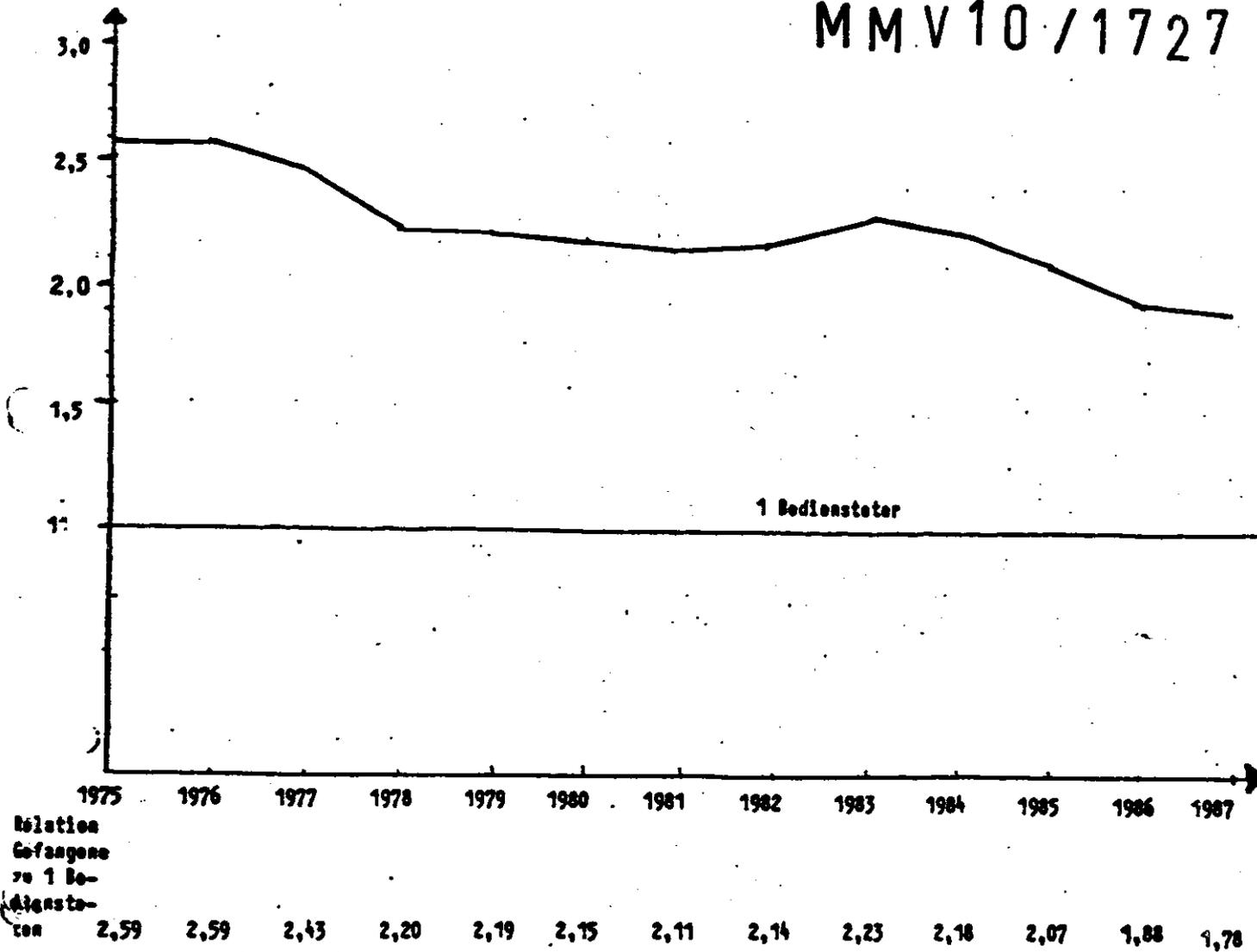
Durch die Einrichtung zusätzlicher Stellen in den Jahren ab 1977 hat der Haushaltsgesetzgeber den gesetzlichen Anforderungen des am 1.1.1977 in Kraft getretenen Strafvollzugsgesetzes Rechnung getragen und die Stellen bewilligt, die zur Erfüllung der durch das Strafvollzugsgesetz vorgeschriebenen Aufgaben erforderlich sind.

Die vorhandenen Stellen werden weiterhin dringend benötigt.

Die Sicherheitslage hat sich im geschlossenen Strafvollzug in den letzten Jahren deutlich verschärft. Das ist nicht zuletzt auf eine Verschlechterung des Gefangenenpotentials in den geschlossenen Anstalten zurückzuführen. Durch die Erweiterung des offenen Vollzugs werden alle Gefangenen, die für diese Vollzugsart geeignet sind, in Einrichtungen des offenen Vollzugs verlegt. In den geschlossenen Anstalten verbleiben im wesentlichen nur solche Gefangene, die weder für den offenen Vollzug noch für sonstige Vollzugslockerungen geeignet sind. Das sind in der Regel Gefangene mit hohen Freiheitsstrafen oder Gefangene, die den Problemtätergruppen (Sittlichkeitsräter, Gewalttäter, Betäubungsmittelräter) angehören. Unter Sicherheitsgesichtspunkten ist das im geschlossenen Vollzug tätige Personal des allgemeinen Vollzugsdienstes (und des Werkheitsgesichtspunkten nur schwerlich zu verantworten.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich die Entwicklung der Relation zwischen den Gefangenen- und den Bedienstetenzahlen, die sich aus nachstehender Grafik ergibt:

MM.V 10 / 1727



Entfielen im Jahr 1975 noch 2,59 Gefangene auf einen Bediensteten, betrug das Verhältnis Gefangene zu Bediensteten im Jahr 1987 1 : 1,78.

IV.

Fachhochschule für Rechtspflege Bad Münstereifel
(Kapitel 04 060)

A.

Der Lehrbetrieb regelt sich für das Studienjahr 1988/1989 erstmals nach der zur Genehmigung vorliegenden Studienordnung.

I.

Den Planungen für das Studienjahr 1988/1989 liegt die Erteilung von 10.776 Unterrichtsstunden durch Richter und Beamte des höheren Dienstes sowie von 5.422 Stunden durch Beamte des gehobenen Dienstes in den Fachbereichen Rechtspflege, Konsulatssekretärdienst und Strafvollzug zugrunde. Diese Stunden verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Studienabschnitte:

a) höherer Dienst

Fachbereich Rechtspflege

Studium I

6 Gruppen x 693 Stunden 4.158 Stunden

Studium II

6 Gruppen x 300 Stunden 1.800 Stunden

Seminarstunden 54 Stunden

abzgl. durch gehobenen Dienst gelehrte
Wirtschaftskunde 60 Stunden

Studium III

6 Gruppen x 92 Stunden 552 Stunden

Kontaktstudienwoche -90 Stunden

Übungen und Leistungstests

168 Stunden

<u>Konsulatssekretärdienst</u>	3.602 Stunden
<u>Fachbereich Strafvollzug</u>	<u>412 Stunden</u>
<u>Summe</u>	<u>10.776 Stunden</u>
dividiert durch 702*) Unterrichtsstunden:	15,35 Kräfte
zuzüglich	
Krankheitsausfälle u. Tagungsteilnahme	0,35 Kräfte
Fachkoordination	0,33 Kräfte
Forschungsaufgaben	0,50 Kräfte
Verwaltung	1,50 Kräfte
Sonstiges	<u>0,17 Kräfte</u>
Insgesamt	18.20 Kräfte
=====	=====

b)

gehobener DienstFachbereich Rechtspflege

Studium I	
6 Gruppen x 433 Stunden	2.598 Stunden
Studium II	
6 Gruppen x 261 Stunden	1.566 Stunden
Seminarstunden	54 Stunden
Wirtschaftskunde	60 Stunden
Studium III	
6 Gruppen x 147 Stunden	882 Stunden
Kontaktstudienwoche	90 Stunden
Übungen und Leistungsteils	98 Stunden

Fachbereich Strafvollzug74 StundenSumme5.422 Stunden

dividiert durch 702*) Unterrichtsstunden
zuzüglich

7,72 Kräfte

Krankheitsausfälle und Tagungsteilnahme

0,64 Kräfte

Forschungsaufgaben

0,30 Kräfte

Insgesamt

8,70 Kräfte

=====

=====

Fußnote *:

Bei der Ermittlung des Kräftebedarfs werden 39 Unterrichtswochen im Jahr mit 18 Unterrichtsstunden wöchentlich je Lehrkraft zugrundegelegt (= 702 Unterrichtsstunden pro Jahr).

2.

Die Aufteilung der für das Studienjahr 1988/1989 vorgesehenen Studienabschnitte stellt sich wie folgt dar:

Fachbereich Rechtspflege:

- Studium I (1.9.1988 - 30. 6.1989) mit 6 Gruppen
- Studium III (1.5.1989 - 31. 7.1989) mit 6 Gruppen
- Studium II (1.8.1989 - 31.12.1989) mit 6 Gruppen
- Studium I (1.9.1989 - 30. 6.1990) mit 6 Gruppen.

Fachbereich Strafvollzug:

- Studium I (1.9.1988 - 30. 6.1989) mit 2 Gruppen
- Studium II (1.8.1989 - 31.12.1989) mit 2 Gruppen
- Studium III (1.5.1989 - 31. 7.1989) mit 2 Gruppen

3.

Dementsprechend erfolgt die Erteilung des Unterrichts an der Fachhochschule für Rechtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen

- für den Fachbereich Rechtspflege - einschließlich Konsulatssekretärdienst - durch 18 Dozenten (davon 12 zur Dienstleistung an die Fachhochschule abgeordnet) des höheren und 9 Dozenten des gehobenen Dienstes und
- für den Fachbereich Strafvollzug durch 3 Dozenten (davon 1 zur Dienstleistung an die Fachhochschule abgeordnet) des höheren und 2 Dozenten des gehobenen Dienstes (davon 1 zur Dienstleistung an die Fachhochschule abgeordnet).

B.

Das Verwaltungspersonal besteht aus

1.

dem Leiter des Verwaltungsbereichs BesGr. A 13 (geh. D.),

2.

Mitarbeitern, nämlich

- 2.1 1 Mitarbeiter BesGr. A 9 (m. D.)
mit Amtszulage
- 2.2 2 Mitarbeitern BesGr. A 9 (m. D.)
- 2.3 2 Mitarbeitern BesGr. A 8,

MMV10/1727

3.
dem Schreibdienst (einschließlich
Vorzimmer- und Fernsprehdienst),
und zwar

3.1 1 Kraft

IV b BAT

3.2 2 Kräfte

VII/VIII BAT,

4.
den Arbeitern, nämlich

4.1 1 Haus- und Maschinenmeister

VI b/VII BAT

4.2 3 Hausmeistern

IV/V MTL II

4.3 1 Gärtner

IV/V MTL II

sowie

5. 9 Kräften des Reinigungsdienstes

II MTL II.

V.

Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit

(Kapitel 04 070)

A.

Die Konferenz der Justizminister und -senatoren hat auf ihrer Sitzung vom 15./16.6.1976 die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung und den Ausschuß für Justizstatistik beauftragt, ein einheitliches Bewertungssystem für eine Personalbedarfsberechnung im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu entwickeln.

Inzwischen liegen die Voraussetzungen für eine einheitliche statistische Erfassung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren vor. Das neu entwickelte System der statistischen Erfassung wird von allen Bundesländern angewendet. Danach sind zur Ermittlung des - für die Aufstellung sachgerechter und inhaltlich zutreffender Bewertungszahlen - unumgänglichen Vergleichs des Geschäftsanfalls mit dem tatsächlichen Kräfteinsatz Personalübersichten für den Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach bundeseinheitlichen Kriterien (wie sie in der ordentlichen Gerichtsbarkeit seit 1976 üblich sind) eingeführt worden. Für Nordrhein-Westfalen ist angeordnet worden, ab 1985 den tatsächlichen Kräfteinsatz in der Verwaltungsgerichtsbarkeit - getrennt für die einzelnen Quartale - festzustellen.

Die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung hat in ihrer (letzten) Sitzung vom 12. - 14.1.1988 einen Unterausschuß eingesetzt. Dieser wird prüfen, ob auf der Grundlage der bisherigen Erkenntnisse, der Zählkartenerhebung (VwG-Statistik) und der Personalübersichten (PÜ) ein für alle Länder geeignetes System der Personalbedarfsberechnung für den richterlichen Dienst der Verwaltungsgerichtsbarkeit gefunden werden kann.

Der Unterausschuß wird dabei von nachstehenden, im Entwurf einer Personalbedarfsberechnung für den richterlichen Dienst der Verwaltungsgerichtsbarkeit festgelegten Grundsätzen ausgehen:

"Bewertungszahlen für den Personalbedarf sind Durchschnittswerte, die durch eine Auswertung der Geschäftszahlen aller Bundesländer in enger Zusammenarbeit mit der Praxis entwickelt worden sind. Sie dienen in erster Linie der Ermittlung des Personalbedarfs im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung und daneben der koordinierten Auswertung der Geschäftszahlen des einzelnen Gerichts als Anhalt für die gleichmäßige Personal- und Stellenverteilung. Sie sind nicht geeignet, die zumutbare Arbeitsbelastung des einzelnen Richters zu bestimmen. Örtlichen Besonderheiten (Struktur des Gerichtsbezirks, Verfahrensstruktur, personellen Verhältnissen) können die Bewertungszahlen nicht Rechnung tragen."

Mit diesem Entwurf von Grundsätzen sind - ebenfalls im Entwurf - folgende, im einzelnen bereits in Brandbreiten angegebene Bewertungszahlen fixiert worden:

I.

Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Bewertungszahl
A. <u>Richterliche Geschäfte</u>		
1	Normenkontrollverfahren, Berufungen, Flurbereinigungsverfahren, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen, Beschwerden in Disziplinarverfahren (ohne Verfahren nach Nrn. 4 - 6)	50-60
2	Anträge nach §§ 80 Abs. 5 und 123 VwGO sowie Beschwerden nach diesen Vorschriften (ohne Verfahren nach Nrn.4-6)	60-80
3	Sonstige Anträge und Beschwerden	110-30
4	Großverfahren	tats. Einsatz
5	Numerus-clausus-Sachen	
	a) Berufungen	500-600
	b) Anträge nach §§ 80 Abs. 5 und 123 VwGO sowie Beschwerden nach diesen Vorschriften	600-800
	c) Sonstige Anträge und Beschwerden	1100-1300
6	Asylsachen	tats. Einsatz
B. <u>Verwaltung</u>		
	Verwaltungstätigkeit	tats. Einsatz
C. <u>Ausbildung</u>		
1	Referendararbeitsgemeinschaften	tats. Freistellung
2	Einführungslehrgänge	tats. Freistellung
3	Stationsausbildung	0,1 je 12 Monate Referendarzeit

II.

Verwaltungsgerichte

lfd. Bezeichnung Bewertungszahl
Nr. der Geschäfte

A. Richterliche Geschäfte

1	Klagen, Personalvertretungs- sachen, Disziplinarverfahren und berufsgerichtliche Verfah- ren (ohne Verfahren nach Nrn. 4 - 6)	100-140
2	Anträge nach §§ 80 Abs. 5 und 123 VwGO (ohne Verfahren nach Nrn. 4 - 6)	120-160
3	Sonstige Verfahren	200-250
4	Großverfahren	tats. Einsatz
5	Numerus-clausus-Sachen a) Klagen	1000-1400
	b) Anträge nach §§ 80 Abs. 5 und 123 VwGO	2000-2500
6	Asylsachen	tats. Einsatz

B. Verwaltung

1	Für alle Angehörigen der Behörde	0,005
2	Für alle Richter der Behörde	0,01
3	Pressestelle	tats. Einsatz

C. Ausbildung

1	Referendararbeitsgemeinschaften	tats. Freistellung
2	Einführungslehrgänge	tats. Freistellung
3	Stationsausbildung	0,1 je 12 Monate Referendarzeit

B.

Da es für die Verwaltungsgerichtsbarkeit mithin noch keine Personalbedarfsberechnung mit festgelegten Bewertungszahlen für die einzelnen Arbeitsaufgaben gibt, wird der Personalbedarf in NRW bis auf weiteres anhand der bundesweit durchgeführten statistischen Erhebungen über die Zahl der Eingänge, der Erledigungen und der noch anhängigen Sachen errechnet. Dabei werden jährlich die jeweils auf einen Richter entfallenden Eingänge und Erledigungen für jedes einzelne Bundesland ermittelt und der Personalbedarf aufgrund der so gewonnenen vergleichenden Übersichten festgestellt. Die durchschnittliche Erledigungsziffer für das gesamte Bundesgebiet je Richter wird als Bewertungszahl für ein Jahrespensum unterstellt.

1.

Im Jahre 1986 betrug die so ermittelte bundesdurchschnittliche Erledigungszahl bei den Oberverwaltungsgerichten/ Verwaltungsgesichtshöfen rd. 79 und bei den Verwaltungsgerichten rd. 133 Erledigungen. Daraus errechnet sich der Personalbedarf für das Oberverwaltungsgericht und die Verwaltungsgerichte in Nordrhein-Westfalen wie folgt:

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987, <u>davon</u> (Asylsachen)	Bewertungszahl 2)	Personalbedarf, <u>davon</u> (Asylsachen)
1	Eingänge bei dem Oberverwaltungsgericht	8.565 1) (2.453)	79	108,42 (31,05)
2	Eingänge bei den Verwaltungsgerichten	50.962 1) (12.881)	133	383,17 (96,85)
				----- 491,59 (127,90)

Fußnoten:

1) numerus-clausus-Sachen mit 1/10 in Ansatz gebracht

2) Bundesdurchschnitt 1986 (aktuellere Zahlen liegen noch nicht vor)

Zusätzlicher Bedarf an Richtern, die während der Probezeit an Kommunalverwaltungen, an das Obergericht zur Erprobung sowie an andere Stellen (z. B. Bundesverwaltungsgericht, Bundesjustizministerium) abgeordnet werden:

10,00

Personalbedarf insgesamt:

501,59
=====

2.

Dem stehen gegenüber

Stellen im Haushalt 1988

421

Stellen im Haushaltsentwurf 1989

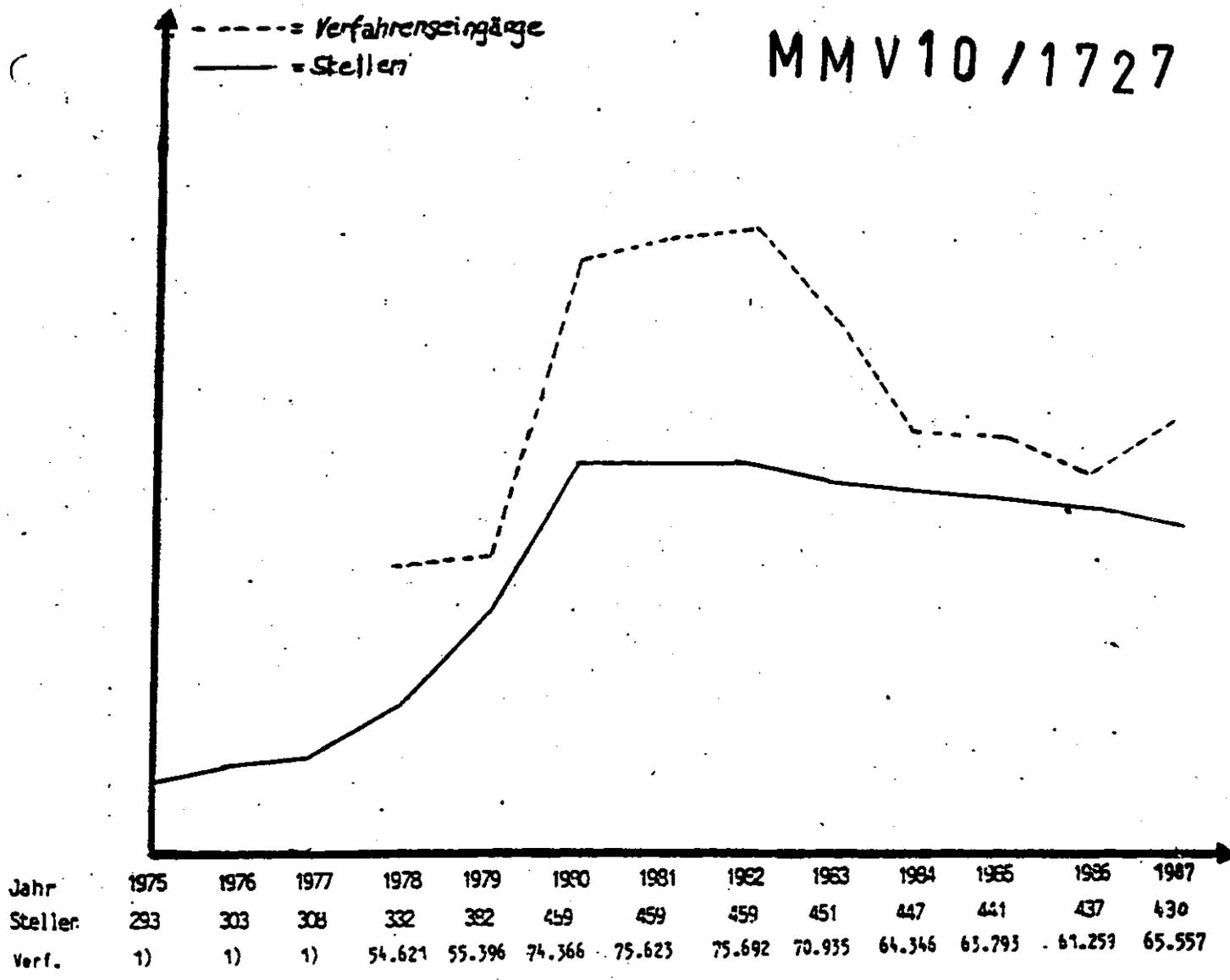
424.

Hinweis:

Stellen ohne Besoldungsaufwand sowie Stellen für freigestellte Personalratsmitglieder sind nicht mitgezählt.

Das Verhältnis zwischen Verfahrenseingängen und Stellenbestand ergibt vor diesem Hintergrund seit 1975 folgendes Bild:

MMV 10/1727



1) Für die Jahre 1975 bis 1977 ist von der Angabe der Verfahrenseingänge wegen uneinheitlicher Erfassung abgesehen worden.

C.

Der Stellenbedarf im gehobenen Dienst, mittleren und Kanzleidienst sowie im einfachen Dienst der Verwaltungsgerichtsbarkeit richtet sich nach dem tatsächlichen Kräfteinsatz. Eine Personalbedarfsberechnung nach festen Schlüsselzahlen ist demnächst ebenfalls vorgesehen.

MMV10/1727

VI.

Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster

(Kapitel 04 080)

A.

Der Personalbedarf wird in gleicher Weise wie bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit ermittelt. Auf die diesbezüglichen Ausführungen (Teil C Abschn. V) wird Bezug genommen.

Auch für die Finanzgerichtsbarkeit sind die Vorarbeiten für die Entwicklung eines bundeseinheitlichen Berechnungssystems aufgenommen und zuletzt im November 1979 von der Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung beraten worden.

Nach Auffassung der Kommission ist es noch nicht möglich, auch nur einen Rahmen für Merkmale zur Berechnung des Personalbedarfs in der Finanzgerichtsbarkeit zu bestimmen. Die außerordentlich unterschiedliche Zahl von Eingängen und Erledigungen je Richter, Land und Jahr läßt es geraten erscheinen, zunächst die Ergebnisse einer bundeseinheitlichen Statistik über einen längeren Zeitraum abzuwarten.

Die großen Unterschiede beruhen u.a. darauf, daß die Arbeitsweise der Finanzämter in den Ländern sehr verschieden ist (z.B. durch Einrichtung besonderer Rechtsbehelfsstellen) und daß die Finanzgerichte sehr unterschiedlich mit Beamten des gehobenen Dienstes ausgestattet sind. In den letzten Jahren hat außerdem die Zahl der Erledigungen ohne richterliche Sachentscheidung ständig zugenommen, dies aber wiederum ebenfalls nicht gleichmäßig in allen Bundesländern. Die tatsächlich von Richtern in solchen Verfahren geleistete Arbeit ist ebenfalls von der unterschiedlichen Arbeitsweise der Finanzämter mitbestimmt.

Dies erklärt, daß sich in den meisten Bundesländern die Zahl der Erledigungen je Richter in den letzten 6 bis 8 Jahren fast verdoppelt hat, die Zahl der Urteile je Richter im gleichen Zeitraum dagegen nur geringfügig gestiegen ist. Die Kommission sieht zur

Zeit keine Möglichkeit, die Verfahren mit geringerem richterlichen Arbeitseinsatz nach statistischen Merkmalen zu erfassen.

Die beobachteten Unterschiede gleichen sich auch nicht aus, weil sich angesichts der verhältnismäßig niedrigen Zahl der Verfahren das statistische "Gesetz der großen Zahl" nicht auswirken kann. Deswegen bietet sich zur Zeit kein Ansatzpunkt für die Ermittlung von Durchschnittswerten.

Die Kommission hat den Ausschuß für Justizstatistik gebeten, die Klagen, die Verfahren nach § 69 Abs. 2 FGO, die Verfahren nach § 114 FGO und die sonstigen Verfahren künftig einheitlich und jeweils voneinander getrennt schon bei den Eingängen zu erfassen. Wichtig erschien der Kommission zusätzlich die besondere Erfassung der Zollsachen bei den Erledigungen.

Die neue Finanzgerichts-Statistik ist seit 1986 in allen Bundesländern (außer Bayern) eingeführt. Seit dem 1.1.1985 wird in der Mehrzahl der Bundesländer auch der tatsächliche Einsatz von Richterkräften nach bundeseinheitlich geltenden Personalübersichten erfaßt. Nach Sammlung und Auswertung der nach einheitlichen Richtlinien über einen längeren Zeitraum erhobenen Daten soll erneut geprüft werden, ob - entsprechend der Personalbedarfsberechnung für die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Staatsanwaltschaften - auch für die Finanzgerichtsbarkeit bundeseinheitliche Grundsätze einer Personalbedarfsberechnung gefunden werden können.

B.

Die bundesdurchschnittliche Erledigungszahl für Klagen und in Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz betrug im Jahre 1986 rd. 118 je Richter.

1.

Unter Zugrundelegung dieser Erledigungszahl ergibt sich für die Finanzgerichtsbarkeit des Landes Nordrhein-Westfalen folgender Personalbedarf:

Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1987	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
Klagen, sonstige Rechtsbehelfe, Anträge	22.072	118 1)	187,05

1) Bundesdurchschnitt 1986 (aktuellere Zahlen liegen noch nicht vor)

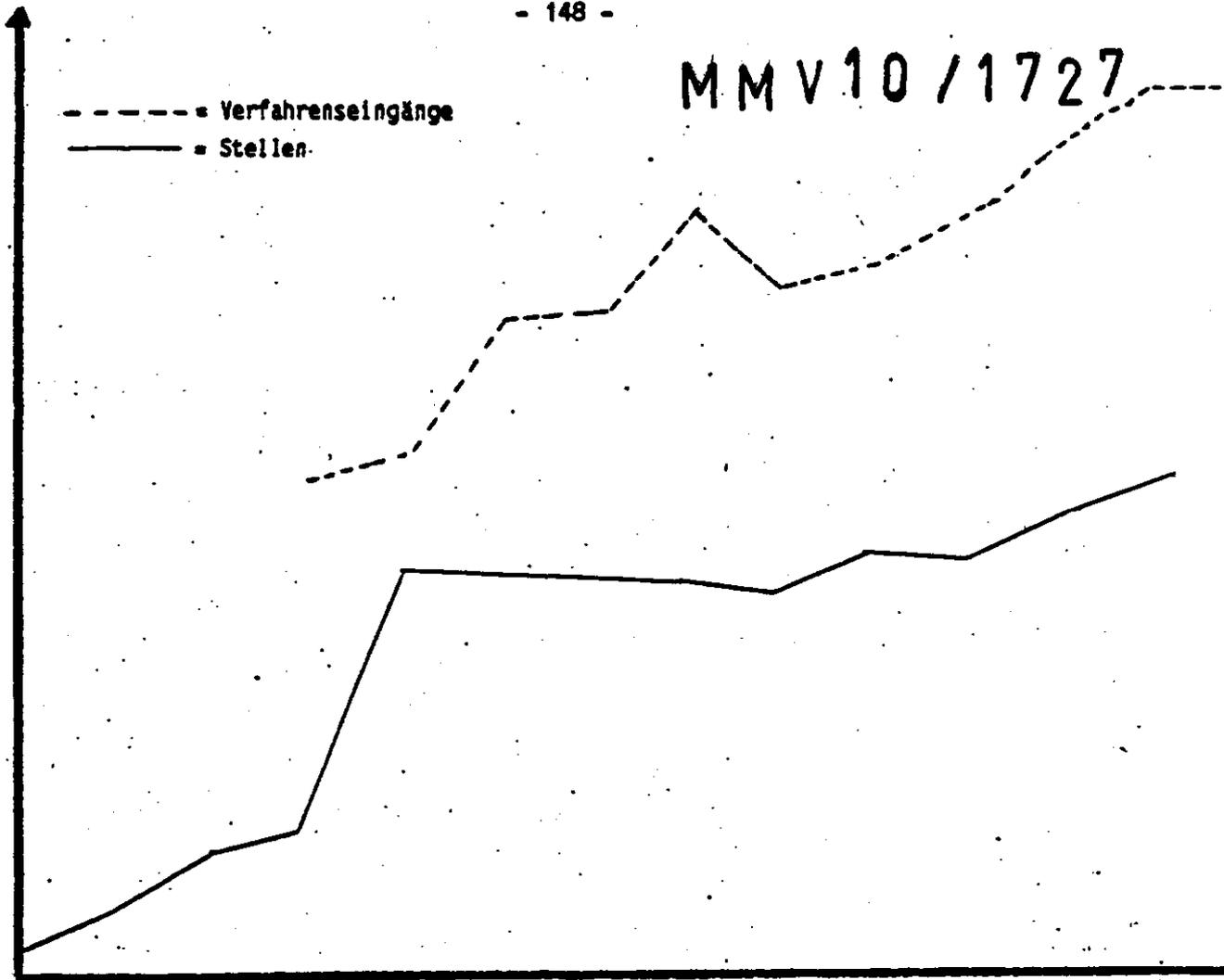
2.

Stellen im Haushalt 1988 174

Stellen im Haushaltsentwurf 1989 174

In der Grafik stellt sich das Verhältnis zwischen Verfahrenseingängen und Stellenbestand im richterlichen Dienst der Finanzgerichtsbarkeit NRW seit 1975 wie folgt dar:

MMV 10 / 1727



Jahr	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Stel.	84	92	101	105	146	145	146	146	145	152	152	155	158
Verf.	1)	1)	1)	16.045	16.490	18.616	18.710	20.414	19.307 ²⁾	19.679	20.529	22.035	22.072

- 1) Für die Jahre 1975 bis 1977 ist von der Angabe der Verfahrenseingänge wegen uneinheitlicher Erfassung abgesehen worden.
- 2) Der numerische Rückgang der Verfahrenseingänge in 1983 beruht auf der Änderung der statistischen Erfassungsgrundlagen nach Einführung der Zählkartenerhebung)

C.

Der Stellenbedarf im gehobenen Dienst, mittleren- und Kanzleidienst sowie im einfachen Dienst in der Finanzgerichtsbarkeit richtet sich nach dem tatsächlichen Kräfteinsatz. Eine Personalbedarfsberechnung nach festen Schlüsselzahlen ist demnächst ebenfalls vorgesehen.

VII.

Reinigungsdienst

Sanitärräume,

Kantinen und Erfrischungsräume,

Unterkunftsgebiete in Vollzugseinrichtungen,

Freizeitarrrest- und Vorfürzellen,

Ausbildungs- und Fortbildungsstätten

- jedoch ohne Bürobereiche -,

Ausbildungs- und Unterrichtsräume

(z.B. von Lehrkanzleien),

Papierkörbe und Aschenbecher, die täglich entleert werden müssen.

Über weitere Ausnahmen von dem Grundsatz der Zwei-Tage-Reinigung kann der Leiter der hausverwaltenden Dienststelle nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse und unter Beachtung des Grundsatzes der Sparsamkeit (§ 7 LHO) befinden.

1.

Grundlage der Personalbedarfsberechnung

Der Personalbedarf im Reinigungsdienst errechnet sich nach der Anlage 5 zu den Haushaltstechnischen Richtlinien des Landes Nordrhein-Westfalen (HRL-NW).

Für die Justiz hat der Finanzminister durch Schreiben vom 19.8.1980 einem 15 %-igen Zuschlag für die Aus- und Fortbildungsstätten und mit Schreiben vom 8.7.1985 einer besonderen Vorgabe für die Reinigung der Glas- und Fensterflächen (alle 2 Monate 32 qm/h) zugestimmt.

2.

Grundsatz der 2-Tage-Intervallreinigung

2.1

Durch Prüfungsmitteilung vom 9. Januar 1984 hatte der Landesrechnungshof NRW die bereits früher gegebene Anregung wiederholt, aus Gründen der Sparsamkeit auch bei den Justizbehörden des Landes die Reinigung der Dienstgebäude und -räume allgemein auf ein 2-Tage-Intervall umzustellen. Zugleich wurde die Angelegenheit in den Jahresbericht 1983/84 aufgenommen und an den Ausschuss für Haushaltskontrolle und Rechnungsprüfung herangetragen. Dieser hat sich in seiner Sitzung am 30.11.1984 einstimmig der Auffassung des LRH angeschlossen, daß es notwendig und vertretbar sei, auch bei der Reinigung von Dienstgebäuden der Justiz hauswirtschaftliche Maßstäbe anzulegen.

2.2

Das Justizministerium hat mit Runderlaß vom 14.12.1984 das 2-Tage-Intervall allgemein eingeführt. Davon wurden mit Zustimmung des LRH durch RV vom 1.11.1986 folgende Bereiche ausgenommen:

MMV 10 / 1727

PersB Rein.-dienst JN 1989

1

Berechnung des Personalbedarfs im Reinigungsdienst des Justizministeriums

Stand 1.7.1988	SANITÄRBEREICH (TÄGL. REIN.)	GESCHÄFTSRÄUME 1. TÄGL. REIN. A. HARTBELAG	FLURE, TREPPEN 1. TÄGL. REIN. A. HARTBELAG	PP. BÜDEN, KELLER PP. (ALLE 2 MONATE) A. HARTBELAG	FENSTER (ALLE 2 MONATE)
SUMME	342,00	424,00	244,00	688,00	
		B. TEXTILBELAG	B. TEXTILBELAG	B. TEXTILBELAG	
SUMME		2. 2-TÄG. REIN. A. HARTBELAG	2. 2-TÄG. REIN. A. HARTBELAG		
SUMME		4.240,00	2.441,00		
		B. TEXTILBELAG	B. TEXTILBELAG		
SUMME	342,00	4.664,00	2.485,00	688,00	
Personalbedarf	0,53	2,65	1,14	0,01	
B. Zuwachs an Rein.-fläche in 1988	kein Zuwachs				
C. Zuwachs an Rein.-fläche in 1989	kein Zuwachs				
Summe 1989	342,00	4.664,00			
Personalbedarf	0,53	2,65	1,14	0,01	
Personalbedarf Rein.-kräfte :		4,33			
dez. 15 % Zuschlag für Urlaubs- und Krankheitsvertretungen pp:		0,65			
ergibt Gesamtbedarf :		4,98			
Stellen lt. Haushalt :		6,00			
+/-		1,02-			

HHV 1988 PersBed.ReinDi.04040

Personalbedarf Reinigungsdienst ord.Gerichte u. Staatsanwaltsch. Stand 1.7.1988	*Sanitär- räume *tägl. *Reinigung	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster (2xScheiben- fläche) alle 2 Mon.
		1. tägl. Rein.	1. tägl. Rein.	alle 2 Mon.	
		A. Hartbel.	A. Hartbel.	A. Hartbel.	

OLG DUSSELDORF	6.591,49	9.293,71	27.318,81	59.424,88	1.666,05
OLG HAMM	13.338,71	35.072,95	40.386,87	101.523,16	16.139,27
GSTA HAMM	147,52			802,88	339,72
OLG KÖLN	1.710,23	5.665,80	5.407,35	13.759,32	2.695,08
SUMME	21.787,95	50.032,46	73.113,03	175.510,24	20.840,12
		B. Textilb.	B. Textilb.	B. Textilb.	
OLG DUSSELDORF		1.021,52	5.515,98	53,79	
OLG HAMM		15.147,79	6.636,18		
GSTA HAMM					
OLG KÖLN		486,32	575,00		
SUMME		16.655,63	12.727,16	53,79	
		2. 2-täg.	2. 2-täg.		
		A. Hartbel.	A. Hartbel.		
OLG DUSSELDORF		83.905,04	39.995,30		
OLG HAMM		143.933,46	83.014,90		
GSTA HAMM		1.169,96	657,45		
OLG KÖLN		18.282,32	9.578,50		
SUMME		247.290,78	133.246,15		
		B. Textilb.	B. Textilb.		
OLG DUSSELDORF		14.274,95	4.976,58		
OLG HAMM		24.933,92	4.028,24		
GSTA HAMM		1.278,48	342,20		
OLG KÖLN		11.239,85	2.148,10		
SUMME	21.787,95	51.727,20	11.495,12	175.564,03	20.840,12
(PERSBEDARF)	34,04	216,35	122,00	2,74	2,04

HHV 1988 PersBed.ReinDi.04040

Personalbedarf Reinigungsdienst* ord.Gerichte u. B. Zuwachs an Reinigungs- fläche 1988	*Sanitär- räume *tägl.	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster (2xScheiben- fläche)
	61,80	1.036,50	776,50	70,00	
OLG DF.	3,20	1.A.tgl.Hart	1.A.tgl.Hart	A.Hartbelag	70,00
OLG H.	65,00	20,50	174,00		
GSTA H.		155,00			
OLG K.					
		175,50	174,00	70,00	
OLG DF.		1.B.tgl.Tex	1.B.tgl.Tex	B.Textilbel.	
OLG H.		68,00	29,00		
GSTA H.					
OLG K.					
		68,00	29,00		
OLG DF.		2.A 2tg.Hart	2.A 2tg.Hart		
OLG H.		46,00	195,50		
GSTA H.		640,00	360,00		
OLG K.					
		686,00	555,50		
OLG DF.		2.B 2tg.Tex	2.B 2tg.Tex		
OLG H.		107,00	18,00		
GSTA H.					
OLG K.					
		107,00	18,00		
Summe 1988	21.849,75	52.763,70	12.271,62	70,00	20.840,12
(PERSBEDARF)	34,14	216,99	122,38	2,74	2,04

HHV 1988 PersBed.ReinDi.04040

Personalbedarf *Sanitär- Reinigungsdienst*räume ord.Gerichte u. *tägl. C. Zuwachs an Reinigungs- fläche 1989	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster (2xScheiben- fläche)
	547,99		4.329,72	559,09-
OLG DF.	340,99	1.005,92-	972,16	559,09-
OLG H.	207,00	498,00	560,00	
GSTA H.				
OLG K.				
		507,92-	1.532,16	559,09-
OLG DF.		1.B.tgl.Tex.	1.B.tgl.Tex.	B.Textilbel.
OLG H.		421,39-	3.729,82	
GSTA H.		218,00	94,00	
OLG KÖLN				
		203,39-	3.823,82	
OLG DF.		2.A.2tg.Hart	2.A.2tg.Hart	
OLG H.		599,88-	1.643,16-	
GSTA H.		2.056,00	1.159,00	
OLG KÖLN				
		1.456,12	484,16-	
OLG DF.		2.B.2tg.Tex.	2.B.2tg.Tex.	
OLG H.		1.489,01	598,10-	
GSTA H.		343,00	56,00	
OLG KÖLN				
Summe 1989 (PersBedarf)	22.397,74 35,00	1.832,01 55.340,52 217,81	542,10- 16.601,34 125,85	489,09- 2,73 20.840,12 2,04
SUMME BEDARF REINIGUNGSDI. DAZU 5 % ZUSCHLAG F. URLAUB UND KRANKHEITSVERTRETUNGEN ERGIBT GESAMTBEDARF		383,43 19,17 402,60		
VORHANDENE STELLEN		435,00		
+/-		32,40-		

HHV 1988 PersBed.ReinD.BewHilf

Personalbedarf Reinigungsdienst Bewährungshilfe	Sanitär- bereich -tgl.Rein.-	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster +2xScheiben- fläche+
		1.tgl.Rein. A. Hartbel.	1.tgl.Rein. A. Hartbel.	alle 2 Mon. A. Hartbelag	alle 2 Mon.
Stand 1.7.1988					
OLG DUSSELDORF	230,67	451,48	151,79	983,65	348,51
OLG HAMM	614,30	307,66	144,67	907,67	1.707,16
GSTA HAMM					
OLG KÖLN	80,18	101,00	102,46	99,06	124,74
SUMME	925,15	860,14	398,92	1.990,38	2.180,41
		B. Textil	B. Textil	B. Textil	
OLG DUSSELDORF					
OLG HAMM		273,50	192,90		
GSTA HAMM					
OLG KÖLN		1.257,15	7,67		
SUMME		1.530,65	200,57		
		2. 2-täg.	2. 2-täg.		
OLG DUSSELDORF		A. Hartbel.	A. Hartbel.		
OLG HAMM		1.495,83	541,47		
GSTA HAMM		5.319,74	1.702,78		
OLG KÖLN					
SUMME		7.000,63	2.305,83		
		B. Textil	B. Textil		
OLG DUSSELDORF		1.297,51	76,85		
OLG HAMM		2.033,39	278,87		
GSTA HAMM					
OLG KÖLN		423,38	32,89		
SUMME		3.754,28	388,61		
(PERSBEDARF)	925,15	13.145,70	3.293,93	1.990,38	2.180,41
	1,45	7,38	1,49	0,03	0,21

HHV 1988 PersBed.ReinD.BewHilf

Personalbedarf Reinigungsdienst Bewährungshilfe B. Zuwachs an Reinigungs- fläche 1988	Sanitär- bereich -tgl.Rein.-	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster *2xScheiben- fläche*
	3,48	117,89	60,31		
OLG DF. OLG H. GSTA H. OLG K.	28,00	47,00	40,00	A.Hartbelag 77,86	
	28,00	47,00	40,00	77,86	
OLG DF. OLG H. GSTA H. OLG K.		30,00		B.Textilbel.	
		30,00			
OLG DF. OLG H. GSTA H. OLG K.		80,00	20,00	Hart.	
		80,00	81,12		
OLG DF. OLG H. GSTA H. OLG K.		171,33	21,99	2-tg. Textil	
		40,00			
Summe 1988 (PERSBEDARF)	953,15 1,49	211,33 13.514,03 7,58	21,99 3.437,04 1,56	2.068,24 0,03	2.180,41 0,21

MMV 10 / 1727

HHV 1988 PersBed.ReinD.BewHilf

Personalbedarf Reinigungsdienst Bewahrungshilfe C. Zuwachs an Reinigungs- fläche 1989	Sanitär- bereich -tgl.Rein.-	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster *2xScheiben- fläche*
	200,00		200,00		
		1.A tgl.Hart*tgl. Hart A.Hartbelag			
OLG DF. OLG H. GSTA H. OLG K.	80,00	30,00	16,00		
	80,00	30,00	16,00		
		1.B tgl.Text.*tgl.Textil.B. Textilbel			
OLG DF. OLG H. GSTA H. OLG KÖLN		20,00			
		20,00			
		2.A 2tg.Hart*2tg. Hart.			
OLG DF. OLG H. GSTA H. OLG KÖLN		27,44- 315,00	154,00		
		287,56	154,00		
		2.B 2tg.Text.2tg. Textil			
OLG DF. OLG H. GSTA H. OLG KÖLN		27,44 210,00			
		237,44			
Summe 1989 (PERSBEDARF)	1.033,15 1,61	14.089,03 7,88	3.607,04 1,63	2.068,24 0,03	2.180,41 0,21
SUMME BEDARF REINIGUNGSKRÄFTE DAZU 5 % ZUSCHLAG FÜR URLAUBS UND KRANKHEITSVERTRETUNGEN ERGIBT GESAMTBEDARF		11,36 0,57 11,93			
VORHANDENE STELLEN		7,00			
+/-	Bedarf:	4,93			

MMV10/1727

Persb Reindienst JUSTIZVOLLZUG

BERECHNUNG DES PERSONALBEDARFS IM REINIGUNGSDIENST IM JUSTIZVOLLZUG
 (PBRVO) SANITÄRBEREICH FLURE, TREPPEN PP., BÜDEN, KELLER PP. FENSTER
 STAND 1.7.1988 (TAGL. REINIGUNG) 1. TAGL. REINIGUNG (ALLE 2 MONATE) (ALLE 2 MONATE)
 A. HARTBELAG A. HARTBELAG A. HARTBELAG

P.JVA HAHN	185,62	1.031,10	632,83	284,84	REINIGUNG DURCH
P.JVA KÖLN	67,07	54,90		585,62	FRENDKRAFTE
SUMME	252,69	1.086,00	632,83	870,46	

P.JVA HAHN		B. TEXTILBELAG	B. TEXTILBELAG	B. TEXTILBELAG	
P.JVA KÖLN		1. TAGL. REIN.	1. TAGL. REIN.		
SUMME		515,48			

P.JVA HAHN		2. 2-TAG. REIN.	2. 2-TAG. REIN.		
P.JVA KÖLN		A. HARTBELAG	A. HARTBELAG	505,60	
SUMME		842,97		505,60	

P.JVA HAHN		2. 2-TAG. REIN.	2. 2-TAG. REIN.		
P.JVA KÖLN		B. TEXTILBELAG	B. TEXTILBELAG	66,80	
SUMME		272,91		66,80	

(FERSBEDARF)	252,69	272,91	66,80	0,72	0,01
B. ZUMACHS AN REIN.-FLÄCHE IN 1988	0,39	2,11			

1. A. HARTBELAG A. (HARTBEL.)

1. B. TEXTILBELAG B. (TEXTILBEL.)

2. A. 2-TAG. HARTB.

2. B. 2-TAG. TEXT.

MMV 10 / 1727

SUMME 1988 (PERSBEDARF)	252,69 0,39	2,11	0,72	0,01
C. ZUNACHS AN REIN.-FLACHE IM 1989				
P.JVA HAHN P.JVA KÖLN				A. (HARTBEL.)
				1.A.TAGL.HARTB.
P.JVA HAHN P.JVA KÖLN				D. (TEXTILBEL.)
				1.B.TAGL.TEXTILD.
P.JVA HAHN P.JVA KÖLN				2.A.2-TAG.HARTB.
				2.B.2-TAG.TEXTIL.
SUMME 1989 (PERSBEDARF)	252,69 0,39	2,11	0,72	0,01
SUMME BEDARF REINIGUNGSKRAFTE: DAZU 5 X ZUSCHLAG FÜR URLAUBS- UND KRANKHEITSVERTRETUNGEN ERDRT GESAMTBEDARF:		3,23 0,16	3,39	2,90
VORHANDENE STELLEN:		4,00		
				0,61

+/-

HHV 1989 PersBed.ReinDi.04060

Personalbedarf Reinigungsdienst- Aus-u.Fortbild.- stätten Stand 1.7.1988	*Sanitär- räume *Reinigung *täglich	Geschäfts- räume 1.tägl.Rein. A. Hartbel.	Flure und Treppen 1. tgl.Rein. A. Hartbel.	Böden und Keller alle 2 Mon. A. Hartbel.	Fenster (2xScheiben- fläche) alle 2 Mon.
FHS Rechtspflege	530,49	3.279,55	3.815,07	3.533,76	1.112,40
JAFS Monschau	605,45	252,21	445,53	2.052,00	1.108,00
JAS Brakel	529,00	710,00	1.556,00	571,00	1.454,00
FortbAk.Reckl.	323,61		1.839,19	60,00	
JV Sch. Wuppertal	1.241,25	6.309,21	5.106,77	1.001,92	5.292,94
SUMME	530,49	10.550,97	12.762,56	7.218,68	8.967,34
		B. Textilb.	B. Textilb.	B. Textilb.	
FHS Rechtspflege					
JAFS Monschau		862,18	411,45		
JAS Brakel		3.153,00			
FortbAk.Reckling.		2.370,13			
JV Sch. Wuppertal					
SUMME		6.385,31	411,45		
		2. 2-täg.	2. 2-täg.		
		A. Hartbel.	A. Hartbel.		
FHS Rechtspflege		316,99			
JAFS Monschau		136,95	90,67		
JAS Brakel			22,00		
FortbAk.Reckl.			98,00		
JV Sch. Wuppertal		943,85			
SUMME		1.397,79	210,67		
		B. Textilb.	B. Textilb.		
FHS Rechtspflege					
JAFS Monschau		90,67			
JAS Brakel		134,00			
FortbAk. Reckl.		186,72			
JV Sch. Wuppertal					
SUMME	3.229,80	411,39		7.218,68	8.967,34

(PERSBEDARF)

HHV 1989 PersBed.ReinDi.04060

Personalbedarf	*Sanitär-	Geschäfts-	Flure und	Böden und	Fenster
Reinigungsdienst	räume	räume	Treppen	Keller	(2xScheiben-
Aus-u.Fortbild.	-----				fläche)

B. Zuwachs an
Reinigungs-
fläche 1988

1.A.tgl.Hart1.A tgl.HartA.Hartbelag

FHS Rechtspflege
JAfS Monschau
JAS Brakel
FortbAk.Reckling
JVSch. Wuppertal

1.B.tgl.Text.1.B tgl.Text.B.Textilbel.

FHS Rechtspflege
JAfS Monschau
JAS Brakel
FortbAk.Reckling
JVSch. Wuppertal

2.A 2tg.Hart2.A 2tg.Hart

FHS Rechtspflege
JAfS Monschau
JAS Brakel
FortbAk.Reckling
JVSch. Wuppertal

2.B 2tg.Text.2.B 2tg.Text.

FHS Rechtspflege
JAfS Monschau
JAS Brakel
FortbAk.Reckling
JVSch. Wuppertal

Summe 1988	3.229,80	411,39			8.967,34
(PERSBEDARF)	5,05	17,21	10,34	0,11	0,88

HHV 1989 PersBed.ReinDi.04060

Personalbedarf	*Sanitär- Reinigungsdienst*räume	Geschäfts- räume	Flure und Treppen	Böden und Keller	Fenster (2xScheiben- fläche)
Aus-u.Fortbild.-*****					

C. Zuwachs an
Reinigungs-
fläche 1989

1.A.tgl.Hart1.A tgl.HartA.Hartbelag

FHS Rechtspflege
JAfS Monschau
JAS Brakel
FortbAk.Reckling
JVSch. Wuppertal

1.B.tgl.Tex.1.B tgl.Tex.B.Textilbel.

FHS Rechtspflege
JAfS Monschau
JAS Brakel
FortbAk.Reckling
JVSch.Wuppertal

2.A.2tg.Hart2.A 2tg.Hart

FHS Rechtspflege
JAfS Monschau
JAS Brakel
FortbAk.Reckling
JVSch. Wuppertal

2.B.2tg.Tex.2.B 2tg.Tex.

FHS Rechtspflege
JAfS Monschau
JAS Brakel
FortbAk.Reckling
JVSch. Wuppertal

Summe 1989	3.229,80	18.745,46	13.384,68	7.218,68	8.967,34
(PERSBEDARF)	5,05	17,21	10,34	0,11	0,88

Summe Bedarf Reinig.-dienst	33,59
+ 15 % Zuschlag Ausbildung	5,04
* 5 % Zuschlag f.Urlaubs- und Krankheitsvertretung	1,68
somit Gesamtbedarf	40,31
 vorhandene Stellen	 28,00
 +/- Bedarf:	 12,31

MMV 10 / 1727

Parab REINIGUNGSDIENST 04 070

BERECHNUNG DES PERSONALBEDARFS IM REINIGUNGSDIENST - VERWALTUNGS-
 (PBRVU) SANITÄRBEREICH PLUMETREPPEN PP BUDENKELLER PP. FENSTER
 STAND 1.3.1988 (TAGL. REINIGUNG) 1. TAGL. REINIG. (ALLE 2 MONATE) (ALLE 2 MONATE)
 A. HARTBELAG A. HARTBELAG B. HARTBELAG A. HARTBELAG

DVG UND ALLE VG 892,93 1.761,64 2.130,52 5.441,87 6.300,00

SUMME 892,93 1.761,64 2.130,52 5.441,87 6.300,00

DVG UND ALLE VG 798,20 42,67

SUMME 798,20 42,67

DVG UND ALLE VG 2. 2-TAGL. REIN. 2. 2-TAGL. REIN.
 A. HARTBELAG A. HARTBELAG
 3.226,49 2.355,72

SUMME 3.226,49 2.355,72

DVG UND ALLE VG B. TEXTILBELAG B. TEXTILBELAG
 4.037,57 1.783,00

SUMME 892,93 6.037,57 1.783,00 5.441,87 6.300,00

(PERSBEDARF) 1,40 4,76 3,31 0,09 0,62

B. ZUMACHS AN
 REIN.-FLÄCHE
 IN 1988

1. A. A. (HARTBEL.)

1. B. B. (TEXTILBEL.)

2. A.

2. B.

(14:08:28) Seit

Persb M. NORDDIENST 04 070

2.A.

2.B.

SUMME 1989 (PERSBEDARF)	692,93 1,40	6,70	3,31	0,09	0,62
SUMME BEDARF REINIGUNGSKRAFTE: DAZU 5 X ZUSCHLAG FÜR URLAUBS- UND KRANKHEITSVERTRETUNGEN :		12,12 0,61			
ERDIBT GEBÄUDEBEDARF :		12,73			
VORHANDENE STELLEN		13,00			
+/-		0,27-			

MMV10/1727

D.

Schlüsselung der Planstellen

(zu nachstehend I. bis III., soweit die Schlüsselungen aufgrund von § 26 BBesG oder entsprechender Landesschlüssel erfolgen)

Vorbemerkungen:

Die Stellenpläne im Entwurf des Haushalts 1989 sind von der Landesregierung so aufgestellt worden, daß die Nachschlüsselung von Stellenzugängen grundsätzlich mit dreijähriger Phasenverschiebung erfolgt. Die nachfolgende Schlüsselung berücksichtigt also die bis einschließlich 1986 geschaffenen Planstellen.

Über die nachgeschlüsselten Stellen 1986 und die neuen Stellen 1987-1989 unterrichtet die folgende Übersicht:

MMV10/1727

Planstellenschlüsselung 1989
Übersicht "neue Stellen"

	Kapitel 04 040 *	Kapitel 04 05	Kapitel 04 060 *	Kapitel 04 070 *	Kapitel 04 080 *
	höh.VerwD. WirtschRef.	Psych/Soz. Ärzte	Lehrer	Pfarrer	
* 1986 nachr.	1	2			
* 1987	1	2			
* 1988	10	1		1	2
* 1989	1	3			
insgesamt	12	8		1	2

	Kapitel 04 040	Kapitel 04 050	Kapitel 04 060	Kapitel 04 070	Kapitel 04 080 *
	geh.JDienst geh.SozDI.	geh.UVD geh.SozDI.	04 060	*04 070	*04 080 *
* 1986 nachr.		11	7		
* 1987			4		
* 1988	10	6	8		
* 1989		8			
insgesamt	10	24	12		

	Kapitel 04 040	Kapitel 04 050	Kapitel 04 060	Kapitel 04 070	Kapitel 04 080 *
	JVpIstrDI. GV	Werkdienst m.VerwDI. aVpI.	04 060	*04 070	*04 080 *
* 1986 nachr.	3	6	167	4	4
* 1987	2	11		6	6
* 1988	20		45	8	2
* 1989	13			2	2
insgesamt	38	17	212	16	16

	Kap. 04 010	Kap. 04 040	Kap. 04 050	Kap. 04 060	Kap. 04 070	Kap. 04 080
* 1989		18	5			

I.

Höherer Dienst

1.

Von den Planstellen des höheren Dienstes im Haushalt 1989 sind die Planstellen für Richter und Staatsanwälte aufgrund von § 26 BBesG nicht zu schlüsseln. Es sind danach schlüsselungsfähig (ohne Planstellen ohne Besoldungsaufwand, Planstellen mit kw-Vermerk gemäß § 42 LPVG, Planstellen B 10 - B 3 BBesO, neue Planstellen seit 1987)

im Kapitel 04 010:	57 Planstellen (bis einschließlich B 2)
im Kapitel 04 040:	61 Planstellen
im Kapitel 04 050:	281 Planstellen (ohne die Präsidenten der Justizvollzugs- ämter)
im Kapitel 04 060:	9 Planstellen (ohne B- und C-Besol- dung)
im Kapitel 04 070:	5 Planstellen (ohne B-Besoldung)
im Kapitel 04 080:	<u>3 Planstellen</u>
insgesamt	416 Planstellen.

2.

Es ergibt sich folgende Berechnung:

Kapitel 04 040 - 04 080

BesGr.	Kapitel 04 010		Kapitel 04 040 - 04 080							Zusammenfassung allgemeiner Schlüssel	möglicher allgemeiner Schlüssel
	Sonder-schlüssel	Stellen	allgem. Schlüssel	Stellen	Stellen	Stellen	Stellen	Stellen	Stellen		
B 2	30 %	17	10 %	0	2	0	0	0	0	2	2
A 16	35 %	20	10 %	6	26	1	1	0	0	34	34
A 15	20 %	11	30 %	18	84	3	1	1	1	107	108
A 14	9,75 %	6	39 %	24	110	3	2	2	1	140	140
A 13	5,25 %	3	21 %	13	59	2	1	1	1	76	75
	100 %	57	100 %	61	281	9	5	3	3	359	359

Es sind ausgebracht (einschließlich Stellen o. Bes. und Stellen, die nach 1986 neu geschaffen wurden):

allgemeiner Stellenschlüssel

BesGr.	04 010	04 040	04 050	04 060	04 070	04 080	insgesamt
B 2	17	--	2	--	--	--	2
A 16	18	--	31 (davon 1 o.Bes.)	3	--	--	34 (dav. 1 o.Bes.)
A 15	13	11	92	2	2	--	107
A 14	5	43	91	3	2	3	142
A 13	4	27	69	2	3	0	101
	57	81	285	10	5	3	386, dav. 1 o.Bes.-aufw., 26 neu

II.

Gehobener Dienst

I.

Der Haushalt 1989 enthält 4.705 Planstellen des gehobenen Dienstes. Hiervon sind 4.493 Planstellen schlüsselungsfähig, da die Planstellenzugänge der Jahre 1987 bis 1989 noch nicht eingeschlüsselt werden dürfen. Außerdem sind die in den Kapiteln 04 050/04 060 enthaltenen Stellen für Lehrer/Dozenten (115/12), die Planstellen ohne Besoldungsaufwand (13) und die für Freistellungen aufgrund von § 42 LPVG geschaffenen kw-Planstellen (20) gemäß § 26 BBesG nicht zu schlüsseln.

2.

Vor der Schlüsselung ist eine Trennung nach Planstellen, die unter den allgemeinen Schlüssel fallen, und Planstellen, auf die Sonderschlüssel anzuwenden sind, vorzunehmen:

a) Justizministerium	34
b) Sonderlaufbahn Amtsanwälte	333
c) Sonderschlüssel Rechtspfleger	1.482
d) Sonderschlüssel Vorprüfungsstellen	148
e) Sonderschlüssel Betriebsprüfer	6
f) Allgemeiner Schlüssel	<u>2.490</u>
insgesamt	4.493.

3.

Schließlich ist bei der Durchführung der Schlüsselung zu beachten, daß Sozialarbeitern eine Zeit lang die BesGr. A 10 als Eingangsamt zugewiesen war. Die aus diesem Anlaß noch vorhandenen 23 Planstellen der BesGr. A 10 (04 040: 17; 04 050: 6) können daher nicht in die BesGr. A 9 geschlüsselt werden.

4.

Es ergibt sich danach folgende Berechnung:

Sonderschlüssel

- Kapitel 04 040 -

BesGr.	Kapitel 04 010		Amtsanwälte		Vorprüfung		Rechtspfleger	
	Schlüssel	Stellen	Schlüssel	Stellen	Schlüssel	Stellen	Schlüssel	Stellen
A 13	50 %	17	60 %	200	10 %	15	5 %	74
A 12	30 %	10	40 %	133	30 %	43	20 %	297
A 11	20 %	7	--		30 %	44	45 %	666
A 10	--	--	--		19,5 %	28	19,5 %	289
A 9	--	--	--		10,5 %	16	10,5 %	156
		34		333		146		1.482

allgemeiner Schlüssel

BesGr.	Kapitel 04 040		Kapitel 04 050		Kapitel 04 060		Kapitel 04 070		Kapitel 04 080		Summe allg. Schlüssel
	Schlüssel	geh. JD	geh. SD	geh. D	geh. SD	geh. D	allg. Vorpr.	allg. Vorpr.	Summe allg. Schlüssel		
A 13	4 %	57	22	10	7	0	2	--	1	99	
A 12	12 %	172	66	31	21	1	4	1	3	298	
A 11	30 %	428	166	78	53	3	11	1	8	747	
A 10	35,1 %	502	17)	91	6)	3	14	--	9	880	
			180)		58)						
A 9	18,9 %	270	101	49	32	2	7	--	5	466	
		1.429	552	259	177	9	38	2	26	2.490	

* ohne Stellen o.Bes., kw LPVG, neue Stellen !

Es sind ausgebracht (ohne Stellen, die nicht zu schlüsseln sind):

BesGr.	Kapitel 04 010		Kapitel 04 060		Kapitel 04 070		Kapitel 04 080		Kapitel 04 050		Kapitel 04 040					
	17	10	7	--	6	2	4	1	11	5	200	15	74	22	54	409
											133	43	297	66	172	785
											--	44	666	166	430	1.465
											--	28	289	17)	502	1.196
											--	16	156	101	271	638
											333	146	1.482	522	1.429	4.493
											AA	VP	R	g.SD	g.JD	
											g.D.	g.SD				
											allg.	Betr.Pr.				
A 13	17				6	2	--	--	3	5	200	15	74	22	54	409
A 12	10				--	4	1	3	3	21	133	43	297	66	172	785
A 11	7				1	11	1	9	--	53	--	44	666	166	430	1.465
A 10	--				1	15	--	9	--	6)	--	28	289	17)	502	1.196
A 9	--				1	6	--	5	--	58)	--	16	156	101	271	638
	34				9	38	2	26	6	177	333	146	1.482	522	1.429	4.493

MMV10/1727

ohne kw LPVG, ohne Besaufw., neue Stellen 1987 - 1989

III.

Mittlerer Dienst

1.

Der Haushalt 1989 enthält 11.300 Planstellen des mittleren Dienstes. Von diesen Planstellen sind die Planstellenzugänge der Jahre 1987 bis 1989 sowie die Planstellen ohne Besoldungsaufwand und die für Freisstellungen aufgrund von § 42 LPVG geschaffenen kw-Planstellen gemäß § 26 BBesG nicht zu schlüsseln. Grundsätzlich schlüsselungsfähig sind 11.196 Planstellen.

2.

Vor der Schlüsselung ist eine Trennung nach Planstellen, die unter den allgemeinen Schlüssel fallen, und Planstellen, auf die Sonderschlüssel anzuwenden sind, vorzunehmen:

a) Sonderlaufbahn Gerichtsvollzieher	932
b) Sonderschlüssel Sachbearbeiter	
(04 040: 1087; 04 050: 37; 04 060: 8; 04 070: 9;	
04 080: 6)	1.147
c) Sonderschlüssel Werkdienst	363
d) Allgemeiner Schlüssel	8.659
e) Schlüssel Justizvollstreckungsdienst	75
f) Justizministerium	<u>20</u>
	11.196

3.

Daraus ergibt sich folgende Berechnung:

Sonderschlüssel

BesGr.	GV Schlüssel Stellen		J. Vollstreck.D. Schlüssel Stellen		Werkdienst Schlüssel Stellen		Sachbearbeiter-Stellen Schlüssel 04 040 04 050 04 060 04 070 04 080						alle Kap.
A 9	70 %	624	--	--	25 %	88	80 %	870	30	6	7	5	918
A 8	30 %	308	--	--	40 %	141	20 %	217	7	2	2	1	229
A 7	--	--	78 %	57	25 %	88	--	--	--	--	--	--	--
A 6	--	--	14,3 %	12	6,5 %	33	--	--	--	--	--	--	--
A 5	--	--	7,7 %	6	3,5 %	13	--	--	--	--	--	--	--
		932		75		363		1.087	37	8	9	6	1.147
		(dav. 41 neu)		(dav. 2 neu)		(dav. 11 neu)							

allgemeiner Schlüssel

BesGr.	Schlüssel	04 040		04 050		04 060		04 070		04 080		alle Kap.
				mD	aVD							
A 9	8 %	258	21	407	1	3	2	2	3	2	692	
A 8	30 %	967	79	1.528	3	12	9	12	16	9	2.598	
A 7	40 %	1.290	105	2.038	5	16	11	16	9	6	3.465	
A 6	14,3 %	479	38	769	1	0	0	0	0	0	1.302	
A 5	7,7 %	230	20	351	1	40	28	40	0	28	602	
		3.224	263	5.093	11						8.659	

Bei der Schlüsselung ist die Phasenverschiebung insoweit nicht berücksichtigt worden, als neue Stellen im 1. Beförderungssamt ausgebracht wurden.

Schlüsselung Sachbearbeiterstellen Epl.

A 9 Z	275	=
A 9	643	=
A 8	229	=
	<u>1.147</u>	

Schlüsselung "allgemeiner Schlüssel" Epl.

A 9 Z	207	}	693
A 9	486		
A 8	2.597		
A 7	3.464		
A 6	1.238		
A 5	<u>667</u>		
	8.659		

MMV 10 / 1727

Es sind ausgebracht (ohne Stellen o. Bes., kw LPVG, neue Stellen):

BesGr.	04 040		mD		04 050		04 060		04 070		04 080		Schlüsselung in 04 010	Sa.	
	GV	JVD	Sa.Sch.	aS	Sa.Sch.	mVD	aVD	WD	aS	SaSch.	SaSch.	aS			SaSch.
A 9 Z	187	--	261	75	9	6	120	27	2	2	2	1	1	4	699
A 9	437	--	609	182	21	15	280	61	6	4	5	3	4	16	1.644
A 8	308	--	217	966	7	79	1.531	141	2	2	2	11	1	--	3.275
A 7	--	57	--	1.292	--	106	2.039	88	--	--	--	16	--	--	3.609
A 6	--	12	--	479	--	40	769	33	--	--	--	9	--	--	1.348
A 5	--	6	--	230	--	17	354	13	1	--	--	--	--	--	621
	932*	75*	1.087	3.224	37	263	5.093	363*	11	8	9	40	6	20	11.196

* Sonderschlüssel einschließlich neuer Stellen

MMV 10/1727

MMV 10 / 1727

IV.

Einfacher Dienst

1.

Der Haushaltsplan 1989 enthält 1.407 Planstellen des einfachen Dienstes (einschließlich 1 kw-Stelle gemäß § 42 LHO), davon 16 für das Justizministerium.

2.

Von diesen Stellen sind 1.390 schlüsselungsfähig (ohne 1 Stelle kw LPVG), wobei der Sonderschlüssel des Justizministeriums (16 Stellen) nicht berücksichtigt ist:

- BesGr. A 5 Z = 10 %
- BesGr. A 5 = 50 %
- BesGr. A 4 = 35 %
- BesGr. A 3 A 3 = 5 %

3.

Es ergibt sich folgende Berechnung:

BesGr.	schlüsselungsfähig	es sind als schlüsselungsfähig ausgebracht				
		04 040	04 050	04 060	04 070	04 080
A 5 Z	139	136	2	--	1	-- A 5
	695	679	5	2	6	3
A 4	487	477	4	3	3	--
A 3	69	68	1	--	--	--
	1.390	1.360	12	5	10	3
		(+ 1 A 5 LPVG)				